



KURDISTAN REPORT

Jahrgang: 4
September 1986
Nr.: 17
Preis: 2.-DM

ORGAN DER EUROPAVERTRETUNG DER NATIONALEN BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS

**DER 15. AUGUST ERÖFFNET NEUE HORIZONTE
AUF DEM WEG ZUM SIEG**



KURDISTAN REPORT

IN DIESEM HEFT:

KURDISTAN-REPORT

Impressum:

V.i.S.d.P: I. Kadah
Aachener Str. 514-520
5000 Köln 41

Kontakt Adresse:

SERXWEBÛN
Postfach: 10 16 83
5000 Köln 1

Zahlungen an:

Deutsche Bank-Köln
I. Kadah
Konto Nr: 35 16 036
BLZ: 370 700 60

Belgien 35.00 bfr.
Österreich 15.00 s.
Dänemark 6.50 dkr.
England 0.50 £.
Niederland 2.50 hfl.
Norwegen 5.00 nkr.
Frankreich 5.00 ff.
Schweiz 2.00 sfr.
Schweden 5.00 skr.

Abonnementpreis:
Jährlich 15.-DM

- An die Leser! Seite 3
- Die faschistischen Kolonialisten beantworten den Widerstand mit Todesurteilen Seite 4
- Solidaritätsveranstaltung mit dem 15. August Seite 6
- Massive Protestaktionen in Europa Seite 7
- Restauration der türkischen Armee Seite 7
- Mit den Augen europäischer Demokraten Seite 8
- Die faschistische türkische Junta versucht, sich eine Atempause zu verschaffen Seite 10
- Flugblatt der PKK-Europavertretung Seite 13
- Erklärung der PKK-Europavertretung:
Viele Fragen - Eine Antwort Seite 14
- Sonderheft:
Die Reise des deutschen Bundespräsidenten
R. von Weizsäcker in die Türkei Seite 17
- Erklärung der PKK-Europavertretung an die Presse
und demokratische Öffentlichkeit Seite 37
- Politik-Rapport Seite 38

KURDISTAN-REPORT

ABONNEMENT

Anschrift: Serxwebûn
Postfach: 10 16 83
5000 KÖLN 1

Name:.....
Vorname:.....
Anschrift:.....

Bankverbindung
Deutsche Bank-Köln
I. Kadah
Konto Nr: 35 16 036
BLZ: 370 700 60

PS: Schickt bitte den Einzahlungsbeleg und dieses
ausgefüllte Formular an unsere Adresse

Liebe Leser!

Seit dem letzten KURDISTAN-REPORT hat sich sehr viel ereignet. In dieser Ausgabe des REPORTS werden wir Euch von diesen Ereignissen berichten.

Der Kampf unseres Volkes hat in den letzten Monaten eine Ebene erreicht, auf der er nicht nur den faschistischen türkischen Kolonialismus erschütterte, sondern auch die gesamte Öffentlichkeit der Welt beschäftigte. Das erreichte Ausmaß der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den faschistischen Kräften der Kolonialisten und den Befreiungseinheiten unseres Volkes und die großen Verluste der türkischen Armee haben den türkischen Kolonialismus in eine große Sackgasse getrieben. Aus dieser Ausweglosigkeit heraus griffen die faschistischen Kräfte am 15. August 1986 Süd-Kurdistan an, setzten Napalmbomben ein und mordeten wahllos Männer, Frauen und Kinder. Wir veröffentlichen ein Flugblatt der PKK-Europavertretung, das eine diesbezügliche Stellungnahme beinhaltet. In der BRD und überall in Europa fanden zahlreiche Protestaktionen gegen diesen Angriff statt.

Ebenfalls am 15. August 1986 inszenierte das türkische Konsulat und die Hamburger Polizei ein Komplott. Sie versuchten, dieses Szenario genau an dem Tag, am 18. August, aufzuführen, an dem tausende von kurdischen Patrioten gegen den Angriff der türkischen Armee in Süd-Kurdistan protestierten. Auch hinsichtlich dieses Themas veröffentlichen wir ein von der PKK-Europavertretung herausgegebenes Flugblatt.

Mit der Analyse der Reise des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in die Türkei hoffen wir, Euch aufschlußreiche Informationen über die deutsch-türkischen Beziehungen zu geben und die historischen Hintergründe dieser Beziehungen aufzudecken.

Ferner werden unsere Leser in dieser Ausgabe eine Erklärung der PKK-Europavertretung finden, die auf diverse Aktivitäten in Europa eingeht und versucht, offene Fragen zu beantworten.

Liebe Leser!

Der KURDISTAN REPORT versucht seit nunmehr 4 Jahren die Öffentlichkeit über das Leben und den Unabhängigkeitskampf des kurdischen Volkes zu informieren. Da eine große Leserschaft auch eine größere Unterstützung des Nationalen Befreiungskampfes bedeutet, bezwecken wir, ab Oktober eine Kampagne zu starten, in deren Verlauf wir mehr Leser als Abonnenten des REPORTS gewinnen wollen. Aus diesem Grunde appellieren wir an unsere Leser, den KURDISTAN REPORT zu abonnieren und abonnieren zu lassen. Für die uns bis heute erreichten zahlreichen Briefe möchten wir uns bedanken. Wir versprechen, nach Herausgabe dieses Hefts alle eingegangenen Briefe zu beantworten.

**Mit solidarischen Grüßen
Kurdistan-Report**

Die faschistischen Kolonialisten beantworten den Widerstand mit Todesurteilen

Die türkischen Kolonialisten haben die Prozesse erneut fortgesetzt. Mit diesen Prozessen, in deren Verlauf die Staatsanwälte zahlreiche Todesstrafen beantragten, versuchen die Faschisten, unserem sich verstärkenden Nationalen Befreiungskampf eine Antwort zu geben. Die Kolonialisten bemühen sich,

ihre Hilflosigkeit gegenüber unseren bewaffneten Befreiungseinheiten durch diese Todesurteile zu vertuschen. Doch auch diese Intrige der Kolonialisten, die einige gekaufte Personen vor Gericht sprechen ließen, konnte nicht Fuß fassen. Die Wirkungslosigkeit der Verratsgesetze wie z.B. das "Reuegesetz"

u.ä. stoßen auf die Wand des Widerstandes und sind ein Hinweis auf die Niederlage der faschistischen Junta. Die Stimme unseres Volkes in den Gerichtssälen hat die Kolonialisten in eine historische Niederlage geführt.

In einer Zeit, in der der Widerstand nicht nur in den Gefängnissen, sondern überall in

Kurdistan erhoben wird, haben die Kolonialisten die Unterdrückung der Kriegsgefangenen verstärkt. Aus diesem Grunde werden in den erneut eröffneten Prozessen zahlreiche Todesurteile gefällt und bestätigt. Trotz all der vielfältigen Versuche können sie die Verstärkung des Widerstandes nicht verhindern.

25 Todesurteile und 25 lebenslange Haftstrafen gefällt

In dem PKK-Adana-, Mersin-, Adiyaman-, Maras- und Antep-Prozeß, der vor dem Militärgericht des 7. Armeekorps und der Kriegrechtkommandantur stattfand, sind 29 Kriegsgefangene zum Tode und 25 zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden. Dieser Prozeß ist einer der größten PKK-Prozesse und umfaßt insgesamt 638 Gefangene. Nach jahrelangem Ruhen des Verfahrens war er im Juni erneut eröffnet worden.

Nach dem Putsch des 12. September beschleunigte man die Durchführung der Prozesse. Solche, die im Bereich des 7. Armeekorps lagen, wurden in kleinere Prozesse aufgeteilt und später aus nicht bekanntgegebenen Gründen unterbrochen. Es ist offenkundig, daß nun Gründe für die Wiederaufnahme der Prozesse existieren.

Die in Adiyaman, Pazarcik und anderen Gebieten Kurdistans verstärkten Aktivitäten während des Newroz und des Frühlingselans sowie die Widerstandsaktionen haben die faschistischen Kolonialisten in große Angst versetzt. In einer Zeit, in der sie vom Ende unseres Nationalen Befreiungskampfes träumten, haben sie eine Verstärkung des Widerstandes erfahren müssen. Die Ausdehnung des Widerstandes während des Newroz 1986 auf Adiyaman, Pazarcik und andere Gebiete verstärkten demgegenüber



Kriegsgefangene im PKK-Adana-Prozeß

auch die Angriffe der Kolonialisten in diesen Gebieten.

Mit diesem Prozeß versuchen die Faschisten, unsere Genossen aufgrund all dieser Entwicklungen zur Rechenschaft zu ziehen und unser Volk einzuschüchtern.

Durch die Geständnisse der Verräter Abdülkadir Aygan, Resat Denli und Ömer Eroglu versuchte das Gericht die Kriegsgefangenen zum Verrat zu bewegen. Dabei begegnete es der starken Stimme der Widerstandskämpfer. Die Gefangenen erklärten, daß sie zu den Verhandlungen nicht erscheinen werden, wenn man ihnen weiterhin das Recht auf Verteidigung verweigere. Ein Revolutionär namens M. Sait Korkmaz brachte in einer Erklärung während der Verhandlung die Unterdrückung und die Folte-

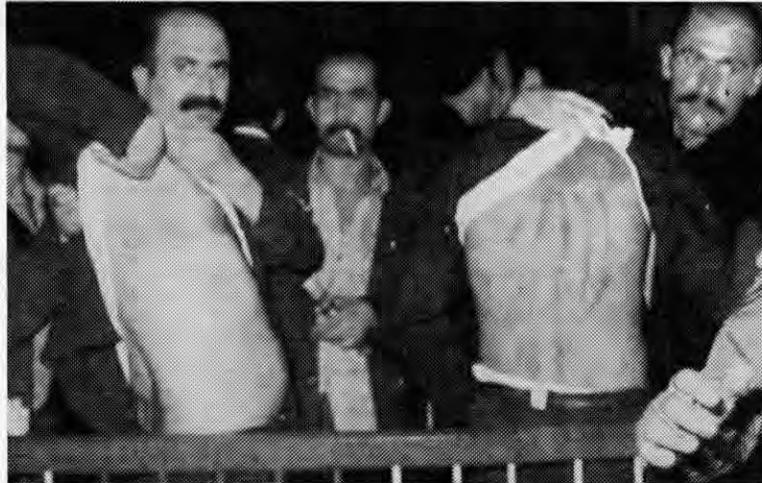
rungen wie folgt zum Ausdruck: "Ich war in den Gefängnissen von Antep und Mersin. Doch eine Praxis wie im Gefängnis von Adana existiert nirgendwo. Auf dem Weg hierhin werden wir nackt ausgezogen. Sind wir stolz und leisten Widerstand, schlägt man uns. Heute sind wir wieder geschlagen worden. Wenn diese Praxis fortgesetzt wird, werden wir keinerlei Fragen des Gerichts beantworten." Die Gefangenen Bedrettin Acikca, Mehmet Sen und Akif Özdemir haben dem Gericht die Folterspuren auf ihren Körpern gezeigt und erklärt, sie seien gefoltert worden.

Der Gefangene Hasan Serik, der im Namen aller revolutionären Gefangenen die 238-seitige Verteidigungsschrift verlas, sagte unter anderem: "Wir werden hier verurteilt,

weil wir uns zu unserer Freiheit bekennen. Viele von uns sind durch Folter ermordet worden. Gleichgültig, welche Urteile hier gefällt werden, für uns sind sie nicht relevant. Das eigentliche Urteil wird die Geschichte fällen. Außerdem haben wir diese Verteidigungsschrift nicht vorbereitet, weil wir uns Ihnen gegenüber rechtfertigen wollen, sondern damit sie in der Geschichte einen Platz einnimmt und für kommende Generationen eine Lehre sein wird."

Der Wunsch der faschistischen türkischen Kolonialisten, die Revolutionäre zu verurteilen, ist ihnen im Hals steckengeblieben. Die starke Stimme der Gefangenen hat heute nicht nur das Volk von Kurdistan erreicht, sondern sie stellt eine Basis für den Widerstand dar.

5 Todesurteile im Kars-Prozeß



PKK-Kriegsgefangene
in Adana
demonstrieren
vor Gericht
die Spuren der Folter

Im PKK-Kars-Prozeß, der im Militärgericht von Erzurum stattfand, sind die Urteile gefällt worden. Nach 6-jähriger Prozeßdauer wurden 5 Revolutionäre zum Tode und 3 zu lebenslanger Haft verurteilt. 83 Personen erhielten Haftstrafen zwischen 3 und

20 Jahren. Die zum Tode verurteilten Revolutionäre: Cemal Cinkilic, Hasret Kus, Hüseyin Makal, Ismail Cakmak und Serdar Ökmen. Die Revolutionäre, die dem Urteil des Gerichts mit Parolen begegneten, erklärten, daß sie auf ihre Sache nicht

verzichten werden. Vor Verlesung des Urteils sagte Hasret Kus folgendes: "Es mag gut sein, daß sich in Ihrem Gericht gute Menschen befinden. Aber solange die Gerichte in der Türkei und in Kurdistan unter dem Einfluß der faschistischen diktatorischen Kräfte stehen, können sie keine neutralen Urteile

fällen. Das heißt, ich glaube nicht, daß sie neutrale Urteile fällen werden."

Der Revolutionär namens Ismail Cakmak brachte in seiner Erklärung folgendes zum Ausdruck: "Ich bin PKK-Mitglied. Ich habe mich für die Ziele dieser Organisation betätigt. Da die Kurden in der Türkei unterdrückt werden, bin ich für die Errichtung eines separaten kurdischen Staates. Daher können Sie urteilen, wie Sie wollen." Auf diese Weise machte er deutlich, daß die Urteile der faschistischen Gerichte für ihn nichts bedeuten.

Mit ihrem Widerstand haben die PKK-Kriegsgefangenen sowohl in den Gefängnissen als auch in den kolonialistischen Gerichtssälen die kolonialistischen Faschisten in Panik versetzt und den Sieg unseres Volkes proklamiert.

10 Todesurteile vom militärischen Kassationshof bestätigt

Nach den Aktionen des 15. August wurden in einem 126 Personen umfassenden PKK-Prozeß 10 Todesurteile gefällt. Der militärische Kassationshof bestätigte diese Urteile. Er hat außerdem andere Strafen für zu milde erachtet und die diesbezüg-

lichen Urteile angefochten. Die Namen der zum Tode verurteilten Revolutionäre: Sabri Ok, Muhittin Dolasir, Sadrettin Aydinlik, Sahin Binici, Enver Özer, Musa Turhan, Dervis Öger, Bedrettin Caylak, Ali Gün und Hamit Sevik.

Urteile im PKK-Ömerli-Prozeß

Der seit langem andauernde PKK-Mardin-Ömerli-Prozeß ist in den vergangenen Tagen beendet worden. In diesem Prozeß, in dem 7 Kriegsgefangene verurteilt wurden, sind Ibrahim Aslan und Davut

Tekin zu 13 Jahren und 4 Monaten Haftstrafe, Fadil Aslan und Veysi Parilti zu 4 Jahren Haft verurteilt worden. Iskan Oguz, Kadir Yildiz und Mehmet Parilti wurden freigesprochen.

Erneute Strafen im PKK-Hilvan-Siverek-Prozeß

Im Zusammenhang mit dem PKK-Hilvan-Siverek-Prozeß ist am 9. Juli vor dem Gericht des 7. Armeekorps und der Kriegrechtskommandantur ein separater dritter Prozeß beendet worden. Die Kriegsgefangenen, die zuvor von einem Gericht zum Tode und zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden waren, wurden in einem separat eröffneten Prozeß aufgrund ihrer politischen Verteidigung angeklagt und zu 15 Jahren und 9 Monaten Haftstrafe verurteilt. Die Gefangenen beantworteten dieses Urteil mit den Parolen "Es lebe die PKK, Nieder mit dem Kolonialis-

mus". Aufgrund dessen wurden sie erneut angeklagt. Dieser Prozeß erhielt den Namen "Parolenprozeß". Die Gefangenen wurden zusätzlich zu 4 Jahren und 6 Monaten Haftstrafe verurteilt.

Die Kriegsgefangenen erhielten im PKK-Hilvan-Siverek-Prozeß zum dritten Mal Haftstrafen. Die Kolonialisten, die die Revolutionäre weder durch Folterungen noch durch massive Unterdrückung zum Verzicht auf ihre Ideologie bringen können, beantworten den Widerstand der Revolutionäre mit zusätz-

lichen Haftstrafen. Jeder Kriegsgefangene, der gegen die Praxis der Faschisten Widerstand leistet, erhält zusätzliche Strafen.

All diese Praktiken der faschistischen Gerichte werden zu nichts führen, außer zur Verstärkung des Widerstandes. Die Namen der im "Parolenprozeß" Angeklagten: Celal Delibas, Cuma Karacali, Bedrettin Kavak, Süleyman Künyeli, Muzaffer Kizartici, Salih Kubat, Abuzer Dehset, Fikret Baykal, Abdurrahman Sevgat, Mustafa Günes, Enver Simseksoy, Irfan Güler, Ramazan Özdemir, Salih Agac und Mah-

mut Fahri Ciftkus.

Der Gefangene Irfan Güler erklärte außerdem, daß ein Gefangener namens Suphi Cevirici, der zuvor ein Geständnis abgelegt und sich dann doch für den Widerstand entschieden hatte, erneut zu einem Geständnis gezwungen wurde und sich deshalb das Leben genommen habe.

In dieser Erklärung, die sich in der Presse widerspiegelte, brachte Irfan Güler außerdem zum Ausdruck, daß seine Freunde und er sich mit den im Gefängnis in Peru ermordeten Gefangenen solidarisierten.

Solidaritätsveranstaltung mit dem 15. August

Der Elan der Befreiungseinheiten Kurdistans (HRK) überträgt sich auf die Massen in Europa



Am 9. August 1986 veranstaltete FEYKA-KURDISTAN (Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD) anlässlich des 2. Jahrestages der Gründung der HRK (Befreiungseinheiten Kurdistans) in der Stadthalle Hannover ein Solidaritätsfest. Sie rief alle Patrioten und Freunde des kurdischen Volkes auf, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und die in den 15. August, der in der Geschichte des kurdischen Volkes einen besonderen Platz einnimmt, gesetzten Hoffnungen allen Feinden des Nationalen Befreiungskampfes Kurdistans zu demonstrieren.

Die in diese Veranstaltung gesetzten Erwartungen wurden sowohl aus der Sicht der

Veranstalter als auch der Massen bei weitem übertroffen! 5000 Menschen, unter denen sich auch viele deutsche Freunde befanden, reisten heran und füllten den Festsaal. Mehr noch, die Stadthalle konnte die noch während der Veranstaltung hereindrängenden Besucher kaum aufnehmen. Selten hat eine Veranstaltung eine solche Stimmung und Atmosphäre hervorgerufen! Die Leidenschaft und Verbundenheit der Massen mit dem Kampf wurde auf dieser Veranstaltung deutlicher und klarer denn je zum Ausdruck gebracht. Nicht eine Parole wurde vorgegeben, alle Bekenntnisse zum Kampf in Kurdistan und alle Verdammungen des kolonial-faschi-

stischen türkischen Regimes kamen von den Massen selbst. Es waren die Besucher, die der Veranstaltung Leben und Blut gaben!

Doch auch der Ablauf des Programms muß positiv erwähnt werden. Die einzelnen Beiträge waren kurz und abwechslungsreich. Folkloregruppen aus verschiedenen Städten, bestehend aus Männern, Frauen und Kindern, traten mit kurdischen Volkstänzen auf. Einen Höhepunkt der Veranstaltung stellte das Sonderprogramm für den gefallenen HRK-Kommandanten und ZK-Komiteemitglied der PKK, Mahsum KORKMAZ, dar. Sein Tod, der für das Volk von Kurdistan einen schmerzlichen Verlust bedeutet, erfüllte

auch die Besucher der Veranstaltung mit großer Traurigkeit. Als ein Redner zum Ausdruck brachte, daß jeder Tod eines HRK-Kämpfers unzählige neue Kämpfer hervorbringt, riß der Beifall der Massen nicht ab.

Bis zum Ende der Veranstaltung erhielt sich diese kämpferische Atmosphäre und niemand, der sie erlebte, zweifelt noch daran, daß sich die patriotischen Massen in Europa und die demokratische Öffentlichkeit in der Zukunft verstärkt dem Nationalen Befreiungskampf zuwenden werden. Das hat diese Solidaritätsveranstaltung zum 2. Jahrestag der Gründung der HRK eindeutig gezeigt!

Massive Protestaktionen in Europa

Kurdische Werktätige protestieren gegen die Massaker der faschistischen türkischen Junta

Tausende von kurdischen Werktätigen protestierten in den vergangenen Tagen gegen die Barbareien der türkischen faschistischen Armee in Kurdistan. Diese hatte am 15. August 1986 Süd-Kurdistan angegriffen und hunderte von Menschen, darunter Frauen und Kinder, umgebracht. Die ERNK-Sympathisanten, die in fast allen großen Städten der BRD und Europas verschiedene Institutionen besetzten, um ihren Protest gegen die Grausamkeiten der türkischen Kolonialisten zum Ausdruck zu bringen, führten ihre Aktionen mit Erfolg durch. Die Presse räumte diesen Aktionen, die ohne Zwischenfälle verliefen, einige Tage lang einen Platz ein. Obwohl der ganzen Welt bekannt ist, daß die Bombenangriffe der faschistischen Junta gegen die PKK und damit den Unabhängigkeitskampf unseres Volkes gerichtet waren, versuchen einige Spatzenhirne die Öffentlichkeit Europas irre-

zuführen und den Angriff der Faschisten als einen Angriff darzustellen, der den Kräften Süd-Kurdistans galt. Die kurdischen Kleinbürgerlichen und ihre Freunde versuchen mit solchen Erklärungen, das erreichte Niveau des Kampfes unseres Volkes zu verheimlichen. Als die faschistische türkische Armee Süd-Kurdistan im Mai 1983 angriff, versuchten die selben Kräfte mit genau den selben Behauptungen, die Öffentlichkeit irrezuführen. Doch die faschistische Junta selbst erklärte, daß der Angriff sich gegen die PKK gerichtet hatte. Wir werden an dieser Stelle nicht im einzelnen darlegen, daß dieser Angriff aus lauter Panik und aus Angst vor der PKK erfolgte und einzig und allein ihr galt. Denn die Öffentlichkeit ist heute darüber bestens informiert. Die fortschrittliche und demokratische Öffentlichkeit muß diesen Heruntergekommenen die verdiente Antwort erteilen.



RESTAURATION DER TÜRKISCHEN ARMEE ERRICHTUNG VON KOMMANDANTUREN

In den vergangenen Wochen wurde von den türkischen Kolonialisten bekanntgegeben, daß innerhalb der türkischen Armee eine Restauration vorgenommen wird und einige strukturelle Änderungen verwirklicht worden seien. Einer Erklärung zufolge wurden Kommandanturen ernannt, die selbständig handeln und an der Spitze einer Front stehen werden. Diese Kommandanturen sollen im Kriegsfall selbständig Entscheidungen treffen, ohne auf Anweisungen von der Zentrale angewiesen zu sein. Welche Tatsachen veranlassen die faschistische türkische Armee, derartige Maßnahmen, die sie in ihrer Geschichte nur zur Zeit der kur-

dischen Aufstände benötigte, zu treffen. Der Kriegszustand, den die türkische Bourgeoisie trotz ihrer Aktionen, Bombardements und Massaker leugnet, zwingt sie dazu, ihre marode Armee zu restaurieren. Die Repräsentanten des türkischen Staates geben an, daß dieser Schritt "einen ganz spezifischen Grund" hat. Dieser "spezifische Grund" ist zweifellos der Nationale Befreiungskampf Kurdistans unter der Führung der PKK. Die Befreiungseinheiten unseres Volkes, die HRK, haben heute ihre bewaffneten Aktionen auf ganz Kurdistan ausgedehnt. Diese Tatsache ist Grund genug für derartige Maßnahmen der türkischen Armee.

AUCH DIESER SCHRITT WIRD DER FASCHISTISCHEN TÜRKISCHEN ARMEE NICHT HELFEN

Diese "Maßnahmen" und die in unserem Land angestellten faschistischen Grausamkeiten, die Bombardierung unserer Dörfer, das Beschmutzen unserer Frauen auf Dorfplätzen und der letzte Angriff auf Süd-Kurdistan, all das sind Beweise der Hilflosigkeit der türkischen Kolonialisten. Die faschistischen Einheiten wollten mit ihren Bomben auf Süd-Kurdistan die PKK treffen. Doch die PKK ist überall; sie ist in allen Ecken Kurdistans, sie ist in jedem Haus unterdrückter Bauern und hinter jedem Felsen in den

Bergen Kurdistans. Die faschistische Junta weiß es selbst am besten und gibt offen zu, daß sie den Kampf nicht aufhalten kann. Aber was soll man zu den Erklärungen einiger "kurdischer Helden" sagen, die von Europa aus nicht mal richtig brüllen, sondern nur krächzen können: "Türkische Armee raus aus Kurdistan!" Die PKK, ERNK und HRK zeigen tagtäglich, wie die faschistische Armee aus Kurdistan vertrieben werden kann. Die Entschlossenheit unseres Volkes zum Kampf, seine Unabhängigkeitsliebe und sein Freiheitswunsch werden über den faschistischen Kolonialismus siegen.

Mit den Augen europäischer Demokraten ...

Den nachfolgenden Artikel entnahmen wir der Zeitschrift 'Spezial' Nr. 21. Juli/August 1986

Zum Befreiungskampf in Kurdistan

Bis vor wenigen Jahren ist in der Bundesrepublik vom nationalen Befreiungskampf im türkisch besetzten Teil Kurdistans selten die Rede gewesen. Das Kurdistan-Bild auch der Linken, ist, soweit überhaupt vorhanden, von Karl Mays "Durchs wilde Kurdistan" geprägt, bestenfalls ist noch die "legendäre Gestalt" Mustafa Barzanis ein Begriff - eines ebenso bekannten wie umstrittenen Führers der kurdischen Nationalbewegung im Irak-. Auch die türkische Emigranten-Linke hat diesem Unwissen nicht abgeholfen, auf ihren Informationsveranstaltungen zur politischen Lage in der Türkei wurden die Kurden höchstens als folkloristische Einlage gehandelt. Eine umso bemerkenswerte Tatsache, wenn bedacht wird, daß das von den Kurden bewohnte Territorium fast ein Drittel des gegenwärtigen türkischen Staatsgebildes umfaßt und daß die kurdische Gemeinschaft in der Türkei aus mindestens 8,5 Millionen Menschen besteht. Zudem ist inzwischen die Zahl der kurdischen Arbeitsemigranten in der BRD auf 350-400.000 gestiegen.

Dies lange anhaltende Desinteresse hat sich reichlich unvermittelt in eine ziemlich spezifische Aufmerksamkeit verwandelt. Eine Aufmerksamkeit, deren Motive und Hintergründe uns umso verdächtiger erscheinen, als sie weiterhin nicht dem Lebens- und Freiheitskampf des kurdischen Volkes gilt, sondern ausschließlich den angeblichen Schandtaten einer Organisation.

Es handelt sich um die PKK (Partiya Karkeren Kurdistan), die Arbeiterpartei Kurdistans, bzw. eine ganze Reihe von kurdischen Arbeitervereinen in der BRD, welche als deren "Sprachrohre" und "Tarnorganisationen" denunziert werden. Gegen diese Organisationen richtet sich seit fast einem Jahr eine konzentrierte Hetzkampagne der linksliberalen Schmierjournalen, vom Arbeiterkampf über die TAZ bis hin zur Frankfurter Rundschau. Letzter Aufhänger für diese Kampagne war die Erschießung von Kürsat Timuroglu am 25.2.86 in Hamburg. Wer T. tatsächlich erschossen hat, ist bis heute völlig unklar. Sein Tod steht am vorläufigen Ende einer langen Kette von politischen und schließlich auch physischen Auseinandersetzungen zwischen und auch innerhalb der türkischen und kurdischen Linken.

Wer dieses Attentat insze-

niert hat, können wir nicht klären, die Möglichkeiten sind vielfältig. Ob der türkische Geheimdienst MIT seine Finger im Spiel hatte, ob es sich um interne Auseinandersetzungen bei Dev Isci handelte, wir sind weder Amateurdetektive noch Hilfspolizisten.

Wie zu erwarten, haben sowohl Dev Isci als auch der mit ihr verbündete KB (Arbeiterkampf) die Sache sofort öffentlich der PKK angehängt, mit "klaren Beweisen", die sie allerdings niemandem präsentieren konnten.

Wir finden es nur bedauerlich, wenn auch einige sog. Autonome ("einige Leute aus den Erwerbslosen- und Jobberinitiativen, Hamburg") ihr ansonsten lesbares Flugblatt mit der Denunziation der PKK an den Staatsschutz einleiten, wenn es heißt, "daß die PKK zumindest politisch dafür verantwortlich ist". Wenn die Auseinandersetzung schon so begonnen wird, so wird damit fast automatisch verdrängt, daß es Gründe für die Feindschaft zwischen der PKK und Dev Isci, bzw. deren Vorläufer Dev Yol, gibt.

Der Arbeiterkampf hat schon recht, wenn er von einem Teil der türkischen Linken schreibt, daß es dort eine "Öffnung gegenüber Einflüssen der westeuropäischen neuen sozialen Bewegungen" gegeben hat. Timuroglu war

einer der Repräsentanten dieser "Öffnung". Was aber im AK als legitime und harmlose Kurskorrektur erscheint, hat in Wirklichkeit bittere Folgen für die kurdische Bewegung. Zwei Beispiele mögen dies illustrieren: Im Exil verfolgt Dev Isci eine Politik der Integration. Eins der wichtigsten Mittel ist dabei die Bitte um das Wahlrecht für Ausländer (vgl. dazu ihr Pamphlet "Landtagswahlen fallen für uns aus", u.a. in Spezial Nr. 20). Damit soll die rassistische Diskriminierung der Arbeitsemigranten verschleiert werden, und wird der Assimilationsdruck auf die Kurden weiter verschärft.

Zweitens hat die Einstellung des bewaffneten Kampfes in der Türkei seitens der Dev Yol und einiger kleinerer Gruppen den gegenwärtigen Kurdistanzug der türkischen Armee in diesem Umfang erst möglich gemacht, da nun in Westanatolien keine Kräfte mehr gebunden sind.

Offensichtlich spielen hier einige "linke" türkische Gruppen, insbesondere Hamburg Dev Isci, geschickt mit der Dummheit und Einfalt derjenigen deutschen "Linken", die zwar immer "nicht so genau Bescheid wissen", aber auf jeden Fall auf ihrem Recht bestehen, "eine Meinung zu haben".

Mit dem Gerede von den "stalinistischen" oder "undemo-

kratischen" Methoden wird genau jene weiche Stelle an den Köpfen dieser "Linken" getroffen, welche sich unter Demokratie bloß noch einen parlamentarischen Meinungspluralismus grüner Couleur vorstellen können. Die Vorstellung etwa, daß sich die Organisation des kurdischen Befreiungskampfes angesichts der permanenten Auseinandersetzung mit 350.000 türkischen Soldaten etwas anders vollzieht als das unverbindliche Plenumsgelaber irgendeiner westdeutschen Initiative gegen verstrahlten Spinat, ist diesen Leuten völlig fremd. Und so wie damit die Form des Befreiungskampfes der PKK bzw. der kurdischen Nationalbewegung überhaupt erledigt ist, so wird dessen Inhalt erst gar nicht erwähnt.

Das, was -seit dem 1980er Militärputsch nur noch verschärft- von den türkischen Regierungen am kurdischen Volk exekutiert wird, die Deportationen und Zwangsumsiedlungen, die massenhafte Folter und die gewaltsame Enteignung der kurdischen Bauern, all das interessiert die türkische und deutsche "linke Öffentlichkeit" höchstens am Rande. Ihr Hauptanliegen bleibt die Wiederherstellung der "Demokratie" -natürlich unter Führung des türkischen Volkes- womit sich dann die kurdische Frage

von selbst erledigen soll. Wobei bloß vergessen wird, daß diese kurdische Frage in Zeiten der Demokratie (in den Mitsiebzigern) auch kaum einen türkischen Linken ernsthaft beschäftigt hat. Angesichts dieser Gleichgültigkeit kann das türkische Regime bei seinem gegenwärtigen Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden zu Recht ein weiteres Mal auf die Untätigkeit der europäischen Regierungen spekulieren. Hatte doch schon Hitler, gegenüber Bedenken zu seinen Ausrottungsplänen für die osteuropäischen Juden, zynisch formuliert: "Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?" (Rede vom 22.8.1939). In der Tat haben die türkischen Regimes, sei es unter dem osmanischen Kalifat oder unter der Herrschaft der "Jungtürken", mit dem Massenmord an 2 Millionen Armeniern (hauptsächlich 1894-96 und 1915-16) die Erfahrung gemacht, daß es die europäischen Demokratien mit Minderheitenrechten nur ernst meinten, wenn es ihren kolonialen Interessen nützte. Die kemalistischen Regimes der neuen Türkei haben die Lektion nicht vergessen: zumal dasselbe sich in den 20er und 30er Jahren wiederholte, diesmal mit den Kurden, die ihre Unabhängigkeit verlangten. Das nachfolgende Massaker (allein in Dersim im Jahre 1938 schätzungsweise 40.000 Menschen) fand ebenso die stillschweigende Zustimmung der "demokratischen Weltöffentlichkeit". Die Entstehung der "modernen Türkei" am Anfang der 20er Jahre ließ in der Tat diese Kontinuität ungebrochen. Einer der für die armenischen Massaker verantwortlichen "Jungtürken" war ein gewisser Mustafa Kemal, welcher sich später durch ein Sondergesetz seiner Offizierskameraden zum "Atatürk", dem "Vater der Türken", ernennen ließ. Die von ihm begründete Ideologie

-der "Kemalismus"- allerdings, ist die heilige Kuh eines großen Teils der türkischen Linken. Und eines seiner 6 Prinzipien, der "sechs Pfeile des Kemalismus", ist die ethnische Integrität der Türkei, d.h. in der Türkei wohnen ausschließlich Türken und ebenso ausschließlich wird türkisch gesprochen. Dementsprechend heißen im Regierungsjargon "die Leute, die sich Kurden nennen" ganz einfach "Bergtürken", ihre Sprache ist per Gesetz, ihr Unabhängigkeitsbestreben per Verfassung verboten. Die türkische Linke hat, bis auf wenig rühmliche Ausnahmen, dieses Dogma nie angetastet. Als schließlich -nach vielen gescheiterten Versuchen von Kurden innerhalb linker türkischer Organisationen, ihr nationales Anliegen einzubringen- die PKK als die zur Zeit führende Kraft der kurdischen Nationalbewegung entstand, antwortete diese Linke nur mit Diffamierung: ein "Banditenhaufen", "stalinistische Stammeskrieger", oder in der Sprache des echten "türkischen Patrioten" "Separatisten". Seit allerdings -im Gefolge des 80er Putsches- der Verfall und die Kapitulation der türkischen Linken immer offensichtlicher werden und die internationalistischen Teile ihrer Kader, welche nicht in den Knästen ausgerottet wurden, zur kurdischen Befreiungsbewegung überlaufen, verbreitet sich Resignation im türkischen Exil. Um ihren Haß auf die PKK politisch zu bemängeln, argumentiert z.B. Dev İsci mit einem Linienwechsel der PKK 1982/83. Es ist interessant zu bemerken, daß in genau jener Zeit ca. 600 Militante von Dev Yol (dem Vorläufer von Dev İsci), denen die PKK-Partisanen gerade erst zur Flucht nach Beirut verholfen hatten, sich von ihren Waffen getrennt haben und nach Westeuropa verschwunden sind... Ansonsten, wenn schon die Existenz der Kurden zeitweilig zugegeben werden

muß, gilt es wenigstens, die Praxis der PKK als reine Propaganda abzutun. Am deutlichsten tut sich hier der Arbeiterkampf als deutsches Sprachrohr der Dev İsci hervor. Unter der Überschrift "Einer gegen alle - eine Sekte treibt ihr Unwesen" wird vorgespiegelt, "aus ihrer Selbstdarstellung die Entwicklung der Partei vorzustellen" (in AK 268 v.10. 3.86). Wir ersparen uns hier ihre Darstellung, sie entspricht der bekannten anti-kurdischen Hetze. Interessant ihr Resümee: "Die starke Militärpräsenz in Türkisch-Kurdistan und die mangelnde Verankerung der Guerilla machen ein Operieren ohne relativ sichere Rückzugsmöglichkeit unmöglich". Daher könne "seit dem Jahreswechsel 1985/86...der bewaffnete Kampf als aufgegeben betrachtet werden." Ist es eine Fehlmeldung, wenn die Süddeutsche Zeitung am 6.6.86 schreibt, es wurde "das Kriegerrecht in den fünf südöstlichen Provinzen um weitere 4 Monate verlängert. In diesen Provinzen kommt es seit fast zwei Jahren ständig zu Kämpfen zwischen türkischen Truppen und kurdischen Autonomisten". Auch Alparslan Türkeş, der ehemalige Chef der MHP, scheint von einer Gespensterphobie besessen zu sein, wenn er seine faschistischen Kumpane vor einer Initiative zu Neuwahlen -die das Regime destabilisieren könnte- warnt, denn es "hält im Osten und Südosten der Kampf gegen die Vaterlandsverräter noch an, und der Sumpf konnte noch nicht ausgetrocknet werden..." ("Nokta" v.18.5.86). Ministerpräsident Özal zum selben Thema: "Diese PKK und ähnliche Organisationen sind nicht neu... Man muß wissen, daß dies ein langfristiger Kampf ist... Sie führen einen richtigen Guerillakrieg... Was kann man dagegen machen? Wir haben das Reuegesetz (Kronzeugengesetz) eingeführt, wir haben das Dorfmili-

zensystem entwickelt... wir werden diese noch mit modernen Waffen ausrüsten. Sie verdienen Geld..." (Hürriyet 15.4.86). Soweit zu den wirklichen Begebenheiten in Kurdistan. Doch die Hetz- und Desinformationskampagne der vereinten türkischen und deutschen Linksliberalen hat ihre Früchte getragen: -In Hamburg wurde gegen den kurdischen Arbeiterverein als terroristische Vereinigung ermittelt (unter Berufung des Staatsschutzes auf Verlautbarungen der GAL, der TAZ, des Troztkistenblattes "Was tun" usw.); -so unterzogen am 15.3. in Duisburg ca. 5000 Polizisten tausende von Besuchern des kurdischen Neujahrsfestes "Newroz" einer Personalienkontrolle, 300 Kurden wurden über Nacht festgehalten; -so wurde nach einem perfiden Hetzartikel im "Celler Sonntagskurier" (4.5.86) eine Kurdin (Mitglied des kurdischen Arbeitervereins) am 6.5.86 in Abschiebehäft genommen; -so wurde schließlich von seiten der hannoverschen "Linken" der Versuch unternommen, das Newroz-Fest im Raschplatzpavillon zu verhindern (erfolglos) und den kurdischen Arbeiterverein aus dem "internationalen Maikomitee" auszuschließen (durchgesetzt). Angesichts dieser Sachlage sehen wir es als unsere Aufgabe an, möglichst umfassend über die Geschichte des kurdischen Volkes, seiner Unterdrückung und seines Freiheitskampfes zu informieren. Wir laden daher zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung am 22. August im Jugendzentrum Glocksee ein. Dort werden auch kurdische Freunde über die neuesten Entwicklungen in Kurdistan berichten und ihre politischen Ansichten vorstellen.

Freunde der kurdischen Befreiungsbewegung

DIE FASCHISTISCHE TÜRKISCHE JUNTA VERSUCHT, SICH EINE ATEMPAUSE ZU VERSCHAFFEN



Evren in Erzurum

Die Reisen Evrens und Özals

In den Monaten Juni und Juli erlebte die türkische Diplomatie bewegte Tage. Neben den Reisen der Repräsentanten der kolonial-faschistischen Junta ins Ausland statteten zahlreiche Staatsmänner und Politiker der Türkei einen Besuch ab. Wenn sich auch die in diese Reisen und Besuche gesetzten Erwartungen der faschistischen Junta nicht erfüllten, sind doch beachtenswerte Entwicklungen zu erwähnen. Evren reiste nach Ungarn, Özal nach Rumänien. Von beiden Reisen versprach man sich eine Verstärkung der ökonomischen Beziehungen und eine Verschnaufpause für das faschistische Regime auf diplomatischer Ebene. Beide faschistischen Repräsentanten faßten diese Reisen, auf denen die angebliche Unterdrückung der "türkischen Minderheit" in Bulgarien auf die Tagesordnung gebracht wurde, als Manöver auf. Die Junta bezweckt, angefangen bei den USA bis hin zur UdSSR, mit jedem Land di-

plomatische Beziehungen aufzunehmen und sich so aus der Isolation herauszuretten. In den vergangenen Wochen besuchte Özal auch die Sowjetunion. Doch dieser Besuch endete mit einem Fiasko. Der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, entsprach dem Wunsch Özals nicht und verweigerte ihm einen Empfang. Sowohl die Reisen Evrens als auch Özals haben das Ziel, die bereits in der Zeit M. Kemals verfolgte berühmte "Neutralitätspolitik" fortzusetzen. Die Junta schürt einerseits unentwegt den Anti-Kommunismus, startet gegen Bulgarien Kreuzzüge und versucht andererseits unter der Maske der Freundschaft, ihre Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zu verstärken und die Frage Kurdistans zu verheimlichen. Diese Politik, die offenkundig einen Widerspruch in sich birgt, hat keine Überlebenschance; gleichgültig, worauf sie sich auch stützt.

Evren nach Kurdistan gereist

Der Kopf der faschistischen türkischen Junta, Kenan Evren, unternahm in den vergangenen Wochen eine lange Reise, die ihn nach Erzurum, Erzincan, Agri, Van und anderen Gebieten Kurdistans führte. Mit seinen dort angestellten Untersuchungen legte er selbst das größte Beispiel des Betrugs dar. Während auf der einen Seite seine Folterungen und Massakrierungen am Volk tagtäglich erlebt werden, spielt er auf der anderen Seite den Präsidenten, der sich mit den Problemen des Volkes aus nächster Nähe befaßt.

Evren, der vom ersten bis zum letzten Tag seiner Reise militärische Operationsgebiete besuchte, versuchte ein nor-

males Reiseprogramm vorzutauschen. Doch in allen Dörfern und Städten, die er besuchte, kam seine eigentliche Angst zum Ausdruck, wenn er sagte: "Laßt Euch von den Separatisten nicht überreden, es gibt welche, die die nationale Einheit zerstören wollen." Auch diese letzte Reise Kenan Evrens war also nichts als ein weiteres Komplott gegen unseren Nationalen Befreiungskampf. An Ort und Stelle versuchte er, Pläne für weitere Komplote auf ihre Durchführbarkeit hin zu untersuchen. Die Erklärung unmittelbar nach dieser Reise, wonach die türkische Armee eine neue Operation startete, ist nur ein Beispiel dafür.



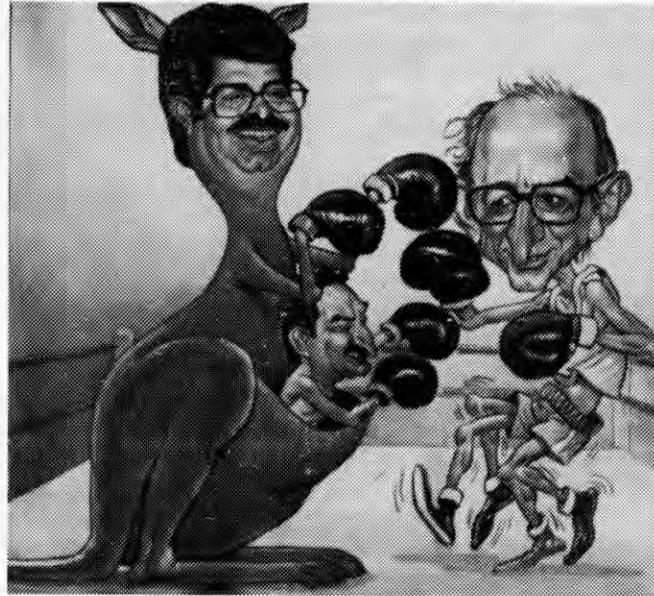
Zwischenwahlen und Erwartungen

Um die in der TBMM (Große Türkische Nationalversammlung) freigewordenen 11 Mandate zu besetzen, finden am 28. September Zwischenwahlen statt. Diese Wahlen, an denen sich alle politischen Parteien beteiligen, werden hinsichtlich der Zukunft der Özal-Regierung als Wendepunkt betrachtet. Der Aufstieg der SHP, Demirels und Ecevits sowie die Bemühungen, eine Alternative vorzuweisen, werden bei diesen Wahlen klarer. Das faschistische Regime stimmt in vielen Themen sowohl den ehemaligen Politikern als auch den Parteien zu. Die Tatsache, daß die Özal-Regierung in einem großen Maße abgenutzt ist, veranlaßt das faschistische Regime, einen solchen Prozeß zu vollziehen und die Grundlage für eine Alternative zu schaffen. Das Auftreten Ecevits und De-

mirrels in Rundfunk und Fernsehen bedeutet einen weiteren Schritt auf diesem Weg. Die Zwischenwahlen am 28. September werden das Schicksal der Özal-Regierung bestimmen und gleichzeitig offenbaren, welche Partei als Alternative über-

wiegen wird. Wird es die Partei İnönüs, die SHP, Demirels DYP, Ecevits DSP oder Yazar's HDP sein? Diese Zwischenwahlen werden die Antwort auf diese Frage geben. Fest steht jedoch, daß die Özal-Regierung abgenutzt und entlarvt ist.

Als Ergebnis: Die Außen- und Innenbeziehungen, die erneuten Reisen, die ökonomischen Maßnahmen, die Zwischenwahlen und die Bemühungen zur Schaffung von Alternativen sind Versuche der Junta, sich eine Atempause zu verschaffen und vorm Niedergang zu retten. Das Regime des 12. September bezweckt durch solche Manöver, aus der Sackgasse, in die es aufgrund der Niederlagen in Kurdistan geraten ist, herauszukommen. Genau aus diesem Grunde wirft die Junta "die Frage Bulgariens" auf, veranstaltet Reisen in die "KKTC" (Nord-Zypriotische Türkische Republik) und stellt ähnliche Anstrengungen an. Doch trotz all dieser Anstrengungen verstärkt sich unser Nationaler Befreiungskampf tagtäglich und treibt die faschistische Junta in tiefe Ausweglosigkeit.



Die faschistische türkische Junta hinter neuen Komplotten in Zypern

Zu Beginn des Monats Juli besuchte der Ministerpräsident der Junta, T. Özal, als Gast der "Nord-Zypriotischen Türkischen Republik" Nord-Zypern. Die Reise Özals in die "KKTC", die von seiten der faschistischen türkischen Junta gegen den Rest der ganzen Welt proklamiert und von keinem anderen Staat der Welt offiziell anerkannt wird, zeigt, daß der türkische Staat hinter neuen Komplotten steckt. Die faschistische Junta hat die Interessen des Volkes auf dieser Insel mißachtet, die "KKTC" proklamiert und bis heute versucht, sie mit Gewalt am Leben zu erhalten.

Trotz aller Einwände und Proteste der UNO, des Europaparlaments und der türkischen und griechischen Völker Zyperns reiste T. Özal nach Nord-Zypern. Nach der Besetzung Nord-Zyperns von seiten der türkischen Streit-

kräfte im Jahre 1974 verstärkte der türkische Staat mit aller Sorgfalt seine Herrschaft in dem von ihm besetzten Gebiet. Er ist an einer Lösung des zypriotischen Problems nicht interessiert und hat darüber hinaus unmittelbar nach der Proklamation der "KKTC" Nord-Zypern völlig an sich gebunden. Es existiert heute in dem unter türkischer Besetzung stehenden Teil Zyperns eine Marionettenregierung, die ihre Direktiven von der faschistischen Junta erhält. Für die Bedürfnisse und Verwaltung dieser Regierung kommt die Junta auf.

Die Reise T. Özals nach Zypern beweist erneut diese Tatsache. Ein anderes Ziel dieser Reise bestand darin, Griechenland erneuten Drohungen auszusetzen, die aufgrund der Frage Zyperns und der Ägäis ohnehin schwelenden Konflikte zu verschärfen



und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den eigentlichen Problemen wegzulenken. Die faschistische Junta versucht, den in Kurdistan gegen die kolonialistische Barbarei geführten Nationa-

len Befreiungskampf zu verschleiern und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nach außen zu richten. So sollten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden.

Was haben die Ministerpräsidenten von China und Pakistan mitgebracht?

Der sich in letzter Zeit nach außen intensivierende diplomatische Verkehr gewann durch den Besuch des chinesischen und pakistani-schen Ministerpräsidenten in der Türkei an Intensität.

Pakistan weist sowohl aufgrund seiner Beziehungen mit dem Imperialismus als auch aufgrund seiner Bemühungen, die faschistische Diktatur mit zivilen Cliques zu verschleiern, Ähnlichkeit mit der Türkei auf. Beide Länder sind treue Alliierte des US-Imperialismus und stellen dessen Angriffsstützpunkte dar. Die Reise des pakistanischen Ministerpräsidenten deutet darauf hin, daß beide Länder den

Dialog intensivieren wollen und zwar auf der Ebene, wie sie am besten ihre Gendarmerolle erfüllen können. Auch wenn auf der Tagesordnung dieser Reise ökonomische Fragen standen, bestand das Hauptziel darin, gegenseitig ihre anti-revolutionären Erfahrungen auszutauschen.

Neben den diplomatischen Beziehungen, die China in den letzten Jahren mit der faschistischen türkischen Junta entwickelte, wurden auch die ökonomischen Beziehungen intensiviert. Dieser letzte Besuch ist in diesem Rahmen verwirklicht worden.



Protestaktion der Frauen in Pakistan

Die Bevölkerung geht an ihrer Armut zugrunde; doch die Regierung sagt: Alles ist in Ordnung



Die Armut hat in der Türkei und in Kurdistan Dimensionen erreicht, die nicht mehr zu ertragen sind. Für die ganze Welt, an erster Stelle für das Volk selbst, ist unverständlich, wie man trotz dieser großen Armut leben kann.

Einige Beispiele aus der Presse reichen, um die Verarmung des Volkes darzulegen. Die Teuerungsrate erhöht sich tagtäglich und die Kaufkraft der Bevölkerung wird jeden Tag niedriger. Die Hinweise auf den ökonomischen Nie-

dergang, der Hunger, die Prostitution, Selbstmord, Diebstahl und ähnliches steigen enorm. Die Stärke und Größe des Kapitals einiger Monopole erreicht hingegen unglaubliche Dimensionen. Trotz all dieser Tatsachen be-

hauptet die Regierung Özals, daß "alles in Ordnung" sei. Sie stellt die Lage in den rosigsten Farben dar.

Die Beweise für den ökonomischen Niedergang vermehren sich unaufhörlich. Eine andere Sache, die bereits legitim wurde, sind die Bestechungsgelder. Die Gelder, die man früher auf diese oder andere Art heimlich entgegennahm, werden heute ganz offen gefordert, ohne nach irgendwelchen Deckmänteln zu greifen. Die Bestechung, die von Städten und Gemeinden bis hin zu den Bürgermeistern, von den Ministern bis hin zum engsten Kreis des Ministerpräsidenten reichen, wird als eine fette Beute aufgefaßt und von allen Repräsentanten des Staates praktiziert. Es gibt kaum einen Staatsrepräsentanten, der ohne Bestechung irgendetwas unternimmt. Der Rekord wurde jedoch von Turgut Özal gebrochen; er hat seiner Tochter einen Wagen im Wert von 52 Millionen Lira schenken lassen. Auf diesem Gebiet zeigte er Erfolg (!).

Uns erreichte ein Flugblatt der PKK-Europavertretung, das wir nachstehend in voller Länge veröffentlichen.

Barbarisches Massaker in Kurdistan

- **Die faschistische türkische Armee bombardiert kurdische Dörfer**
- **Männer, Frauen, Kinder wahllos massakriert**

Kriegsflugzeuge der türkischen Armee haben am 15. August 1986 gegen 6 Uhr Süd-Kurdistan bombardiert. Die Zahl der Flugzeuge, die vom militärischen Stützpunkt Diyarbakir aus starteten, wurde mit 10 angegeben. Bei dieser barbarischen Aktion sind 6 Dörfer bombardiert und die Dorfbewohner im Schlaf überrascht worden. Es wird berichtet, daß zahlreiche Menschen, darunter Frauen und Kinder, bei diesem faschistischen Akt ihr Leben verloren haben. Was treibt die faschistische Junta dazu, vor den Augen der ganzen Welt unser Volk mit den faschistischen Methoden der Kriegsführung zu massakrieren?

Dieser Angriff, der bereits vor Monaten geplant wurde, ist am 15. August, am Tag des Beginns der Aktionen der Befreiungseinheiten Kurdistans (HRK), in die Tat umgesetzt worden. Das bedeutet, daß die Massakrierung unseres Volkes an diesem Tag keinesfalls ein Zufall ist. Die Folterungen, Massaker, Zwangsdeportationen, Bombardierungen, all das sind Methoden und Versuche des faschistischen Kolonialismus zur Sicherung seiner Existenz in unserem Land. Der Tag, an dem unser Volk dem Kolonialismus klar machte, daß es nicht mehr länger bereit ist, all diese Praktiken hinzunehmen, ist der 15. August; der Tag, an dem unser Volk erneut mit Hoffnung in die Zukunft blicken konnte, ist der 15. August; ja, am 15. August wurde die HRK gegründet, jene Kraft, die seit diesem Datum der schmutzigen kolonialistischen türkischen Existenz in unserem Land tagtäglich Todesschläge versetzt. Das ist der Grund, weshalb die Kolonial-Faschisten an diesem Tag unser Volk derart tollwütig angriffen. Diese Taktik der Faschisten ist nicht neu. Der große Sohn des kurdischen Volkes, ZK-Mitglied unserer Partei, Genosse Mazlum DOGAN, wurde am 21. März, am Tag des NEWROZ, bestialisch ermordet. Mit dieser Taktik versucht die faschistische Junta unser Volk einzuschüchtern und die Bedeutung dieser Tage aus seinem Gedächtnis zu löschen. Doch alles vergebens! Der türkische Staat hat seine Provokationen bereits vor Gründung unserer Partei, als sie noch als Idee existierte, begonnen. Die Gründung der PKK und die Erhebung zum Kampf haben ihn und seine Herren, die Imperialisten, dazu veranlaßt, die Junta an die Macht zu bringen. Die Junta, die seit ihrer Machtergreifung sowohl in den Gefängnissen als auch auf den Dorfplätzen ganz offiziell foltert und mordet, hat nur eins erreichen können: die Wut, den Zorn und die Kampfteschlossenheit unseres Volkes. 2/3 der türkischen Armee, bestehend aus 350.000 Soldaten, befindet sich in Kurdistan und führt einen schmutzigen Kampf gegen unser Volk. Der unter der Führung der PKK, ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) und HRK geführte Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit hat diese berüchtigte Armee der NATO in eine Situation versetzt, in der sie lahmgelegt wurde. Diese Armee ist machtlos, ja, sie ist machtlos, und deshalb setzt sie Kampfflugzeuge und Napalmbomben ein; sie ist machtlos, deshalb ermordet sie schutzlose Frauen und Kinder; sie ist machtlos, deshalb muß sie tagtäglich von der Vernichtung der "Separatisten" sprechen. Mit dieser faschistischen Handlung hat der türkische Staat offen gestehen müssen, daß er sich in einem Krieg befindet. Die Armee des türkischen Staates hat sich in diesem Krieg verausgabt und ist in große Panik geraten. Der Angriff auf Süd-Kurdistan am 25. Mai 1983 war ein vollkommenes Fiasko. Die Kolonialisten konnten keine Lehren daraus ziehen, denn jemand, der Todesschläge erleidet, ist nicht mehr in der Lage, aus der Praxis zu lernen, greift Frauen und Kinder an und mordet unschuldige Menschen.

Der türkische Ministerpräsident Turgut Özal hat am Abend des 15. August eine Presseerklärung abgegeben und präsentierte der ganzen Welt stolz, wie seine faschistische Armee schutzlose Menschen niedergemetzelt hatte. Er gab an, daß 3 Lager der "Separatisten" bombardiert worden seien und die Aktion ihr Ziel erreicht habe. Doch es ist nicht das erste Mal, daß sich Repräsentanten des kolonialistischen Staates blamierten. Das einzige, was sie erreicht haben, ist die Bombardierung der Dörfer und der Mord an schutzlosen Menschen. Auch das wird die faschistische Armee vor ihrem Niedergang nicht retten.

Weder Napalmbomben noch NATO-Flugzeuge, weder die tollwütige türkische Armee noch deren Unterstützung von seiten des Imperialismus werden unser Volk davon abhalten, seinen Kampf bis zum Ende zu führen. Dieser Kampf wird, ob die Faschisten wollen oder nicht, ob es dem Imperialismus und der Reaktion recht ist oder nicht, mit aller Härte fortgesetzt. Dieser Kampf wird fortgesetzt unter der Führung des größten Feindes aller Imperialisten, der PKK. Diejenigen, die sich immer noch Illusionen machen, daß die einzige Hoffnung unseres Volkes, die PKK, vernichtet wird und unter dem Namen pseudo-fortschrittlicher Organisationen oder Gruppen die Bekämpfung der PKK zu ihrem Hauptberuf gemacht haben, müssen aufgeben. Die Freunde unseres Volkes müssen ihnen die verdiente Antwort geben.

Vor kurzem besuchte der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Türkei und erklärte, daß er dieses Land mit ganzem Herzen unterstütze. Die Junta, die das Blut unseres Volkes aussaugt, kleine Kinder in ihrer Wiege ermordet, findet die Unterstützung des deutschen Bundespräsidenten, noch dazu mit ganzem Herzen. Die deutsche demokratische Öffentlichkeit muß sich gegen diese massiven Bemühungen der BRD und deren Repräsentanten stellen, denn sie dienen den Massakern an unserem Volk. Selbst das Zweite Deutsche Fernsehen übermittelte das Ereignis in einer Sprache, die sich nicht wesentlich von der Sprache der Junta unterscheidet. Die Nachricht versuchte darüber hinaus, diesen faschistischen Angriff zu legitimieren. Dem ZDF zufolge sind "Kurdenerstecke" bombardiert worden, der Grund für diese Aktion sei der Tod von 12 "Menschen".

Demokraten, Freunde unseres Volkes

Diese "Menschen", von denen das ZDF sprach, sind Mörder unseres Volkes, die unsere Mütter und Schwestern auf den Dorfplätzen sammeln und vor ihren Männern, Vätern und Brüdern schänden. Es waren faschistische Offiziere und Soldaten, die am 12. August 1986 von seiten der Befreiungseinheiten Kurdistans bestraft wurden. Wie kann man diese barbarischen Faschisten als Menschen bezeichnen? Protestiert dagegen und laßt Euch von keiner Kraft irreführen! Erhebt Eure Stimme gegen all diese Massaker an unserem Volk!

Die PKK-Europavertretung hat eine an die demokratischen und fortschrittlichen Kreise und Kräfte gerichtete Erklärung abgegeben, die wir nachstehend in voller Länge veröffentlichen. Der KURDISTAN REPORT ist der Überzeugung, daß diese Erklärung einen Beitrag zur Klärung zahlreicher aufgekommener Fragen leistet.

VIELE FRAGEN - EINE ANTWORT!

Heute sind wir an einem Punkt angelangt, an dem über unser Land Kurdistan und dessen führende Kraft, die PKK, sehr häufig diskutiert wird. Die Presse, politische Organisationen, Gruppen und Personen werden gemerkt haben, daß die Entwicklungen in unserem Land die Stummen zum Reden brachten und viele Masken herunterrissen. Dazu aber später.

Kurdistan und die PKK sind zwei Fakten, die miteinander in einer Weise verknüpft sind, daß jeder, der die Wirklichkeit Kurdistans bisher nicht kannte, sie durch die PKK erfuhr. Die Entwicklungen haben in einer sehr eklatanten Art gezeigt, daß sich die Wirklichkeit unseres Landes und seines Unabhängigkeitskampfes von vielen anderen Entwicklungen in der Welt ganz wesentlich unterscheidet. Es ist bekannt, daß die Unterdrückungen, Folterungen und Deportationen in unserem Land nicht erst seit gestern bestehen. Es ist bekannt, daß der Kampf gegen diese Barbareien des türkischen Kolonialismus auch nicht erst gestern begann und seit der Geburt der PKK auf eine erbarmungslose Weise geführt wird. Aber heute wird er so intensiv geführt, daß sich die Presse der Welt und insbesondere die europäische Presse gleichermaßen mit diesem Kampf beschäftigt. Auslöser der Diskussionen waren insbesondere die Aktionen des 15. August 1984. Diese Diskussionen halten bis heute an und nehmen nun einen anderen Charakter an. Allein die Tatsache, daß der Name Kurdistan für jeden eine Gefahr darstellt, der ihn benutzt, und unsere Partei für die Befreiung Kurdistans einen Kampf Zahn um Zahn führt, zeigt, wie lebenswichtig unser Land für die Kolonialisten ist. Mit der Befreiung unseres Landes werden wir dem türkischen Kolonialismus seine Blutader durchtrennen. Und damit nicht nur ihm, sondern einer tollwütigen imperialistischen Macht, der NATO. Die von dieser Macht finanzierte faschistische türkische Armee bombardiert unsere Dörfer, mordet unsere Kinder und Frauen, doch keine beachtenswerte Zeile in der imperialistischen Presse, die von diesen Bombardements objektiv berichten würde.

Hinzu kommt, daß in den letzten Tagen ein niederträchtiges Komplott von seiten der Hamburger Polizei und des türkischen Konsulats gegen unsere Partei geschmiedet wurde, das nun direkt durch die Hand der Verschwörer propagiert wird. Wir werden hier der Modalität dieser Provokation keinen Platz einräumen, denn sie ist erstens nicht das Hauptthema unserer Erklärung und zweitens "seltsam" genug, um Fuß fassen zu können. Den gesamten Kräften der Welt ist gut bekannt, daß diese Methoden nicht neu sind und uns von unserem Weg nicht abbringen werden. Das Bemerkenswerte an den Entwicklungen besteht darin, daß die Freunde der faschistischen Junta sehr schnell und

klar Stellung bezogen haben. Sie bekämpfen die PKK nicht nur auf theoretischer Ebene mit ihren Zeitungen und Verleumdungskampagnen, sondern, wie die letzten Entwicklungen zeigen, auch auf praktischer Ebene.

Kommen wir nun zur Berichterstattung über den Nationalen Befreiungskampf in Kurdistan und somit selbstverständlich zur Berichterstattung über die PKK. Es ist in demokratischen und alternativen Zeitungen auf lokaler- und Bundesebene sowie in Zeitungen zahlreicher Organisationen und Gruppen viel über unsere Partei gesagt und geschrieben worden. Vorweg sei betont, daß wir für jede Kritik, und sei sie noch so hart, dankbar sind, vorausgesetzt, sie ist ehrlich gemeint, verfolgt keine schmutzigen Ziele und ist klar wie die Sonne. Es sei aber auch betont, daß wir eine Kritik, die sich hinter tausend Gesichtern versteckt, die sich vor die Unabhängigkeitsbestrebungen unseres Volkes stellt, nicht beachten werden und jeder, der solche Ziele verfolgt, gleichgültig unter welchen "demokratischen" und "sozialistischen" Namen auch immer, eine Ohrfeige bekommen wird. Angefangen beim Pogrom bis hin zur Wochenzeitung, AIB und vielen anderen Publikationen und Zentralorganen von Parteien und Organisationen, alle haben unseren Kampf auf diese oder jene Weise interpretiert. Wir werden aufgrund der Vielzahl dieser Interpretationen an dieser Stelle nicht auf all diese Erklärungen und Kommentare eingehen, sondern vielmehr unsere Grundhaltung in bestimmten Fragen darlegen und lediglich einige von ihnen anschneiden.

Wir erwähnten bereits, daß die Wirklichkeit unseres Landes und unseres Befreiungskampfes Merkmale tragen, die nicht überall anzutreffen sind; so auch die Geburt der PKK. Mit der Geburt der PKK wurde das "magische Feuer" entflammt und die "Ordnung" gestört. Wo lag die Lösung? Die Lösung lag in der Bestrafung 'Prometheus', der dieses Feuer aus dem Olymp-Berg entführte und die Ordnung der Götter störte. "Prometheus" mußte man im Namen der "Gerechtigkeit", der "Menschheit" und im Namen aller "Heiligen Werte" bestrafen. Die Pläne und Anstrengungen, die PKK zu bestrafen, sind also nicht neu. Die "linken Götter" haben sich am Tag der Geburt der PKK in ihrer Ruhe und Ordnung gestört gefühlt; auch das ist nicht neu. Das "Fluchen" dieser "Götter" über unser Volk und unsere Partei ist ebensowenig neu; neu daran ist, daß diese Götter, die über Jahre hinweg die demokratisch-fortschrittliche Öffentlichkeit irregeführt und betrogen und die internationalistischen Gefühle zahlreicher Kreise und Personen ausgebeutet haben, heute auch in Europa demaskiert sind und sich nicht mehr als "türkische Genossen" verkaufen können. Heute ist der türkische Chauvinismus den europäi-



Der Generalsekretär der PKK, Genosse A. ÖCALAN

schen Linken sehr wohl bekannt. Die Freunde unseres Volkes in Europa beginnen heute ihre Stimmen gegen all diese Betrügereien zu erheben. Es zeichnen sich deutliche Konturen ab. Die Gerechtigkeit unseres Kampfes und der Internationalismus der PKK gaben die Garantie für diese gesunden Entwicklungen. Das ist das Resümee des Nationalen Befreiungskampfes unter der Führung der PKK.

Um einige Tatsachen klarzustellen, möchten wir, wie vorstehend erwähnt, auf einige Fragen und Veröffentlichungen eingehen. Nehmen wir zum Beispiel einige Passagen aus einem Artikel Dieter Falks, den er in der 2. Ausgabe von *Al Karamah* veröffentlichte. Dieter Falk bringt in seinem Artikel "Repression und Widerstand in Türkei-Kurdistan" zahlreiche Fakten zum Ausdruck, die der Wahrheit entsprechen, wenn er z.B. an einer Stelle sagt: "Während das Regime nach dem Putsch mit großem Propagandaaufwand überall im Land die Feuerwaffen einschließlich der Jagdgewehre einsammelte, hat es sich mit Beginn der bewaffneten Aktionen der HRK veranlaßt gesehen, erneut Zivilisten zu bewaffnen, obwohl bereits 2/3 der türkischen Armee in Kurdistan stehen. Innenminister Akbulut hat jüngst die Vergrößerung dieser Dorfschützer-Milizen von 13.000 auf 25.000 Mann angekündigt. All das steht zweifellos im Widerspruch zur Behauptung, die PKK sei in Kurdistan praktisch aufgerieben. Gleichzeitig entspricht es jedoch nicht der Tatsache, daß die Situation des Widerstandes -einschließlich des bewaffneten- in Türkei-Kurdistan überaus schwer ist. Zum einen deutet bisher wenig darauf hin, daß es der PKK gelungen wäre, größere Teile der Bevölkerung aus der Rolle eines im günstigsten Fall sympathisierenden Zuschauers bei den Heldentaten einer Organisation zu lösen..." Daß die PKK nicht aufgerieben ist, stimmt vollkommen und es wäre lächerlich, darüber noch zu diskutieren. Aber weshalb wohl die Steigerung der Anzahl der Dorfschützer von 13.000 auf 25.000, wenn es der PKK nicht gelungen wäre, größere Teile der Bevölkerung aus der

Rolle eines "im günstigsten Fall sympathisierenden Zuschauers" zu lösen, und das, obwohl bereits 2/3 der türkischen Armee in Kurdistan stationiert sind? Wirft der Verfasser einen Blick auf das Bild, das auf der selben Seite (33) abgedruckt ist, so wird er sehen, daß diese von ihm als "sympathisierende Zuschauer" bezeichneten Menschen unter faschistischen Bajonetten stehen, weil sie sich zum Kampf bekennen. Man muß mit aller Offenheit zugeben, daß keine Organisation in Kurdistan Überlebenschancen hat, ohne die aktive Unterstützung des kurdischen Volkes. Und wir haben es nicht nötig, an dieser Stelle zu betonen, daß die PKK allen Feinden zum Trotz gedeiht und das gesamte Kurdistan umfaßt. Daher sind Logik und Behauptung D. Falks falsch und entsprechen nicht den Tatsachen. Er baut zum Schluß seines Artikels auf dieselbe Logik und behauptet, daß die "Isolierung der oft sektiererischen PKK von der übrigen Linken an negativer Bedeutung gewinnen wird." Wir sind da ganz anderer Meinung. Wir wissen zwar, von welchen "Linken" er spricht, er mag diese auch als Linke bezeichnen, aber das Volk von Kurdistan und jeder, der dessen Schmerz kennt, hat erkannt, daß diese "Linken" direkte oder indirekte Köder des Faschismus sind. Die Tatsachen liegen offen auf der Hand und wir führen nicht mal eine Diskussion darüber. Die letzten Entwicklungen und die Zusammenarbeit dieser "Linken" sowohl mit den maskierten Parteien des türkischen Kolonialismus als auch mit der europäischen Polizei beantworten alle Fragen. Zum Schluß eine Passage aus einem Artikel Dieter Falks aus *AIB* Nr. 8-9.: "...Ihr (gemeint ist die PKK) bewaffneter Kampf droht damit, anstatt Funke für einen langfristigen Volkskrieg oder gar eine gesamtgesellschaftliche Explosion zu werden, zu isolierten handstreichartigen Aktionen zu degenerieren." Wer die Entwicklung der letzten zwei Jahre und das Ansteigen des Potentials, der Aktionen und andererseits die Hilflosigkeit der faschistischen Armee verfolgt hat und all dies objektiv betrachtet, wird keine solchen Fragen mehr aufwerfen! Wir hoffen, daß die letzten Aktionen der Hezen Rizgariya Kurdistan (Befreiungseinheiten Kurdistans) und die verzweifelte Situation des türkischen Staates, der wie ein tollwütiger Hund da und dort beißt, Dieter Falk eine Antwort auf seine Fragen gaben.

Die Tatsache, daß unser Land für den türkischen Kolonialismus und den Imperialismus ein sehr wichtiges Gebiet darstellt und aufgrunddessen diese Kräfte den Namen unseres Landes zum Tabu erklärten, daß die türkischen Chauvinisten seit Jahren auch in Europa ihren Chauvinismus propagieren und daß vor der Entstehung der PKK keine Organisation in Kurdistan existierte, die die Interessen unseres Volkes vertrat, verspätete die Geburt der Freunde des kurdischen Volkes. Aber heute sieht es anders aus. Unser Volk hat seine Partei, die PKK, erlangt, die kämpft und kämpfen wird, bis sich kein faschistischer Kolonialist mehr in unserem Land aufhält. Es weiß, daß es nicht mehr alleine steht. Unsere Partei ist für den Imperialismus ein beängstigender Traum und wird es bleiben; für die Freunde bedeutet sie eine Stärke.

An dieser Stelle möchten wir auf das Diskussionspapier

von "Einigen Leuten aus den Jobber- und Erwerbsloseninitiativen" in Hamburg, das am 10.7.1986 verfaßt wurde, eingehen. Wir beschränken uns darauf, einen Wunsch der Verfasser aufzugreifen und diesem zu entsprechen: "Genauso unverzichtbar ist es, daß eine politische Stellungnahme der PKK zu den Vorfällen in Hamburg erscheint. Die PKK kann sich nicht länger aus einer Auseinandersetzung heraushalten, in der sie selbst im Mittelpunkt steht."

Zunächst einmal muß festgehalten werden, daß die PKK mit kriminellen Ereignissen dieser Art nichts zu tun hat. Den Unterzeichnern des Diskussionspapiers müßte bekannt sein, daß diese Verleumdungen und Angriffe von seiten der Sprachrohre der faschistischen türkischen Junta und ihrer Freunde in Europa aufgestellt werden. Wir können diese Anstrengungen nur mit einem Sprichwort unseres Volkes beantworten: "Der Hund bellt, die Karawane geht weiter." Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die PKK in der Tat im politischen Mittelpunkt der Welt steht. Sie kämpft heute gegen 350.000 Soldaten einer Armee, die zu den barbarischsten Armeen der Welt zählt. Daher wäre es Unrecht, sie aufzufordern, über irgendwelche dunklen und kriminellen Vorkommnisse Erklärungen abzugeben.

Die Kräfte, gegen die die PKK kämpft, sind grausam. Der türkische Kolonialismus und die ihn unterstützenden Kräfte, wie der US-Imperialismus und andere reaktionäre Kräfte, haben immer wieder bewiesen, daß sie faschistische Methoden anwenden, die Rechte der Völker mit Füßen treten und vor nichts zurückschrecken, wenn es um ihre Interessen geht. Es ist der demokratischen Öffentlichkeit bekannt, wie die anti-revolutionären, anti-demokratischen und kurdenfeind-

lichen Kräfte in der Frage Kurdistans sich verhalten; es ist ebenfalls bekannt, daß unsere Partei die Entschlossenheit unseres Volkes zum Kampf zeigt und zeigen wird. Es besteht kein Zweifel daran, daß der Kampf zwischen unserem Volk und dem türkischen Kolonialismus in starkem Maße an Härte zunehmen wird. Die Bombardements, die offenen Massaker deuten darauf hin, daß der türkische Faschismus seinen Wahnsinn vor den Augen der Welt fortsetzen wird, um dem Kampf des kurdischen Volkes unter der Führung der PKK, ERNK und HRK Einhalt zu gebieten. Die türkischen Kolonialisten sind sich darüber im klaren, daß die fortschrittliche Menschheit auf der Seite des kurdischen Volkes steht und stehen wird. Das letzte Komplott von seiten der faschistischen Junta und ihrer Herren, den Imperialisten, in Hamburg zeigt in aller Deutlichkeit, wie die Feinde unseres Volkes und aller Völker der Welt zusammenhalten und gemeinsam handeln. Die Freunde unseres Volkes müssen sich darüber im klaren sein, daß die Imperialisten jederzeit solche Provokationen auf die Tagesordnung bringen können. Sie dürfen sich zu keiner Zeit und von keiner Kraft irreführen lassen. Der Kampf unserer Partei ist offen und legitim, und genauso ist ihre Sprache. Sie ist so offen, daß sie sowohl vom Feind als auch vom Freund verstanden werden kann. Unser Kampf und sein Erfolg gelten für alle Völker der Welt, für alle demokratischen und antifaschistischen Menschen; und wir werden diesen Kampf zum Sieg führen. Unsere Freunde dürfen keinen Zweifel daran haben.

PKK-Europaverretung
August 1986

Repression und Widerstand in Türkei-Kurdistan

Dieter Falk

Das von der "Arbeitsgruppe Kurden" (PKK) am 21.3.86 zum Kurdenfest "Seydî" eingeleitete "Kurdistan Report" enthält die folgenden Aussagen:

Die türkische Junta hat im Juli 1986 die Repressionen in Kurdistan verstärkt. Die türkische Armee hat in Kurdistan über 350.000 Soldaten stationiert. Die türkische Junta hat in Kurdistan über 100.000 Hektar Land für die PKK als Basis für den Kampf um die Befreiung Kurdistans reserviert. Die türkische Junta hat in Kurdistan über 100.000 Hektar Land für die PKK als Basis für den Kampf um die Befreiung Kurdistans reserviert.

Zum Befreiungskampf in Kurdistan

Die von wenigen Jahren an in der Bundesrepublik zum nationalen Befreiungskampf in Kurdistan übertragene Idee der PKK ist heute in der Türkei und in Kurdistan ein zentraler Bestandteil der politischen Bewegung. Die PKK hat in der Türkei und in Kurdistan über 100.000 Hektar Land für die PKK als Basis für den Kampf um die Befreiung Kurdistans reserviert.

Hauptort Türkei

Die Hauptort der türkischen Junta ist Ankara. Die türkische Junta hat in Ankara über 100.000 Hektar Land für die PKK als Basis für den Kampf um die Befreiung Kurdistans reserviert.

Kurden / Türkei

Bevölkerung Kurdistans

Widersprüche Kurdistans

George Schwarz

Kurdistan Guerilla

**Die Reise des deutschen Bundespräsidenten
Richard von Weizsäcker in die Türkei**

SONDERHEFT

VORWORT

So wie die faschistischen türkischen Kolonialisten ganz offen vor den Augen aller Menschen der Welt unser Volk mit allen erdenklichen Methoden massakrieren, so muß auch der Begriff "Türkeihilfe", durch die heute die kurdischen Dörfer bombardiert werden, ganz offiziell umbenannt werden. Die Freundschaft zwischen Deutschland und der Türkei ist auf hunderte von Jahren zurückzuführen. Unter dieser Freundschaft haben die Völker der Türkei und Kurdistans schmerzhaft gelitten. Das kurdische Volk bekam die Hilfe Deutschlands an den türkischen kolonialistischen Staat in der gesamten Geschichte zu spüren. Auch heute hilft die BRD der TR in einer massiven Weise und diese Hilfe, sei sie militärisch, technisch oder aber wirtschaftlich, wird eingesetzt, um die Unabhängigkeit unseres Volkes zu verhindern. Darüber hinaus werden mittels dieser Hilfe Massaker an unserem Volk begangen. Aus diesem Grunde sind wir der Ansicht, daß die Bezeichnung "Türkeihilfe" unrichtig ist und in "Hilfe zum Mord an dem kurdischen Volk" umbenannt werden muß.

Der folgende Text untersucht die "Freundschaft" zwischen beiden Staaten in vielfältiger Hinsicht; der Besuch R.v. Weizsäckers in der Türkei veranlaßte uns zur Veröffentlichung dieses Artikels. Wir hoffen, daß er das wahre Gesicht dieses Besuchs und der berühmten-berühmten "Freundschaft" darlegt und unseren Lesern bisher noch nicht bekannte Tatsachen und Informationen übermittelt.

KURDISTAN-REPORT

Ein Versuch zur Legitimation des 12. September-Regimes

Der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat am 26. Mai 1986 der Türkei einen offiziellen Besuch abgestattet. Es war der erste offizielle Besuch eines westlichen Staatsmannes in der Türkei seit dem faschistischen Putsch des 12. September. Wie bekannt, haben viele westeuropäischen Staaten nach der Machtergreifung der Armee durch einen militärisch-faschistischen Putsch am 12. September 1980 ihre Beziehungen mit der Junta auf ein niedrigeres Niveau herabgesetzt. Der Grund für diese Entwicklungen und die Resultate dieser Entwicklungen wurden in zahlreichen Schriften des KURDISTAN REPORTS behandelt. Mit dem nachfolgenden Artikel sollen in diesem Zusammenhang einige Tatsachen ans Tageslicht gebracht werden.

Der Türkeibesuch des deutschen Bundespräsidenten muß im Zusammenhang mit einem Wind verstanden werden, dessen Richtung man in den letzten Monaten zugunsten der Türkei zu leiten versuchte. Der Verzicht 5 europäischer Staaten auf eine Anklage der Türkei beim Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte, die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Rat und der Türkei, die Entwicklung der Beziehungen zwischen der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und der Türkei zeigen den Weg der Strömung dieses Windes auf. Beachten wir, daß die deutsche und englische Regierung von Anfang an als Hauptunterstützer der faschistischen Junta das faschistische Gesicht der TR (Türkische Republik) auf internationaler Plattform zu verschleiern versuchten, so ist dieser Besuch des deutschen Bundespräsidenten für uns nicht verwirrend, denn die Beziehungen zwischen der TR und der BRD haben seit langem ein Niveau erreicht, das solche gegenseitigen Besuche

erfordert. Im KURDISTAN REPORT sind über diese Besuche und die vorhandenen Beziehungen Artikel erschienen (siehe KR Nr. 10 vom November 1984, "Ein 'freundlicher' Besuch", Seite 29 und "Die Zusammenarbeit der USA und BRD innerhalb der NATO und die Türkei", Seite 39).

Der Türkeibesuch des Bundespräsidenten hat den vorhandenen Beziehungen zwischen der TR und der BRD eine neue Dimension verliehen. Dieser Besuch stellt in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten einen Wendepunkt dar. Die militärisch-faschistische Administration der Türkei begann unmittelbar nach den Wahlen von 1983 mit Demagogien, wie z.B. sie sei "zur Demokratie" übergegangen, und suchte an erster Stelle bei den europäischen Regierungen Unterstützung. In einer Zeit, in der sowohl in- als auch außerhalb der Gefängnisse und überall in Kurdistan Massaker, Folterung, Unterdrückung und Operationen massiv durchgeführt wurden, bekam die TR bei dieser Suche eine erste negative Antwort von 5 europäischen Staaten. Die spätere Haltung dieser Staaten und ihr Verzicht auf eine Anklage erfolgten dann durch Abkommen mit der TR in gewissen Punkten. Der Wind, der innerhalb europäischer Regierungen zugunsten des 12. September-Regimes wehte, hat insbesondere durch den Beginn der nationalen Befreiungsaktionen am 15. August 1984 an Beschleunigung gewonnen.

Die letzten Entwicklungen zeigen deutlicher, daß bei der Machtergreifung des faschistischen Regimes des 12. September Kreise der NATO die Hauptrolle gespielt haben und auch die BRD aktiv daran beteiligt war. Wir können ganz klar beobachten, daß die BRD dem 12. September-Regime von Beginn an ständig Unterstützung leistete. Der offizielle Besuch des Bundeskanzlers Hel-

mut Kohl in der Türkei war ein weiterer Schritt in Bezug auf diese Unterstützung. Die deutsche Regierung begann nach diesem Besuch von der "Rückkehr zur Demokratie" in der Türkei zu sprechen. Sie versuchte somit, ihre Mitäterschaft zu verschleiern und ihren Beziehungen mit diesem Regime eine Legitimität zu verschaffen. Der zuletzt abgestattete Besuch des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker ist ein Versuch zur Stärkung der Bemühungen des deutschen Staates, das Regime des 12. September zu legitimieren. Dieser Besuch sollte dazu dienen, ein faschistisches Regime zu legitimieren und ihm in der Weltöffentlichkeit Anerkennung zu verleihen. Es liegt offen auf der Hand, daß der Besuch Richard von Weizsäckers diesem Ziel dienen sollte. Er selbst erklärte, daß er mit seinem Besuch in der Türkei bezwecke, einen Beitrag zum Übergang zur Demokratie zu leisten. Während die Türkeireise von Weizsäckers die Aufmerksamkeit erneut auf die faschistische Junta zog, hat sie auch die deutsch-türkischen Beziehungen und deren historische Entwicklung erneut auf die Tagesordnung gebracht. Die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sind bis auf das 18. Jahrhundert zurückzuführen. Um die aktuellen Beziehungen dieser beiden Staaten besser zu begreifen, werfen wir ein Auge auf diese historische Entwicklung. Die eingegangenen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Osmanischen Imperium sowie der Eintritt dieser beiden Staaten in den I. Weltkrieg als Alliierte erfordern eine Erklärung. Aus dieser Sicht ist es von großem Nutzen, die Beziehungen zwischen den deutschen und türkischen herrschenden Klassen im 18. Jahrhundert und deren Verlauf bis zum heutigen Tag zu untersuchen, bevor man auf die Details der Reise von Weizsäckers eingeht.

Der Beginn der deutsch-türkischen Beziehungen

Das Jahr 1760 kann als Jahr des Beginns der deutsch-türkischen Beziehungen angenommen werden. In diesem Jahr machte der Preußenkönig Friedrich II. den Vorschlag, einen Verteidigungspakt zwischen Deutschland und dem Osmanischen Imperium abzuschließen. Ab diesem Datum nähern sich die deutschen Kaiser und das Osmanische Imperium einander. Die eigentliche Entfaltung der Beziehungen beginnt aber erst um 1840. In dieser Phase wurden zwischen dem Osmanischen Imperium und Deutschland Handelsabkommen unterzeichnet. Ein Handelsabkommen, das man im Jahre 1839 mit den Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg schließt, vervollkommenet man mit einem Abkommen mit Preußen im Jahre 1840. Diese ersten Schritte verursachen, daß der junge deutsche Kapitalismus das Osmanische Imperium im Auge behält. Der deutsche Ökonom Ruscher hat bereits im Jahre 1848 folgendes gesagt: *„Wenn sich das Imperium auflöst, wird ein Teil dieses Imperiums, das kleine Asien, Deutschland zufallen.“* Was waren die Gründe, die dazu geführt haben, daß Deutschland mit dem Osmanischen Imperium eine lang andauernde Beziehung begann? Um diese Frage umfangreich beantworten zu können, muß man die Lage des deutschen Kapitalismus in der Mitte des 19. Jahrhunderts und die Entwicklungen anderer kapitalistischer Staaten kurz erläutern.

Die Entwicklung des Kapitalismus begann in Deutschland nach England und Frankreich. Doch in einer sehr kurzen Zeit hat er sich rasch entwickelt und erreichte eine Ebene, auf der er mit England und Frankreich konkurrieren konnte. Diese rasche Entwicklung Deutschlands brachte die erneute Teilung der Welt auf die Tagesordnung. Andere kapitalistische Staaten entsprachen diesem Wunsch Deutsch-



Kaiser Wilhelm I., 1883

lands aber nicht; und es sah sich veranlaßt, nach neuen Möglichkeiten zu suchen.

Man muß hier auch von einer Tatsache sprechen, die sich als Hindernis vor die kapitalistische Entwicklung in Deutschland stellte. Deutschland war bis zum letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in kleine zerstreute Staaten aufgeteilt. Diese Situation stellte vor der Entwicklung des Kapitalismus, der den Zentralismus und die Einheit des Marktes erforderte, ein Hindernis dar. Aus diesem Grunde bestand das Problem darin, das geteilte Deutschland zu vereinigen.

Wilhelm I., der im Jahre 1861 an die Macht kam und Bismarck zum Kanzler ernannte, begann mit den Kriegsvorbereitungen. Bismarck war dafür, daß sich die deutschen Staaten unter der Führung Preußens vereinigen. Aus diesem Grunde wollte er zuerst gegen Österreich und Frankreich kämpfen, die einer Vereinigung Deutschlands im Wege standen. Frankreich und Öster-



Kanzler Otto von Bismarck

reich befürchteten, Deutschland würde den Krieg erklären, falls es zu einer Vereinigung aller kleinen deutschen Staaten käme. Deshalb versuchten sie, eine solche Vereinigung zu verhindern. Nach Ansicht Bismarcks war der Krieg aus diesem Grunde unverzichtbar. Im Jahre 1866 griffen die Armeen Preußens Österreich an und errangen den ersten Sieg. Mit einem Friedensabkommen mit Österreich schufen sie zunächst einmal diese Gefahr aus der Welt. Aber die Bedrohung von seiten Frankreichs betreffend die südlichen Staaten bestand weiterhin. Die deutschen Fürstentümer schlossen trotz alledem mit Preußen ein Geheimabkommen, wonach im Falle eines Krieges gegen Frankreich der König von Preußen als Kommandant der deutschen Staaten den Krieg leiten sollte. Nach alledem fehlte nur noch eins: die Kriegshetzerei Bismarcks. Schließlich zögerte er dann auch nicht, seine Geschicklichkeit auf diesem Gebiet zu zeigen. Im Jahre 1871 bricht der Krieg

zwischen Preußen und Frankreich aus. Frankreich verliert den Krieg und die Gründung des Deutschen Reiches wird so vervollkommen. Um die 40 kleine Staaten werden vereinigt und ein neuer großer Staat, das Deutsche Reich, wird gegründet. Es stellt sich dann heraus, daß dieses neue Imperium stärker und gefährlicher als das preußische Imperium ist und ein Nest der Reaktion verkörpert. Die unaufhörlichen Herrschaftswünsche Preußens spiegeln sich im Deutschen Reich als unaufhörliche Herrschaftskriege wider. Ein vereinigt Deutschland ist bereits in der Lage, mit Frankreich und England zu konkurrieren.

Die ersten Beziehungen zwischen dem Osmanischen Imperium und den deutschen Fürstentümern beginnen in einer solchen Phase. In einer Phase, in der ein Kampf geführt wird, um Deutschland in einem Reich zu vereinigen, sind neue Märkte erforderlich und das Osmanische Imperium ist in diesem Fall eine Beute, die man sich nicht entgehen lassen darf. Diese Beute durfte man nicht England, Frankreich oder dem zaristischen Rußland überlassen. Aber trotz alledem wird Deutschland sich bis zum letzten Viertel des 19. Jahrhunderts nicht so sehr um die Länder des Imperiums bemühen, denn der junge deutsche Kapitalismus ist noch nicht in der Lage, viele Länder zu beherrschen. Nichts desto trotz wurden zwischen dem Osmanischen Imperium und den deutschen Fürstentümern und insbesondere mit Preußen Militär- und Handelsbeziehungen eingegangen. Diese Beziehungen wurden tagtäglich erweitert und entwickelten sich später zugunsten Deutschlands.

Zwischen den Jahren 1835 und 1839 beginnt Helmut von Moltke in der Osmanischen Armee seine Tätigkeit als Ausbilder. Moltke, der insbesondere in Kurdistan arbeitete, hatte als Kommandant die Funktion, die in der damaligen Phase ausgebrochenen Aufstände niederzuschlagen. Somit nehmen die Beziehungen zwischen dem Osmanischen Imperium und Preußen neue Dimensionen an. In einem seiner Briefe erwähnt Moltke die Umgebung von Izmir, das Euphrat-Tal und zahlreiche Orte auf dem Balkan und betont, daß diese genannten Orte von seiten des deutschen Imperialismus beherrscht werden müssen. Diese Situation stellt auch dar, welche Rolle Moltke innerhalb der türkischen Armee auszuüben hatte. Helmut von Moltke, der später in der preußischen Armee

als Feldmarschall diente und im Jahre 1871 an der Spitze der deutschen Armee stand, hat in dieser Phase für den Eintritt des deutschen Kapitalismus in das Osmanische Reich eine wichtige Grundlage geschaffen. Moltke hat mit seinen Bemühungen um den Eintritt des deutschen Kapitalismus in die Türkei die Wege für später geebnet. Auch seine wichtige Rolle bei der Zerschlagung der Aufstände in Kurdistan zeigt bereits damals, auf welcher Basis die deutsch-osmanische Allianz entfaltet werden würde. Sowohl vor als auch nach Moltke haben zahlreiche deutsche Offiziere in der osmanischen Armee Aufgaben übernommen. Alle diese Offiziere werden der späteren Entwicklung des deutschen Kapitalismus dienen.

Man machte sich Gedanken darüber, wie man die bereits im Jahre 1840 steil angestiegene Einwohnerdichte in Deutschland nach außen übertragen könnte. Dafür kam das Osmanische Imperium in Betracht. Durch eine in diesen Jahren massiv durchgeführte Propaganda versuchte man, diesem

einen Schritt weiter gegangen und hat eine christliche Konföderation vorgeschlagen, die sich unter der Leitung des Osmanischen Imperiums befinden sollte. Später werden dann durch die Unterstützung der deutschen Regierung in Palästina (Haifa, Jaffa und Jerusalem) die deutsch-jüdischen Kolonien errichtet. Die später hier ansässig werdenden deutschen Juden werden königlicher als der König sein, die deutsche Kultur propagieren und versuchen, diese geltend zu machen. Trotz der Entfaltung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten konnte keine definitive Annäherung erzielt werden. Wie bereits betont, ist diese Tatsache darauf zurückzuführen, daß der junge deutsche Kapitalismus schwach war. Sogar Bismarck war nicht so sehr für die Aufnahme einer Beziehung mit dem Osmanischen Imperium. Die osmanisch-deutschen Beziehungen, die in der Phase Helmut von Moltkes belebt wurden, erreichten in der Zeit Bismarcks nicht den gewünschten Stand. Dies war wiederum darauf zurückzuführen, daß sich Bis-



Sultan Abdülhamit



Helmuth von Moltke

Imperium eine Anziehungskraft zu verleihen. In den damaligen deutschen bürgerlichen Zeitungen ist häufig einer solchen Propaganda zu begegnen. Zum Beispiel Dr. Ernst Jackh: *"Dort in der Türkei ist Anatolien und Mesopotamien. Anatolien ist das Land der aufkommenden Sonne. Mesopotamien ist ein altes Paradies. Diese Namen müssen für uns zu Symbolen werden."* Ein weiteres Beispiel: *"Nicht zu einer neuen Welt, sondern nach Mesopotamien! ..."* (Berlin-Bagdad, Der Eintritt des deutschen Imperialismus in die Türkei, L. Rathmann, Seite 10, türkische Fassung). Es existierte also schon damals eine Tendenz zum Osmanischen Imperium. Moltke ist sogar noch

marck mit der Vereinigung Deutschlands beschäftigte. Ein anderer Grund stellte seine Beschäftigung mit Frankreich und Österreich dar; mit dem zaristischen Rußland, das Asien und den Mittleren Osten zu beherrschen bezweckte, wollte er keinen Krieg beginnen. Die lebendigste Phase der osmanisch-deutschen Beziehungen beginnt aus diesem Grunde erst im Jahre 1880. Deutschland, das ab diesem Datum ein nicht zu stillendes Bedürfnis nach Märkten verspürte, um seinen Kapitalismus zu entfalten, begann sich intensiv mit dem Osmanischen Imperium auseinanderzusetzen.

Deutschlands Beteiligung an den kolonialistischen Kriegen und sein eroberischer Charakter

Das Deutsche Reich hat sich im Vergleich zu den anderen kapitalistischen Ländern zu einem späteren Zeitpunkt in die kolonialistischen Kriege hineinbegeben. Die Welt war aufgeteilt unter drei hauptkolonialistischen Kräften. Neue Kolonien Deutschlands bedeuteten daher, daß Deutschland Länder beherrschen mußte, die sich vorher in den Händen Frankreichs, Englands und des zaristischen Rußlands befanden hatten. Dies stellte eine Kriegsgefahr zwischen den imperialistischen Kräften dar. Die Forderungen nach Land von seiten des deutschen Imperialismus erhielten eine negative Antwort von den anderen kolonialistischen Staaten. Die ersten Gebiete gewann Deutschland dann in den kolonialistischen Kriegen zwischen 1880 und 1890. Das Deutsche Reich, das Togo, Kamerun und Ost- und Südwestafrika besetzte, wird seinen eigentlichen Kampf jedoch um die Herrschaft des Osmanischen Imperiums führen.

Im Jahre 1888 besteigt Wilhelm II. den Thron. Diese Änderung schlug auch hinsichtlich der osmanisch-deutschen Beziehung eine neue Seite auf. Beziehungen, die Bismarck mit dem Osmanischen Imperium nicht so sehr entfalten konnte, nahmen durch Wilhelm II. höhere Dimensionen an. Man kann sogar sagen, daß der wichtigste Teil der Anstrengungen Wilhelm II. den deutsch-osmanischen Beziehungen galt. Nach dem Rücktritt Bismarcks im Jahre 1890 beherrschte Wilhelm II. die Lage vollkommen. Die Politik, die er verfolgte, war reaktionärer als die Bismarcks.

Deutschland bezweckte, durch die Eroberung von Kolonien, die Ausbeutung dieser Kolonien und insbesondere den Verkauf von Waffen große Profite zu erzielen und heranzuwachsen. Aus diesem Grunde stellte es in dieser Phase den angriffslustigsten der imperialistischen Staaten dar. In den Jahren zwischen 1890 und 1900 beschleunigte Deutschland die Phase der Eroberung von Kolonien. Zu die-

sem Zweck wurde eine breite Propagandaaktivität gestartet und unter dem Namen der Einheit der deutschen Rasse eine spezielle Organisation gegründet, die zum Zweck der Eroberung begann, zugunsten des deutschen Imperialismus Propaganda zu betreiben. Während diese Einheit Propaganda betrieb für die Eroberung der Kolonien, die anderen imperialistischen Staaten angehörten, bezweckte sie gleichzeitig, die an der deutschen Grenze liegenden, an Erzen reichen Regionen Belgien, Holland, die skandinavischen Länder und schließlich das Osmanische Imperium zu beherrschen. Damit begnügte sie sich jedoch nicht und brachte in ihrer Propaganda zum Ausdruck, daß sie sich bis hin zum zaristischen Rußland begeben möchte. Diese Propaganda, die unter dem Namen der Einheit der deutschen Rasse ständig für eine Herrschaft über die ganze Welt plädierte, wurde auch von seiten der deutschen Presse sehr stark unterstützt.

Um ein besseres Verständnis in Bezug auf die damalige Situation des deutschen Imperialismus und seine Beziehungen mit dem Osmanischen Imperium zu erhalten, müssen wir die Entwicklungen am Ende des 19. Jahrhunderts etwas umfangreicher aufgreifen. N.V. Yeliseyeva legt in seinem Buch 'Die Geschichte der Neuzeit' den von seiten des deutschen Imperialismus geführten kolonialistischen, eroberischen Krieg sehr gut dar. Eine Passage aus dem Buch: *"Der deutsche Imperialismus fühlte sich wie ein starkes und junges Raubtier, aber bei der Aufteilung der Kolonien reingelegt. Wie auch Lenin betont, kam Deutschland erst zum Festessen, nachdem bereits alle Plätze besetzt waren. Die Kolonien, die Deutschland erobert hatte, waren ziemlich klein. Der deutsche Imperialismus wollte die verlorene Zeit aufholen. Das Osmanische Imperium wurde zu seinem ersten Opfer.*

Der osmanische Staat erlaubte den deutschen Kapitalisten, eine wichtige

Bahnlinie zu bauen. Diese Linie, die später den Namen Bagdad-Bahn erhielt, durchquerte Klein-Asien und Bagdad und verband den Bosphorus mit dem Persischen Golf.

Die Bagdad-Bahn, die Berlin mit dem Persischen Golf verband, war aus ökonomischer und politischer Sicht sehr wichtig. Der Bau der Bahnlinie hatte den deutschen Industriellen, die zahlreiche Aufträge wie Lokomotiven, Waggons und Schienen erhielten, große Profite gebracht. Dieser Bau versprach auch den deutschen Bankiers, die darin investiert hatten, große Profite. Die Bagdad-Bahn war eine Erleichterung für das Vorhaben der deutschen Imperialisten im Mittleren Osten. Der osmanische Staat geriet später völlig unter deutschen Einfluß." (Geschichte der Neuzeit, türkische Fassung, Seite 285)

Deutschland begann Schritt für Schritt das Osmanische Imperium unter seine Hegemonie zu bringen. Man muß hier auch von 3 Faktoren sprechen, die zur Entfaltung der deutsch-türkischen Beziehungen geführt hatten. Erstens, deutsche Offiziere kamen hintereinander, um in der osmanischen Armee als Ausbilder tätig zu sein; zweitens, die deutsche Waffenindustrie verkaufte in einem wichtigen Maß an das Imperium Waffen und schloß diesbezügliche Abkommen; drittens, die Deutsche Bank erhielt das Privileg über die Haydarpascha-Bagdad-Bahn. All diese Faktoren spielen bei dem Geraten des Osmanischen Imperiums unter die deutsche Hegemonie eine äußerst bestimmende Rolle. Doch auf diese Punkte kommen wir später noch einmal zurück. Es gibt sicherlich einen anderen Punkt, den man behandeln muß. Bis jetzt haben wir von den Gründen gesprochen, die Deutschland veranlaßten, mit dem Osmanischen Imperium enge Beziehungen einzugehen. Es ist offenkundig, daß auch Gründe existierten, die das Osmanische Imperium in Richtung Deutschland trieben.

Die Situation des Osmanischen Imperiums im 19. Jahrhundert



Gebäude der deutschen Botschaft in Istanbul

Die Stagnation innerhalb des Osmanischen Imperiums wurde ab 1800 klarer. Das große Imperium begann Land zu verlieren, schwächer und kleiner zu werden. Mit der Proklamation der Tanzimat Fermani (Durch Erlass des Sultans Abdülhamit eingeleitete politische Reform) im Jahre 1840 begann sich die Herrschaft Englands über das Imperium zu erstarken. Man kann sogar behaupten, daß der eigentliche Grund, weshalb das Imperium in diesen Jahren nicht aufgelöst wurde, auf den Konflikt zwischen England, Frankreich und dem zaristischen Rußland zurückzuführen ist. Das zwischen diesen Kräften herrschende Gleichgewicht hat das Leben des Osmanischen Imperiums verlängert. Aber trotz alledem haben diese Staaten bei Gelegenheit Land dieses Imperiums besetzt. Ein Beispiel hierfür sind die im Jahre 1877-78 ausgebrochenen osmanisch-russischen Kriege.

Während das zaristische Rußland die Balkan- und slawischen Länder zu gewinnen versuchte, planten England und Frankreich, die arabischen Länder

und Kurdistan zu bekommen. Da aber jedes Land sich vor dem anderen fürchtete, hat keins von ihnen eine direkte Annexion des osmanischen Bodens gewagt. Am Ende des 19. Jahrhunderts war das Imperium in einem sehr großen Maße geschwächt. Viele Länder waren ihm verloren gegangen.

Während das Osmanische Imperium eine Phase des Zerfalls erlebte, schaltete sich ein junges imperialistisches Land ein. Dieses war das sich später an der Aufteilung beteiligende Deutsche Reich. Im Gegensatz zu den anderen imperialistischen Staaten hat das Deutsche Reich kein Land vom Osmanischen Imperium gefordert. Neben allem dem versuchte das Deutsche Reich auch, durch Waffen und ökonomische Hilfe das Osmanische Imperium am Leben zu erhalten.

Die Interessen des deutschen Staates und des Osmanischen Imperiums haben sich in diesem Punkt überschritten. Deutschland wollte Kolonien besitzen, sich an der Eroberung der Welt und an ihrer Ausbeutung beteiligen; das Imperium wollte seine alte Kraft

wiedererlangen; auch wenn es nicht die alte Stärke besitzen würde, wollte es doch über den vorhandenen Boden seine Herrschaft fortsetzen. Diese sich im Einklang befindenden Absichten der beiden Staaten bringen sie einander näher.

Die sich Mitte des 19. Jahrhunderts sehr lebhaft gestaltenden osmanisch-deutschen Beziehungen werden am Ende des 19. Jahrhunderts ein sehr bedeutendes Niveau erreichen. Deutschland wird sich als neue Kraft einschalten und die imperialistischen Ziele fördern. Alle Ideologien wie Pan-türkismus, Panislamismus usw., die zum Schutz des Osmanischen Imperiums dienen sollen, werden von seiten Deutschlands stark unterstützt. Deutschland wird die Ideologie des Turanismus, die von seiten der Ittihat und Terakki (Gesellschaft für Einheit und Fortschritt) zum Ziel der Vereinigung aller Welttürken betrieben wurde, bedingungslos unterstützen.

Diese Tatsachen haben dazu geführt, daß beide Staaten in den ersten Weltkrieg als Alliierte eintraten.

Die Entfaltung der deutschen Hegemonie innerhalb des Osmanischen Imperiums

Die Entfaltung der deutschen Hegemonie über das Osmanische Imperium konzentriert sich auf drei Hauptpunkte. Der deutsche Kaiser hat den osmanischen Staat durch eine besondere Methode an sich gebunden. Der deutsche Staat wendete ohnehin von Beginn an eine spezielle Methode dabei an.

Das Deutsche Reich, das begriff, daß das Land des Osmanischen Imperiums nicht direkt zu bekommen war, begann unter der Maske der Freundschaft Beziehungen zu entwickeln. So wie der deutsche Staat keine Forderungen stellte, hat er gleichzeitig die imperialistischen Absichten des Osmanischen Imperiums geschürt. Der deutsche Kaiser, der zu Beginn die Methode der militärischen Hilfe anwendete, begann dann später die ökonomischen Beziehungen zu entfalten und das Osmanische Imperium unter seine Herrschaft zu bringen.

Professor Dr. Lothar Rathmann geht in seinem Buch "Berlin-Bagdad, Der Eintritt des deutschen Imperialismus in die Türkei" auch auf dieses Thema ein. Der Verfasser, der von einer verwurzelten Tradition zwischen dem preußischen Deutschland und dem Osmanischen Imperium spricht, betont gleichzeitig, daß seit 1798 regelmäßig deutsche Offiziere verschiedenen Ranges in die Türkei geschickt wurden, um die türkische Armee auszubilden. Diese Beziehung, die in der Zeit Sultan Abdülhamits an Bedeutung gewann, wurde soweit entwickelt, daß "eine Gruppe von talentierten deutschen Offizieren in die Türkei geschickt wurde, um die osmanische Armee zu reorganisieren, und ebenfalls eine Gruppe von Beamten zum Einsatz im osmanischen Staatsmechanismus." Offiziere und Zivile, die geschickt worden waren, um in der Armee des Imperiums und im Staatsmechanismus Aufgaben zu übernehmen, gaben ihre

Funktion als Beamte im deutschen Staat auf und übernahmen eine Funktion im osmanischen Staat. Diese Bediensteten trugen gleichzeitig dazu bei, daß Deutschland den Mechanismus des osmanischen Staates von innen eroberte. Zum Beispiel der Kommandant der deutschen militärischen Delegation und spätere Vertreter des preußischen Militarismus, Major von der Goltz, hat in dieser Hinsicht beachtenswerte Aktivitäten durchgeführt. Goltz ging mit den Offizieren der osmanischen Armee eine sehr enge Beziehung ein und konnte auf diese Art die geheimnisvollsten Informationen des Staates erfahren. Eine wichtige Offiziersgruppe begann dann allmählich innerhalb der osmanischen Armee für Deutschland zu arbeiten. Von der Goltz ermöglichte später auch, daß eine Gruppe türkischer Offiziere zum Zweck der Ausbildung innerhalb der deutschen Armee Aufgaben übernahm. Schließlich nahmen der osmanische Staat und Deutschland diesen Vorschlag an und die Ausbildung dieser Gruppe wurde verwirklicht. Professor Dr. L. Rathmann sagt in Bezug darauf folgendes: "*Durch diese von seiten des deutschen Generalstabs getroffenen Maßnahmen wurde ein starker verschwörerischer Kern errichtet, der innerhalb der osmanischen Armee von seiten des preußischen Militarismus geschaffen wurde; durch dessen Hilfe sollte der Angriffsplan des preußischen Militarismus auf den Nahen Osten verwirklicht werden.*" (Seite 29) Der Verfasser geht in einem anderen Teil seines Buches auf die Rolle deutscher Offiziere bei der Entwicklung der deutschen Hegemonie detaillierter ein und sagt folgendes: "*Aber trotz alledem waren die Befehlshaber sehr zufrieden damit, daß von der Goltz seine ein Klassenmerkmal tragende Aufgabe erfüllt hat. Es war eine sehr übliche Situation, daß dem*

preußischen Soldat der preußische Händler folgt. Die deutsche Bourgeoisie hatte begriffen, daß sie angesichts der Stärke ihrer Konkurrenten im Nahen Osten zunächst einmal ihre Soldaten hinschicken muß. Diese Soldaten würden im Monopol Großbritanniens und Frankreichs auf ökonomischer und politischer Ebene ein Loch verursachen und den Weg dafür ebnen, daß die deutsche Industrie und das Bankkapital in einem neuen Ausbeutungsgebiet frei kämpfen können... Der Waffenproduzent Ludwig Löwe ist zum Beispiel im Jahre 1893 persönlich zu von der Goltz gegangen, um ihm dafür zu danken, daß er der deutschen Kriegsindustrie gedient hat, und überreichte ihm für seine Bemühungen eine Fülle von Aktien." (ebd., Seite 33)

Wie aus diesen Passagen zu entnehmen ist, begannen die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Osmanischen Imperium bei dem Verkehr der Offiziere und reichten bis hin zur Errichtung der Industrie des deutschen Finanzkapitals. In einer kurzen Zeit, zwischen 1885-89, hat sich die Zahl der Waffen, die das Osmanische Imperium von Deutschland kaufte, in einem sehr großen Maße erhöht. Während den größten Anteil der Aufträge Krupp erhielt, haben auch Mauser, Löwe und Schickau zahlreiche Aufträge erfüllt. Bedenkt man, daß allein im Jahre 1888 die deutschen Waffenfirmen für 2,2 Millionen Mark Waffen an den osmanischen Staat verkauften, so wird einem klar, welche Dimensionen diese Beziehungen erreicht hatten.

Das Privileg für den Bau der Haydarpascha-Bagdad-Bahn erhielt Deutschland. Dies stellt den Gipfelpunkt der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Osmanischen Imperium dar. Die Engländer hatten zunächst den Bau dieser Bahnlinie geplant, aber nach der Eröffnung des Suez-Kanals darauf verzichtet. Die



Einweihung der Berlin-Bagdad-Bahn

Deutschen haben als Konkurrenten der Engländer diese Bahnlinie erneut aktualisiert, da sie in den Persischen Golf eindringen wollten. Die Haydarpascha-Bagdad-Bahn, deren Bau von seiten der Deutschen Bank übernommen wurde, war für den deutschen Imperialismus eine Hilfe, in den Mittleren Osten einzudringen. *„Es besteht kein Zweifel daran, daß es einen Widerspruch darstellt, wenn man sich an die Worte Bismarcks erinnert, die lauteten, 'Die Briefe, die aus Istanbul kommen, lese ich nicht.' Die Interessen des deutschen Finanzkapitals dominierten sowohl in der Regierung als auch in der von ihr durchgeführten Diplomatie allmählich stärker; sie hatten derartige Dimensionen erreicht, daß sich Kaiser Wilhelm II. nicht mehr mit 'Post' begnügte und persönlich im Jahre 1889 nach Istanbul bis zu den Füßen des Sultans ging, um die Pläne von Siemens und der Deutschen Bank zu verwirklichen.“* (A.S. Yerussalimski) Kaiser Wilhelm II. begab sich persönlich bis zu den Füßen des Osmanischen Imperiums, um seine Interessen zu garantieren. Der Besuch Wilhelm II. in der Hauptstadt des Imperiums hat bei der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten eine erhebliche Rolle gespielt.

Die Deutsche Bank hat, um den Bau der Haydarpascha-Bagdad-Bahn durchführen zu können, im Jahre 1889 die Osmanisch-Anatolische Bahngesellschaft gegründet. In Gebieten, die von dieser Bahn durchquert wurden, erhielten die Deutschen wichtige Privilegien. Dadurch, daß bei dem Bau

der Haydarpascha-Bagdad-Bahn die Deutschen Privilegien erhielten, rückte Deutschland bei den Beziehungen mit dem Osmanischen Imperium an die erste Stelle. Obwohl andere imperialistische Länder wie England und Frankreich ihre Handelsbeziehungen mit dem Osmanischen Imperium fortsetzten, erhielten die Deutschen bei dem Bau dieser Bahn große Beuten. Die Deutsche Bank, eine der vier großen Banken in Deutschland, vergrößerte ständig diese Beuten. Sie erhöhte den Betrag ihrer Investitionen des Jahres 1880 von 40 Millionen bis auf 600 Millionen im Jahre 1913. Neben dem Bau dieser Bahn befanden sich auch die Haydarpascha-Hafengesellschaft und das Straßenbahnnetz von Istanbul direkt oder indirekt unter der Kontrolle der Deutschen Bank. Auf Deutschland entfielen im Jahre 1880 4,7 % der Schulden des osmanischen Staates; diese Zahl erhöhte sich im Jahre 1912 auf 19,3 %.

Das Deutsche Reich, das sich innerhalb des Osmanischen Imperiums auf ökonomischer Ebene verstärkt hatte, steigerte seinen politischen Einfluß und machte seine Interessen geltend. Einer der größten Erfolge der Deutschen lag darin, daß sie die osmanische Armee zu einer Schlagkraft des deutschen Imperialismus machten. Sie gingen soweit, daß Kommandanturen zahlreicher Armeen und die Leitung dieser Armeen direkt unter der Kontrolle der deutschen Offiziere standen. Von der Goltz gab zur Kenntnis, daß sie innerhalb der türkischen Armee zahlreiche Offiziere preußischen Typs aus-

gebildet hatten und dadurch großartige Sachen durchführen würden. Dadurch geriet die Leitung der osmanischen Armee in die Hände deutscher Offiziere und die Armee wurde zu einer Kraft, die für die Interessen Deutschlands bereitstand.

Während Deutschland infolge dieser Beziehungen einerseits die Armee und den Staatsmechanismus für die eigenen Interessen gestaltete, errichtete es andererseits durch die Hand der Deutschen Bank, Krupp, Mauser, Löwe und anderer Monopole eine auf ökonomischem Bereich nicht zu unterschätzende Herrschaft.

Diese Situation gewinnt im Jahre 1908 bei der Jeune Türk-Bewegung (Jungtürkenbewegung) an Klarheit. Auch wenn es im Jahre 1908 so aussieht, als wenn die deutsche Herrschaft erschüttert worden wäre, ist sie dann doch durch die Hand der Offiziere innerhalb der Armee erneut errichtet worden. Die Bewegung von 1908 wird von Wilhelm II. wie folgt bewertet: *„Die Revolution ist nicht von seiten der sich in Paris und London befindenden Jeune Türks verwirklicht worden, sie ist einzig und allein von seiten der Armee verwirklicht worden, ja, wenn man die Tatsache offenlegt, ist sie einzig und allein von seiten der Offiziere verwirklicht worden, die in Anatolien ausgebildet wurden und sich 'deutsche Offiziere' nennen. Es ist nur eine militärische Revolution. Diese Offiziere denken, das Schwert in der Hand haltend, wie echte Deutsche.“* Diese Situation ist eine sehr interessante Situation und zeigt die Dimensionen der deutschen Herrschaft. Schließlich hat sich die Herrschaft der Deutschen innerhalb der osmanischen Armee durch die Machtergreifung des militärischen Flügels der Ittihat ve Terakki vollkommen stabilisiert.

Die Bemühungen Wilhelm II. um die Entfaltung der deutsch-türkischen Beziehungen, die auch auf die heutigen deutsch-türkischen Beziehungen ein Licht werfen, müssen näher betrachtet werden, da Weizsäcker, der heute eine ähnliche Rolle auszuüben versucht, in unserer Zeit eine Reise unternahm, die Wilhelm II. in einer ähnlichen Art dem Osmanischen Imperium abstattete. Diese Reise wird den deutsch-türkischen Beziehungen neue Dimensionen verleihen, genau wie der Besuch Wilhelm II. im Jahre 1898. Aus dieser Sicht ist die Darlegung einer solchen Ähnlichkeit und der Rückgriff auf ihre historischen Fundamente von großem Nutzen.

Die deutsch-türkischen Beziehungen in der Phase Wilhelm II.

Die angriffslustige junge Bourgeoisie des deutschen Imperialismus, die sich erst nach Vollziehung der Aufteilung an die imperialistische Festtafel gesetzt hatte, beanspruchte ihren Anteil; sie besaß einen nicht zu stillenden Appetit und streckte ihre Hände auf das Osmanische Reich, den fettesten Anteil der Beute, aus. Dieser Prozeß, der in der Zeit Wilhelm II. an Intensität gewann, endete damit, daß beide Kräfte in den I. Weltkrieg als Alliierte eintraten.

Wilhelm II., der im Jahre 1888 deutscher Kaiser wurde, begann als erstes die Pläne hinsichtlich der Eroberung des Osmanischen Imperiums anzuwenden. Der deutsche Imperialismus war der Ansicht, daß er sich nicht nur mit Frankreich und England, sondern auch mit dem zaristischen Rußland messen könne. Während er einerseits neue Kolonien zu erobern versuchte, betrieb er andererseits Kriegshetzerei. Dadurch, daß auch andere imperialistische Staaten ein Auge auf das Osmanische Imperium warfen, wurde dieses Gebiet zur wichtigsten Region der Auseinandersetzung.

Wilhelm II. versuchte den von Deutschland benötigten breiten Markt auf dem Boden des Osmanischen Imperiums zu finden. Zu diesem Zweck hat er, während er einerseits die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen beschleunigte, andererseits versucht, die politischen und militärischen Bindungen zu verstärken. Wilhelm II. hat dem Imperium zwei Besuche abgestattet; den ersten im Jahre 1888 und den zweiten im Jahre 1898. Wie bekannt, hatten beide Besuche einen Hauptzweck, nämlich das Vorantreiben der Beziehungen mit dem Osmanischen Imperium. Wilhelm II., der diesen Besuch in Begleitung einer vielköpfigen Unternehmerrmannschaft verwirklichte, hat ermöglicht, daß die deutschen Monopole Privilegien erhielten. Es ist sicherlich kein Zufall, daß unmittelbar nach diesem Besuch die Deutsche

Bank das Privileg über die Haydarpascha-Bagdad-Bahn erhielt. Wilhelm II. unternahm alles, um das Osmanische Imperium zu beherrschen. So hat er z.B., als das Imperium keine Gehälter an Beamte und Soldaten zahlen konnte, dafür gesorgt, daß die Anatolische Bahngesellschaft einen Kredit in Höhe von 200.000 Lira vergab. Es existieren zahlreiche ähnliche Beispiele. Wilhelm, der im Zusammenhang mit der Illusion eines großen Deutschlands über das Osmanische Imperium seine Herrschaft zu gründen bezweckte, zeigte ein stark spürbares Interesse daran, daß dieses Imperium einer Allianz angehört, die er während des I. Weltkrieges mit Italien, Österreich und Ungarn errichtete. Während andere Alliierte nicht so sehr zu dieser Aufnahme neigten, hat Wilhelm II. seinen diesbezüglichen Wunsch ohne Zögern bekundet. Die Bemühungen des Osmanischen Imperiums, am Leben zu bleiben, und die Herrschaftswünsche Deutschlands haben diese beiden Kräfte derart einander nahegebracht, daß man dies sogar bis heute spürt. Bei einer derartigen Entwicklung Deutschlands, das im Vergleich zu den anderen imperialistischen Staaten in einer sehr kurzen Zeit innerhalb des Osmanischen Imperiums größere Privilegien erhielt, dürfen die Bemühungen Wilhelm II. nicht ignoriert werden. Ende des 19. Jahrhunderts haben alle anderen Staaten über ein Privileg verfügt, das eine 1.700 km lange Strecke umfaßte, Deutschland hingegen über eine Strecke von 2.200 km.

Die Beziehungen Wilhelm II. mit dem Osmanischen Imperium sind nicht nur ökonomischer Art. Er ist darüber hinaus mit dem Imperium auch politische Beziehungen eingegangen und hat stabile Verbindungen errichtet. Außer seinen unternommenen Besuchen unterstützte er auch die Wünsche des Imperiums nach imperialistischer Expansion. Wilhelm II., der im Jahre 1898

zum zweiten Mal nach Istanbul kam, hat während eines in der selben Phase stattgefundenen Besuches in Damaskus eine Rede gehalten. In dieser Rede unterstützte er die Ideologie des Panislamismus und sagte folgendes: *"Die aus 300 Millionen bestehende islamische Welt kann Deutschland als Freund vertrauen."* Diese Rede zeigte gleichzeitig die Dimensionen der expansionistischen Politik Deutschlands. Deutschland wollte seine Hände unter der osmanischen Lanze bis zur arabischen Halbinsel, sogar noch weiter ausstrecken. Zu diesem Zweck hat Wilhelm II. Reisen unternommen, die ihn bis nach Damaskus und Jerusalem führten. Durch die Propaganda von der Herrenrasse der Deutschen und durch die Hand christlicher Missionare versuchte man, die deutsche Kultur zu verbreiten. In diesen Phasen wurden sogar diverse deutsche Religionsinstitutionen errichtet. All diese Unternehmungen können selbstverständlich von den Plänen, das Imperium zu erobern, nicht getrennt betrachtet werden; im Gegenteil, sie waren ein Bestandteil dieser Pläne.

Die Istanbulreisen Wilhelm II. haben einen Anstieg des Waffenexports der deutschen Waffenindustrie hervorgerufen. Die Verkäufe der Waffenmonopole Krupp, Mauser, Löwe und Schickau sind rapide angestiegen. Wilhelm II., der persönlich beim Kruppmonopol über Aktien verfügte, bemühte sich ständig, damit die Monopole ihren Gewinn höher treiben konnten. *"Die talentiertesten und erfolgreichsten Vertreter Deutschlands im Ausland sind leidenschaftliche Freunde Krupps. Diesen Konzentrationspunkt der deutschen Politik vor dem Krieg konnte man z.B. in Istanbul sofort erkennen. Das Vertretungsgebäude der Firma Krupp lag unmittelbar neben dem Vertretungsgebäude des Deutschen Kaiserreiches ..."* (Bernhard Menne, Krupp Deutschlands ..., Seite



Berlin-Bagdad-Bahn 1914

(entnommen aus: Berlin-Bagdad-Bahn, Der Eintritt des deutschen Imperialismus in die Türkei)

239). Wie man auch hier verfolgen kann, machten alle Staatsinstitutionen, angefangen beim Kaiserreich bis hin zu den Beamten im Ausland, mobil, damit deutsche Monopole höhere Gewinne erzielten. Wilhelm II. führte auf höchster Ebene diese Politik durch. Der zweite Besuch Wilhelms in Istanbul z.B. war mit aller Sorgfalt vorbereitet. Die Reise, deren Vorbereitungen man auf geheime Art traf, wurde von der offiziellen Presse als Reise eines gekrönten Hacıs (Mekkapilgerer) in "heilige Orte" bezeichnet. Doch sie war bestimmt von dem Wunsch eines zeitgemäßen Kreuzzugskommandanten, das Osmanische Reich für sich als Halbkolonie zu gewinnen. Ein anderes Ziel dieser Reise bestand in der kulturellen und politischen Stärkung des Einflusses Deutschlands im Nahen Osten mit Hilfe der sich am Ost-Mittelmeer befindenden Deutschen Gesellschaften. "Während seines Aufenthaltes in Istanbul hat Wilhelm II. sich bemüht, neue Aufträge für das deutsche Finanzkapital und insbesondere die deutsche Waffenindustrie zu bekommen, er bezweckte die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen dem Sultan und Georg von Siemens in Bezug auf den Bau der Bagdad-Bahn von Seiten der Deutschen Bank. Dieses Ziel der Reise war besonders in den Vordergrund getre-

ten; Wilhelm II. war ohnehin davon überzeugt, daß der Bau der Bagdad-Bahn von Seiten der Deutschen Bank in Bezug auf den Erfolg der deutschen Expansionspolitik im Nahen Osten eine große Relevanz in sich birgt. Die Bank und ihr Kapital in Deutschland hatten eine derartige Stellung gewonnen, daß sogar Wilhelm II. persönlich die Gewinne deutscher Firmen bei dem Sultan vertrat." (Berlin-Bagdad, Der Eintritt des deutschen Imperialismus in die Türkei, Professor Dr. Lothar Rathmann, türkische Fassung, Seite 69).

In der Zeit Wilhelm II. vermehren sich auch die Unternehmungen des Deutschen Kaiserreiches hinsichtlich der Länder des Osmanischen Reiches. Die pan-germanische Einheit propagierte ständig die Ansiedelung deutscher Emigranten in Mesopotamien, Anatolien, Syrien und anderen Ländern. Diese Propaganda war ein Grund für die Beunruhigung des Osmanischen Imperiums. Aus diesem Grunde haben Wilhelm II. und andere Repräsentanten des Staates versucht, die Propagandaaktivitäten der Pangermanen, wenn auch nur ein wenig, einzuschränken. Unter einer Maske der Freundschaft versuchten sie, das Imperium von innen zu erobern. Zu diesem Zweck haben sie oft von der "deutsch-türkischen Freundschaft" gesprochen. Der indirekte Herrschaftskrieg der

Deutschen Bank wurde in Form einer "friedlichen Expansion" durchgeführt und mit einer "türkischen Freundschaft" getarnt. Er verteidigte die Interessen des deutschen Imperialismus.

Was diese Phase anbelangt, kann man noch einiges sagen. Das Hauptziel Deutschlands in dieser Phase bestand in der Herrschaft über den Nahen Osten. Bei dem Kampf Deutschlands um dieses Gebiet stellte das Osmanische Imperium das Hauptglied dar. Der deutsche Imperialismus nahm die Verschärfung des Konfliktes mit anderen imperialistischen Staaten in Kauf und begab sich in diese Sache hinein. Wilhelm II. ging sogar noch weiter und spielte bei der Niederschlagung der im Jahre 1895 ausgebrochenen armenischen, makedonischen und kretischen Aufstände durch seine finanzielle Unterstützung und die von ihm beauftragten Offiziere eine wichtige Rolle. Diese Unterstützung Wilhelm II. vermehrte seinen politischen Einfluß auf den Sultan in Istanbul und erhöhte seine Chance beim Kampf um die Herrschaft über das Osmanische Imperium. Ein weiterer Faktor, der diese Chance erhöhte, waren die Anstrengungen der Deutschen Bank und des Krupp-Konzerns.

Die Jahre des I. Weltkrieges und die erreichte Dimension der Beziehungen

Obwohl Italien die Herrschaft über das Osmanische Reich bezweckte, hat das Beharren Deutschlands in Bezug auf die Aufnahme der Osmanen in die Allianz eine eventuelle Auseinandersetzung verhindert. Unmittelbar vor dem I. Weltkrieg schloß sich das Osmanische Imperium Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien an. Somit waren die Mitglieder der deutschen Front bestimmt.

Die Gründe, die Deutschland zum I. Weltkrieg führten, sind bekannt. Warum und für welche Ziele hat wohl das Osmanische Imperium nicht gezögert, sich an dem Krieg zu beteiligen? Es ist offenkundig, daß der Hauptgrund hierfür in den Beziehungen mit Deutschland lag. Die deutsch-türkischen Beziehungen, die ein gewisses Niveau erreicht hatten, machten die Beteiligung beider Kräfte an dem Krieg unvermeidbar.

Deutschland beschleunigte die Kriegsvorbereitungen seit Beginn des Jahres 1900. Die von seiten des Osmanischen Imperiums organisierten Feldzüge beunruhigten auch die anderen imperialistischen Staaten. Diese Situation führte allmählich zum Brennen der Zündschnur eines interimperialistischen Krieges. Deutschland wollte diese Möglichkeit um jeden Preis nutzen und eine Hegemonie über das Osmanische Reich errichten. Während Deutschland somit einerseits seinen Einfluß würde ausdehnen können, hätte es andererseits über eine Armee verfügt, die es mit den Waffen von Krupp ausgerüstet hatte. Dadurch hätte es sich gegenüber seinen Rivalen in einer vorteilhafteren Situation befunden. Um seinen politischen Einfluß auf das Osmanische Imperium zu behaupten, begann Deutschland mit seinen sich im Mittelmeer befindenden Kriegsflotten die osmanischen Hafenstädte regelmäßig zu besuchen. Aufgrund der Tatsache, daß sich die Ölquellen in dieser Zeit völlig in den Händen der Engländer befanden, begab sich Deutschland in Mesopotamien auf Erdölsuche. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. bezweckte damit, im Falle eines Krieges in keine Ölkrise zu geraten.

Obwohl Deutschland sich bemühte, die zwischen Frankreich-England und Frankreich-zaristischem Rußland bestehenden Konflikte zu verschärfen,

konnte es die zwischen diesen Ländern bestehenden Beziehungen nicht unterbinden. Mit dem Ziel, diese Konflikte zu verschärfen, besetzte Deutschland Marokko. Dagegen beginnen die deutschen Arbeiter, an erster Stelle im Ruhrgebiet, in Hamburg und anderen Gebieten, zu protestieren. Durch den Einfluß der im Jahre 1905 ausgebrochenen Revolution in Rußland haben die Arbeiterbewegungen ein hohes Niveau erreicht. Im Januar 1906 streiken in ganz Deutschland die Arbeiter für das Wahlrecht. Wilhelm II., der eine diesbezügliche Rede hielt, sagte folgendes: *"Wenn ein Blutbad nötig ist, dann töten wir zuerst die Sozialisten, köpfen sie und machen sie harmlos und dann begeben wir uns in den Krieg nach außen."* (ebd., Seite 87) Anstatt in der Außenpolitik die Konflikte zu schüren, verursachte Deutschland eine Annäherung seiner Rivalen. Während der Besatzung Marokkos führten die Kriegsdrohungen gegen England und Frankreich zu derartigen Ergebnissen. Im Jahre 1907 legten England, Frankreich und das zaristische Rußland die zwischen ihnen bestehenden Konflikte beiseite und unterzeichneten ein Abkommen. Dieses Abkommen bedeutete einen Widerstand gegen die Berlin-Bagdad-Bahn, deren Bau von seiten der Deutschen Bank in Gang war.

Deutschland hatte gehofft, mit dem Bau der Bagdad-Bahn die rivalisierenden alliierten Kräfte zu schwächen. Es war davon überzeugt, daß es durch diese Bahn bis nach Bagdad gelangen, das Osmanische Imperium an sich binden und zwischen den englischen, französischen und russischen Imperialisten eine militärische Teilung hervorrufen würde. Deutschlands Rechnung ging nicht auf, mit Ausnahme der Tatsache, daß es das Osmanische Imperium an sich band.

Die osmanische Regierung überließ im Jahre 1908 die Steuer von weiteren 10 Bezirken der Deutschen Bank als Baukosten. Die Schulden des osmanischen Staates bei der Deutschen Bank betrugen im Jahre 1912 29 Millionen Osmanische Lira. Nur um die Zinsen für diese Schulden zu zahlen, usurpierte das Osmanische Imperium jährlich 20 Millionen Mark von den unterdrückten Volksmassen. Die osmanische Regierung, die sich in einer großen finanziel-

len Schwierigkeit befand, versuchte, von den deutschen Börsen Geld zu leihen. Als Hauptexporteur des Kapitals in das Osmanische Imperium war die Deutsche Bank im Namen eigener monopolistischer Interessen nicht dafür, daß andere deutsche Monopole ihren Einfluß dort ausübten. Die deutschen Monopole begannen, außer beim Bahnbau und den Waffenexporten, auch bei der Errichtung von Häfen und Elektrizitätswerken zu konkurrieren.

Im ersten Jahr der Jeune Türk (Jungtürken)-Bewegung im Jahre 1908 wurden die Pläne Deutschlands hinsichtlich einer Herrschaft über das Osmanische Imperium im großen Maße erschüttert. Der Istanbulvertreter der Deutschen Bank kommt sogar zu folgendem Schluß: *"Die Illusion der Deutschland-Bagdad-Bahn, die sich bis zum Persischen Golf erstreckt, ist ins Wasser gefallen."* (ebd., Seite 95)

Die Emigrantenführer der Jungtürken, die aus Paris kamen, haben sich gegen Deutschland für die englischen und französischen Imperialisten entschieden. Aufgrund der Tatsache, daß der Alliierte Deutschlands, das Österreich-Ungarische Imperium, Bosnien und Herzegowina eroberte, entstanden mit dem Osmanischen Reich ernsthafte Probleme. Durch all diese Tatsachen begann sich der Einfluß Deutschlands auf das Osmanische Imperium zu vermindern. Doch durch massive Bemühungen hat Deutschland es nach krisenhaften Situationen geschafft, mit dem Osmanischen Imperium erneut Beziehungen aufzunehmen. Nach einem Attentat auf den Sultan Abdülhamit stellte sich heraus, daß die Engländer dahintersteckten; dadurch begann der militärische Flügel der Jungtürken allmählich in der Macht zu dominieren. Wie zuvor erwähnt, waren die Offiziere vollkommen preußischer Gestalt und preußischen Typs. Diese Offiziere haben große Anstrengungen unternommen, damit sich die deutsche Herrschaft erneut verstärkt. Als eine deutsche militärische Delegation unter dem Vorsitz des Generals von der Goltz nach Istanbul ging, um die Armee des Osmanischen Imperiums erneut zu restaurieren, wurde ebenfalls unter Beschluß genommen, daß die osmanischen Offiziere ihre Ausbildung in Deutschland fortsetzen können.

Unter den an die Macht gekommenen

Offizieren der Jungtürken befanden sich auch Mahmut Sevket Pascha und Enver Pascha. Enver Pascha war den Deutschen so treu, daß er während eines Aufenthaltes in Berlin sogar die Aufmerksamkeit Wilhelm II. auf sich zog. Er wurde als Beispiel eines Offiziers deutschen Typs vorgezeigt. Schließlich werden die Deutschen in den Jahren des I. Weltkrieges das Osmanische Imperium als "Enver-Land" bezeichnen.

Trotz der Kriegshetzerei Deutschlands nach der Eroberung Bosniens und Herzegowinas von seiten Österreich-Ungarns weichen das zaristische Rußland, Frankreich und England dem Krieg aus, da sie nicht die erforderliche Vorbereitung getroffen hatten. Die Deutschen blieben bei ihren Bemühungen, einen Krieg auszulösen, erfolglos; brachten aber das Osmanische Imperium stärker unter ihre Kontrolle.

Aufgrund des Fehlschlagens der "osmanischen" Ideologie begannen die Jungtürken, die Ideologie des Panislamismus und danach des Pantürkismus zu verbreiten. Der Pantürkismus, der eine starke Unterstützung der Deutschen erfuhr, verfolgte mit der Illusion einer Einheit der Türken in der ganzen Welt imperialistische Ziele. Dadurch, daß das Osmanische Imperium in exzessiver Weise an Land verlor, klammerten sich die Jungtürken stärker an den Pantürkismus. *"Die Jungtürken, die angriffslustige Ziele verfolgten, haben begonnen, durch die Hilfe des deutschen Militärbeauftragten Liman von Sanders die Armee erneut zu errichten und sie auszurüsten. In den Jahren, in denen die Jungtürken an der Macht waren, haben die deutschen Imperialisten, die die anderen Staaten aus dem ökonomischen und politischen Leben des Osmanischen Imperiums vertreiben und ihre eigene Herrschaft errichten wollten, das Abenteuererum der Jungtürken mit allen Mitteln geschürt. Die Ittihat und Terakki-Administration hat Deutschland als Beschützer und Vertreter der Einheit des Landes gegen die Unternehmungen der Alliierten betrachtet, die dafür eintraten, das Osmanische Imperium untereinander aufzuteilen."* (Die Geschichte der Türkei nach der Oktoberrevolution, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, türkische Fassung, Seite 12) Die Jungtürken haben gegenüber diesen Entwicklungen nicht davor zurückgeschreckt, sich neben Deutschland an dem Krieg zu beteiligen. Die Regierung

Enver Paschas hat am Vortag des Krieges mit Deutschland ein Geheimabkommen unterzeichnet, wonach das Osmanische Imperium im Falle des Eintritts Deutschlands in den Krieg sich automatisch an diesem Krieg beteiligt. Einer der Repräsentanten der Ittihat und Terakki-Partei, die am 12. Oktober 1914 über diesen Entschluß diskutierte, Mevlan-Zade Rifat, hat die Teilnahme an dem Krieg neben Deutschland mit folgenden Worten begründet: *"Deutschland hat gebilligt, daß wir Ägypten, den Kaukasus und sogar den Iran zurückhalten. Somit werden wir zweifellos den Weg für Turan ebnen und die türkische Einheit verwirklichen."* (ebd., Seite 13) Dies ist der Hauptgrund, weshalb das Osmanische Imperium bedingungslos neben Deutschland in den Krieg einzog.

Als der I. Weltkrieg begann, griff das Osmanische Imperium gemäß Plan das zaristische Rußland an. Doch in einer kurzen Zeit erwies sich, daß diese Pläne nicht funktionierten. Deutschland wollte, daß das Osmanische Imperium über den Suez-Kanal Ägypten besetzt. Doch die englischen Armeen unterbanden dieses Bestreben des Osmanischen Imperiums. Die Armeen des Osmanischen Imperiums, die während des Krieges nur die Halbinsel Gallipoli (Hafenstadt und gleichnamiger Distrikt im Regierungsbezirk Canakkale, Türkei) verteidigen konnten, verloren Mesopotamien, Syrien und Palästina. Die Regierung der Jungtürken, die außen große Verluste erlitt, hat im Inneren über die arme einheimische Bevölkerung und die unterdrückten Völker die Unterdrückung intensiviert und große Beuten erzielt. Das Hab und Gut des Volkes wurde usurpiert. Kurzum, der Krieg führte das sich im Verfall befindende Imperium in den Bankrott. Die Krise der sich in großen finanziellen Schwierigkeiten befindenden osmanischen Regierung wurde tagtäglich tiefer.

Deutschland förderte die Eroberungslust des Osmanischen Imperiums durch Lob und Komplimente und trieb es in den Krieg hinein. Im Jahre 1913 entsandte es eine große militärische Delegation mit dem Ziel, die Armee des Imperiums zu koordinieren und begann damit, die Osmanen für den Krieg vorzubereiten. Auch während der Jahre des Krieges haben sich die deutsch-osmanischen Beziehungen weiter entwickelt und Deutschland machte die osmanische Regierung verstärkt von sich abhängig. In den türkischen Ministerien haben deutsche Spezialisten

und Berater Aufgaben übernommen und diese Ministerien geleitet. Die wichtigen Kommandanturen wurden von den unter Liman von Sanders und von der Goltz stehenden deutschen Offizieren besetzt. Am Ende des Krieges verzeichnete die militärische Stärke Deutschlands innerhalb des Osmanischen Imperiums eine Steigerung. Neben 800 Offizieren übernahmen ca. 18.000 deutsche Soldaten innerhalb dieses Imperiums Aufgaben. Trotz alledem aber haben sie sich bei diesem Krieg vor einer Niederlage nicht schonen können.

Die deutsch-osmanischen Armeen erlitten auf allen Fronten Niederlagen. Sie verloren in Palästina, Europa und an der Ostfront Stellung über Stellung. Auch wenn Deutschland durch das Brest-Litowsk-Abkommen aufgrund des Rückzugs der neu errichteten Sowjet-Regierung etwas Land behielt, hat sich dieser Krieg zu seinen Ungunsten ereignet. Deutschland und seine Alliierten kapitulierten im Jahre 1918. Die Vertreter der Ittihat und Terakki bekundeten offen, daß ihre Politik in den Bankrott geführt hatte. Sie verließen Istanbul im Oktober 1918 mit einem deutschen U-Boot. Dies bedeutete die offizielle Niederlage des Osmanischen Imperiums und gleichzeitig dessen Auflösung. Die Engländer und Franzosen teilten die Länder des Osmanischen Imperiums untereinander auf. Am 30. Oktober 1918 wurde mit dem Engländer-Fan Izzet Pascha der Waffenstillstand von Mudros unterzeichnet. Die englischen und französischen Imperialisten, die insbesondere Kurdistan untereinander aufteilten, gaben sich große Mühe, ihre Herrschaft über dieses Gebiet aufrechtzuerhalten. Während die Engländer an Ölvorkommen reiche Gebiete wie Mossul und Kerkük bekamen, besetzten die Franzosen Antep, Urfa, Maras, Mardin und Hakkari. Somit war der I. Weltkrieg mit der Auflösung des Osmanischen Imperiums und dessen Aufteilung unter anderen imperialistischen Staaten beendet worden. Deutschland und das Osmanische Imperium hatten sich in den I. Weltkrieg hineinbegeben, um große Eroberungen zu verwirklichen. Der Slogan Deutschlands lautete "Drang nach Osten." Mit diesem Slogan hofften die Deutschen, den gesamten Nahen Osten zu beherrschen. Das Resultat sah anders als erwartet aus und der Slogan "Drang nach Osten" konnte die Deutschen und ihre Alliierten nicht vor einer Niederlage retten.

Die Bemühungen Deutschlands um den "Drang nach Osten" nach dem I. Weltkrieg

Auch wenn die Deutschen aus dem I. Weltkrieg geschlagen hervorgingen, verzichteten sie nicht auf ihre imperialistische Expansionspolitik. Nach dem Krieg hielt Deutschland den Slogan "Drang nach Osten" weiterhin aufrecht. Gigantische Monopole wie die Deutsche Bank, Siemens, AEG und Krupp begaben sich aufgrund ihrer Profitsucht in neue Abenteuer hinein. Dies verursachte gleichzeitig, daß Deutschland zum Faschismus tendierte. Die Niederschlagung der Arbeiteraufstände im Jahre 1918-19 und das Treiben der Versöhnung mit den Monopolen von seiten der Sozialdemokraten auf höhere Dimensionen peitschten die Lust Deutschlands, nach außen zu expandieren, auf.

Die Machtergreifung Hitlers in Deutschland hat einen neuen Slogan "Drang nach Osten" hervorgebracht. Auch die englischen und französischen Imperialisten haben in der Hoffnung, daß Hitler zuallererst die UdSSR angreift, die expansionistische Politik des Faschismus unter der Hand unterstützt und bei deren Entwicklung ein Auge zugedrückt. Man ward davon überzeugt, daß der tollwütige Antikommunist Hitler zuallererst die Sowjetunion angreifen würde. Dadurch versuchte man, 2 Fliegen mit einer Klappe zu treffen. Während Hitler die Aufrüstung beschleunigte, befestigte er auch seine Armee in einem sehr großen Maße. Am Vortag des Krieges unterzeichnete er jedoch einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion und griff zuerst die europäischen Imperialisten an. Dies bedeutete, daß auch gleichzeitig die Illusionen der englischen und französischen Imperialisten ins Wasser gefallen waren.

Während Deutschland Kriegsvorbereitungen traf, wendete es sich seinem nahestehenden Alliierten, der Verlängerung der Osmanen, der TR zu. In diesen Jahren wurden zwischen der TR und Hitler-Deutschland enge Ver-

bindungen geschaffen. Auch wenn diese Bindungen nicht dazu führten, daß beide Kräfte sich an der selben Front an dem Krieg beteiligten, haben sie doch dazu gedient, daß zwischen den beiden Staaten enge diplomatische, militärische, politische und ökonomische Beziehungen entstanden. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei Mustafa Kemals und Hitler-Deutschland sind nicht zu unterscheiden von den Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm II. und Sultan Abdülhamit. So sehr sich auch die Kräfteverhältnisse und Situationen beider Staaten geändert haben, sind bei den Zielen keine Unterschiede zu bemerken.

Die ökonomischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei wurden in den 30er Jahren beschleunigt. Im Jahre 1933 hat das Ostkonsortium von Krupp mit der Regierung der Türkischen Republik in Bezug auf den Bau der Sivas-Erzurum-Bahn und deren Ausrüstung mit Lokomotiven und Waggonen ein Abkommen unterzeichnet. Ab diesen Jahren beginnen sich die Strömung und der Einfluß des faschistischen deutschen Kapitals in der Türkei zu verstärken. Auch in diesen Jahren rückt Deutschland sowohl beim Export als auch beim Import der Türkei an die erste Stelle.

Die Errichtung der faschistischen Diktatur im Jahre 1933 verstärkt die imperialistischen Ziele Deutschlands. Hitler-Deutschland setzt die Politik des "Drang nach Ostens", die von seiten Wilhelm II. durch die Bagdad-Bahn durchgeführt wurde, fort. Die mit der TR aufgenommenen ökonomischen, diplomatischen und ähnlichen Beziehungen haben das M. Kemal-Regime Hitler-Deutschland nahegebracht, und die kemalistische Regierung hat das mit der UdSSR bestehende Freundschaftsabkommen einseitig aufgekündigt.

Die Türkei stellte ein Gebiet dar, das

nicht nur aus der Sicht Deutschlands, sondern gleichzeitig aus der Sicht der französischen und englischen Imperialisten behalten werden mußte. Ihr geostrategischer Standort, der Durchgang der Wege nach Osten und die Erfüllung der Aufgabe eines Marktes für den Warenexport waren die Gründe hierfür. Aus diesem Grunde hat auch Hitler-Deutschland, genau wie im I. Weltkrieg, versucht, sich auf die Türkei zu stützen. Die Türkei stellte eine einmalige Gelegenheit für das Gelangen nach Osten und für einen Angriff auf die UdSSR von der Süd-Ost-Flanke aus dar. Hitler, der eine solche Gelegenheit nicht verpassen wollte, stellte Anstrengungen an, damit die faschistische deutsche Propaganda entwickelt wird und in der Türkei Einfluß nimmt.

Er hat mit dem Ziel, seinen Einfluß in der ganzen Welt auszuüben, Kommandozentralen faschistischer Propaganda errichtet. Diese Zentren, die dafür verantwortlich waren, nach außen zu propagieren, hatten auch festzustellen, welche Politik in welchem Land durchgeführt werden sollte. Auch die Türkei sollte ihren Anteil von dieser Politik erhalten. Der Hauptanteil der auf die Türkei gerichteten Propaganda sollte aus Anti-Kommunismus und historischer deutsch-türkischer Freundschaft bestehen. Diese Propaganda richtete sich darauf ein, die vom preußischen König Friedrich II. begonnenen und von Moltke, Wilhelm II., von der Goltz und Liman von Sanders weitergeführten Beziehungen zu loben und von einer deutsch-türkischen Bruderschaft zu sprechen. Hitler bemühte sich sehr, die Türkei mit sich in den Krieg hineinzuziehen. In den Briefen, die er an die türkischen Staatsrepräsentanten sandte, sprach er oft von der "Waffenbruderschaft" während des I. Weltkrieges. Hitler, der diese "Bruderschaft" nicht auf Waffen beschränkte, entwickelte auch gleichzeitig "die wirtschaftliche Bruderschaft". Die deut-

schen Faschisten sind sogar weitergegangen und haben Hitler und M. Kemal als "zwei nationale Helden" bezeichnet. Wie zu beobachten, hat Deutschland durch vielfältige Propaganda versucht, seinen Einfluß aufrechtzuerhalten. Bei diesem Propagandakrieg stellte die Presse den Brennpunkt dar. Neben Engländern und Franzosen haben auch die Deutschen Zeitschriften in der Türkei in ihrer Muttersprache herausgebracht. Deutschland brachte in der Türkei Zeitschriften wie "Türkische Post" und "Signal" heraus und verteilte die "Deutsche Allgemeine Zeitung", den "Völkischen Beobachter" und andere Zeitungen. Neben all diesen Tatsachen muß man hier auch noch andere Anstrengungen Hitler-Deutschlands in der damaligen Phase erwähnen. Deutschland übte auch, sich auf die engen Handelsbeziehungen mit der Türkei stützend, Einfluß auf die türkische Presse und das Radio aus. Es entsprach dem Papierbedarf der Türkei in einem großen Maße, und in dem Maße war die Presse von Deutschland abhängig. Die Faschisten, die sich damit nicht begnügten, haben durch Bestechung dafür gesorgt, daß Presse und Radio zu ihren Gunsten Nach-

liche unternommen. Angefangen von militärischen Ausbildern bis hin zu Lehrern, sind viele deutsche Propagandisten als Nachfolger Liman von Sanders und anderen in die Türkei geschickt worden. Die türkische Armee stand erneut unter der Leitung deutscher Ausbilder und neu gegründete deutsche Schulen und Hochschulen erhielten deutsche Lehrer. Durch zahlreiche deutsche Filme, Theaterstücke und ähnliches wurde die Strömung der Kultur und die Eröffnung verschiedener Vereine ermöglicht. Es wurden Vereine und Kammern, wie "Deutscher Ostverein", "Deutsch-Türkische Handelskammer", "Vereinigung für die Kämpfer Asiens und die Freunde des Ostens" usw., gegründet. Den Vorsitz einiger dieser Vereine hatte der Istanbulvertreter der Deutschen Bank inne. Mit all diesen Mitteln und einer Propagandamobilmachung versuchten die deutschen Faschisten, ihren Einfluß in der Türkei zu verstärken; dabei waren sie in einem großen Maße erfolgreich. Man sprach in der Türkei von einem Erfolg des faschistischen Deutschland.

Trotz der Tatsache, daß zwischen der TR und Hitler-Deutschland sehr enge Bindungen existierten, hat die türki-

einem gewissen Maße eingeschränkt. Im Verlauf des Krieges nahm sie eine schwankende Haltung ein und verfolgte eine Politik, die sich nach einem Erfolg im Krieg orientierte. Diese Politik schaffte es, dazu zu führen, daß die TR sich aus dem II. Weltkrieg heraushielt. Nachdem die Niederlage Hitler-Deutschlands ganz sicher war, sagte sie einen Tag vor Ende des Krieges Hitler den Krieg an.

So sehr auch die Beziehungen zwischen der TR und Deutschland in den Jahren des II. Weltkrieges in allerlei Hinsicht fort dauerten, konnten sie nicht, wie während des I. Weltkrieges, in eine "Waffenbruderschaft" umgesetzt werden. Hier muß man auf eine andere Tatsache aufmerksam machen. Auch wenn die TR nicht in den Krieg eintrat, haben, angefangen, beim Ministerpräsidenten bis hin zum Außenminister, alle den Krieg neben Deutschland gewünscht. Dies zeigt, auf welche Basis sich die deutsch-türkischen Beziehungen stützten. Obwohl sie zeitweilig stagnierten, haben sie sich immer wieder erneut verstärkt. Die TR, die im Jahre 1941 mit Hitler-Deutschland einen 10-jährigen Freundschafts- und Nichtangriffspakt unterzeichnete, hat ihre Beziehungen in den darauffolgenden Jahren verstärkt. Während die Türkei in den Kriegsjahren 90 % ihrer Exportware an Deutschland verkaufte, hat sie auch 75 % deutscher Exportwaren gekauft. Allein in Istanbul existierten in den Kriegsjahren 175 deutsche Handelsfirmen und Vertretungen. All diese Tatsachen zeigen, auf welcher Ebene sich die Beziehungen zwischen Deutschland und der TR befanden. Man kann sogar sagen, daß einer der Gründe für die lange Dauer des II. Weltkrieges auf diese Beziehung zurückzuführen ist. Denn Deutschland hat ohne Mühe gegen ausgeplündertes Gold viele Rohstoffe, Chrom und andere Erze aus der Türkei erhalten. Trotz aller Warnungen anderer Staaten hat die Türkei nicht darauf verzichtet, ihre Handelsbeziehungen mit Deutschland fortzusetzen. Die TR, die in den Jahren des II. Weltkrieges mit Hitler-Deutschland sehr enge Beziehungen unterhielt, sollte nach einer Niederlage der sowjetischen Roten Armee in Stalingrad der UdSSR den Krieg erklären. Doch die Bauchlandung der Hitlerarmeen in Stalingrad verursachte den Verzicht der TR auf diese Illusion. Durch die Aufdeckung dieses Planes wurde der Generalfeldmarschall Fevzi Cakmak wie ein Prügelknabe entmachtet.



Euren besichtigt Kanonengeschütz der Fa. Krupp

richten verbreiteten. Allein für diese Bestechungsgelder mußten 2-3 Millionen Mark in die Türkei geschickt werden. Die Beziehung hatte derartige Dimensionen erreicht, daß infolge dieser Bestechung 26 Beamte der Anadolu-Agentur ihre Arbeit verloren. Die Aktivitäten Deutschlands in Bezug auf die Türkei sind selbstverständlich nicht nur darauf zu beschränken. Um die Türkei in die Zange der faschistischen Propaganda zu nehmen, haben die deutschen Faschisten alles mög-

liche Regierung während des II. Weltkrieges eine diesen Bindungen entgegengesetzte Politik verfolgt. Zu Beginn des Krieges hat sie nicht sofort neben Deutschland gestanden. Sie erweckte den Anschein, eine neutrale Politik zu verfolgen. Zu dieser Zeit hat sie neben der faschistischen Propaganda die anti-kommunistische Propaganda beschleunigt. Da sie aber zu Beginn des Krieges nicht sicher war, ob Deutschland den Krieg gewinnt, hat sie ihre Beziehungen mit Deutschland in

Die Phase nach dem II. Weltkrieg Der Wunsch Deutschlands, die Beziehungen zu entfalten

Nach dem II. Weltkrieg war eine erneute Belebung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei zu beobachten. Eine gewisse Zeit haben sich beide Länder bei ihren diplomatischen Beziehungen mit einfachen Unternehmungen begnügt. In einer Rede hat der deutsche Bundeskanzler Adenauer die Notwendigkeit der Entwicklung der Beziehungen mit der TR mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: *"Eine sehr lange Freundschaft verbindet uns mit dem türkischen Volk. Heute bildet die Türkei eine wichtige Stütze des westlichen Verteidigungsbündnisses."* (Faschistische deutsche Propaganda in der Türkei, Johannes Glasneck, Seite 11, türkische Fassung) Während der erste Kanzler der Nachkriegszeit, Konrad Adenauer, die Wichtigkeit der Türkei auf diese Art zum Ausdruck brachte, begannen Unternehmungen, die deutsch-türkischen Beziehungen zu beleben. Türkei und Deutschland haben derart verwurzelte Beziehungen, daß sie sich nicht scheuen, in diversen Etappen der Geschichte einander zu nähern. So wie sich Deutschland nach dem Krieg zusammenraffte, streckte es seine Hand auf die Türkei aus. Im Grunde genommen hatten die deutschen Monopole ein unaufhörliches Verlangen, den Nahen Osten zu beherrschen. Und Deutschland hat unverzüglich nach dem Krieg dieses Verlangen offenbart.

Die deutschen Monopole, die früher "nach Mesopotamien ..., d.h. mit Volldampf zum Euphrat und Tigris" sagten und hinter dem "Drang nach Osten" herliefen, haben unter dem Schmerz der Niederlage und Geschlagenheit

erneut nach dem Motto "Dann mit Volldampf zum Euphrat und Tigris" gehandelt. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie sich, wie früher, auch in diesen Jahren an die TR angelehnt. Deutschland hat in den Nachkriegsjahren, um sich dem "Volldampf nach Osten" zuzuwenden, die Beziehungen mit der Türkei intensiviert. In den 50er Jahren fanden in der Türkei Veränderungen statt. Während das Einparteiensystem seinen Platz dem Mehrparteiensystem überließ, wurde die TR zu einer Neo-Kolonie der USA und entsandte Soldaten nach Korea. Die Tatsache, daß die USA aus dem Krieg mit Gewinn hervorgingen und als Wachposten des Imperialismus fungierten, führte dazu, daß sie zahlreiche Gebiete unter ihren Einfluß nahmen. Die Türkei ist insbesondere durch Beziehungen während des Krieges und nach dem Krieg den USA äußerst nahegekommen. Aber trotz alledem entfaltete sie auch ihre Beziehungen mit Deutschland. In den 60er Jahren kam bei den deutsch-türkischen Beziehungen ein neuer Faktor hinzu. Nach einem Abkommen mit der TR begann ab der zweiten Hälfte der 60er Jahre eine große Arbeiteremigration nach Deutschland. Zweifelsohne haben alle beiden Staaten daraus Vorteile erwartet. Während die TR ihre große Arbeitslosigkeit durch den Export nach außen los wurde, hat Deutschland die für seine Ökonomie unverzichtbare billige Arbeitskraft bekommen. Die historische "Freundschaft" der deutsch-türkischen Beziehungen hat sich somit, wenn auch auf andere Art, erneut erwiesen. Dies bedeutete aber gleichzeitig, daß in den deutsch-tür-

kischen Beziehungen ein neues Problem auf die Tagesordnung trat.

Die Gründung der NATO und der Eintritt Deutschlands und der Türkei in diesen Pakt hat den Beziehungen neue Dimensionen verliehen. Deutschland wird später die Möglichkeit bekommen, innerhalb der NATO die Beziehungen mit der Türkei zu verstärken.

In Bezug auf die Verstärkung der Beziehungen Deutschlands mit der Türkei nach dem Krieg erwähnt Johannes Glasneck in seinem Buch "Die faschistische deutsche Propaganda in der Türkei" folgendes: *"Das westdeutsche monopolistische Kapital hat nach 1949 nicht nur seinen Einfluß im türkischen Außenhandel erneut ausgeübt, sondern die Hauptrolle bei den vielfältigen Aktionen zur Unterstützung des türkischen Finanzsystems, das sich am Rande des Abgrundes befand, gespielt und die Initiative bei der Aufnahme der Türkei in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ergriffen. Westdeutschland hat bis 1964 ca. 1 Milliarde DM investiert, um die Türkei unter seinen ökonomischen, politischen und militärischen Einflußbereich zu nehmen."* (Seite 50) Diese Beziehung bestand von Wilhelm II. über Hitler bis Adenauer und Erhard fort, die vorgaben, die Beschützer der Mohammedaner zu sein. Während Deutschland durch die ständige faschistische Propaganda einerseits seine Wirtschaftsexistenz langfristig sicherte, machte es andererseits die Türkei gegen die UdSSR zu einem strategischen Stützpunkt. Nach dem Krieg machten die USA und Deutschland den türkischen Staat von sich abhängig.

Ein Blick auf Deutschland und die Türkei in unserer Gegenwart

Im Licht dieser historischen Bewertungen können wir, betrachtet man die deutsch-türkischen Beziehungen von heute, ganz klar erkennen, daß die "Waffen- und Wirtschaftsbruderschaft" immer noch fortbesteht. Deutschland bezweckt noch immer die Öffnung nach Osten, sieht die TR als Mittel dazu an und unterstützt sie mehr denn je. Die Tatsache, daß sich die heutige Situation in einem großen Maße geändert hat, bringt sehr viele neue Faktoren in die Beziehung zwischen Deutschland und der Türkei ein.

Wie bekannt, ist die Machtergreifung der faschistischen Junta des 12. September ein anti-revolutionärer Angriff, der innerhalb der NATO geplant und durch Unterstützung imperialistischer Staaten wie USA und Deutschland verwirklicht wurde. Mit diesem Putsch bezweckte man im Grunde die Zerschlagung des Nationalen Befreiungskampfes in Kurdistan. Die Erstarbung der Unabhängigkeitsbewegung in Kurdistan hat nicht nur die türkischen herrschenden Klassen, sondern auch die imperialistischen Staaten beunruhigt. Deutschland war hinsichtlich dieser Entwicklungen am meisten erschreckt. Es erkannte, daß es die Regionen Euphrat und Tigris, die es sich immer gewünscht hatte, dieses Mal völlig verlieren wird und zögerte nicht, dem faschistischen Regime Unterstützung zu gewähren. Es hat versucht, durch die Aufrechterhaltung des faschistischen Regimes des 12. September seine Ziele zu erreichen.

Zwischen dem faschistischen Regime des 12. September und Deutschland wurden wichtige Abkommen unterzeichnet. Diese Abkommen umfaßten neben den ökonomischen und politischen Beziehungen auch die Liquidation der Linken. Deutschland öffnete der Linken Tür und Tor und setzte sich zum Ziel, diejenigen, die von der Junta durch Gewalt nicht niedergeschlagen werden konnten, mit einer Pfarrerspo-

litik zu verschmelzen. Zu diesem Zweck wurden sehr viele Anstrengungen unternommen. Es wurde versucht, die erneute Rückkehr der Linken zu verhindern, und sie in der BRD zu integrieren. Betrachten wir die heutige Situation, so stellen wir fest, daß Deutschland bei der Erfüllung dieser Aufgabe in einem großen Maße Erfolge erzielt hat. Die Situation der liquidatorischen Linken ist heute ein erschreckendes Beispiel. Deutschland hat aus seinen Erfahrungen im Kampf gegen die eigene Linke Lehren gezogen und diese Aufgabe erfüllt.

Es ist offenkundig, daß auch darüber hinaus zahlreiche Abkommen unterzeichnet wurden. Deutschland unternimmt alles in seiner Macht Stehende, um das faschistische Regime am Leben zu erhalten. Sei es innerhalb der NATO, sei es in anderen Fragen und Institutionen, Deutschland ist heute der Hauptunterstützer der faschistischen türkischen Junta. So wie es damals jegliche wirtschaftliche, militärische, politische und kulturelle Unterstützung gewährleistete, um den Niedergang des Osmanischen Imperiums zu verspäten, so stellt es heute jegliche Hilfe zur Verfügung, um das faschistische Regime am Leben zu erhalten. Neben dem Zweck, die historischen Ziele zu erreichen, bedeuten diese großen Hilfen Deutschlands gleichzeitig die Erfüllung einer Aufgabe innerhalb der NATO. Der Stellvertreter des Ex-NATO-Befehlshabers Haig, der Viersternegeneral Gerhard Schmückle, hat in einer seiner Erklärungen folgende Worte gesprochen: "*Präsident Carter, der den Bundeskanzler (Helmut Schmidt, SPD) im Frühling des Jahres 1979 auf den Bahamas traf, verlangte von diesem, daß Deutschland in der Frage "der Hilfe an die Türkei" die Führungsrolle übernimmt.*" Die BRD handelt innerhalb der NATO als Chef der Türkei-Abteilung. Beachtet man die historischen Verbindungen beider Staaten, so scheint es

einem logischer, daß Deutschland eine solche Aufgabe erfüllt.

Insbesondere in der Frage der militärischen Ausrüstung und der Wirtschaftsinvestitionen steht die BRD an erster Stelle. Vom Hamburger Hafen aus wird militärische Ausrüstung unter dem Namen "Hilfe an die Türkei" zweimal wöchentlich geschickt. Unter dieser militärischen Ausrüstung befinden sich Waffen, Panzer, Hubschrauber u.a. Auch in der Hamburger Werft werden Schiffe für die Türkei gebaut. Die Finanzierung all dieser Sachen wird von deutschen Institutionen getragen. Während 70 % der Kosten vom Deutschen Militärhilfefonds bezahlt werden, übernimmt die restlichen 30 % ein Bankkonsortium unter dem Vorsitz der Deutschen Bank. Die deutsche Militärhilfe an die Türkei hat sich heute verstärkt. Im Rahmen eines in der letzten Zeit zwischen der BRD und der türkischen faschistischen Junta unterzeichneten Abkommens werden in den Ebenen von Konya und in der Umgebung von Mus Flughäfen gebaut. Auf diesen Flughäfen werden sich auch deutsche Militärkräfte aufhalten. Somit wird einerseits die Existenz des deutschen Militärs verstärkt und andererseits wird man bei der Organisation der türkischen Armee behilflich sein. In diesem Punkt sind wir Zeugen der Erneuerung historischer Beziehungen. Um in die Türkei zu gelangen, überträgt Deutschland, wie in früheren Zeiten, seine militärische Existenz dorthin. Auch auf ökonomischem Gebiet werden von seiten der Deutschen Bank, AEG, Krupp und Thyssen große Investitionen in die Türkei übertragen. Es gibt eine Reihe von Firmen in der Türkei, die von seiten deutscher Firmen gebaut und betrieben werden. Aufgrund der in der letzten Zeit zustandegewonnenen engeren Beziehung haben sich diese Investitionen vermehrt.

In einer Zeit, in der das Regime des 12.

September seinem Ende näherkommt und immer mehr in die Sackgasse gerät, erlebt die zwischen Deutschland und der Türkei enger gewordene Beziehung heute ihre lebhafteste Phase. Die Hilfe der BRD an die TR beschränkt sich nicht nur auf den militärischen und ökonomischen Bereich, sondern umfaßt auch einen politischen Bereich. Das faschistische Regime des 12. September bezweckt mit seinen Manövern der "Rückkehr zur Demokratie", trotz seines faschistischen und barbarischen Gesichts Unterstützung auf internationaler Ebene zu finden und sich zu legitimieren. Unmittelbar nach dem Putsch des 12. September sind Probleme mit den europäischen Staaten auf die Tagesordnung getreten, da die Verachtung der Menschenrechte, die Folterungen in den Kerkern, die Massakrierungen und der in Kurdistan durchgeführte Krieg einen massiven Protest der internationalen Öffentlichkeit auslöste; auch wenn diese Staaten ihre ökonomische und militärische Beziehung mit der TR fortsetzten. Die europäischen Länder haben es vermieden, dem Regime des 12. September auf der Ebene der Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten Besuche abzustatten. Doch die Veränderungen im 4. Jahr der Junta haben die Haltung der europäischen Staaten



Turgut Özal mit R. von Weizsäcker und Hans-Dietrich Genscher

gründlich verändert.

Man muß zunächst einmal sagen, daß das Regime des 12. September seine Ziele nicht erreicht hat. Ganz abgesehen von einer Zerschlagung des Nationalen Befreiungskampfes Kurdistans, konnte es nicht einmal den Beginn einer neuen Phase durch den Elan des 15. August verhindern. Dies war eine Entwicklung, die an erster Stelle Deutschland, aber auch andere europäische Imperialisten ernsthaft bedrohte. Aus diesem Grunde änderte sich die Haltung der europäischen Staaten gegenüber der Junta. Den ersten Schritt machten 5 europäische Staaten (Frankreich, Norwegen, Däne-

mark, Holland und Schweden) und verzichteten auf ihre Anklage beim Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte. Dieser Schritt war einer der Versuche, die faschistische Junta zu legitimieren. Doch auch hier sehen wir eine historische Wiederholung: Bei den Bemühungen, die Junta zu legitimieren, wird die wichtigste Rolle von der BRD getragen. Die BRD hat in dieser Hinsicht ernsthafte Schritte unternommen. Den wichtigsten dieser Schritte stellt die Türkeireise des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im vergangenen Mai dar.

Die Reise R. von Weizsäckers in die Türkei und deren Resultate

Die Fortdauer der historischen Bindungen und Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei in allen Phasen der Geschichte stellt die Basis für die Entwicklung in unserer Gegenwart dar. Richard von Weizsäcker hat offensichtlich bei seinem Besuch diese historischen Verbindungen nicht ignoriert, sondern ganz im Gegenteil, seinen Besuch auf sie gestützt. Die Existenz eines Arbeiterpotentials in der BRD (aus Kurden und Türken) führt dazu, daß dieses Potential aus vielen Gründen in diese Beziehungen einbezogen wird.

Deutschland bezweckt, um seine Herrschaft in der Türkei zu entfalten, aus diesem Potential äußerst geschickt Nutzen zu ziehen. Die BRD versucht, diese Arbeiter zu Missionaren der deutschen Kultur zu machen und ihrem Eindringen in die Türkei den Weg zu ebnet. Wie früher Deutschland, versucht heute die BRD ihre wahren Ziele zu verschleiern und ihren Plan "friedlicher Ausbreitung" anzuwenden. Um

die Probleme dieser Arbeitskraft näher zu betrachten, schickt sie in die Türkei scharenweise Lehrer und ähnliche Ausbilder. All diese Unternehmungen führt sie unter der Maske "menschlicher" Ziele durch. Sie errichtet sogar in der Türkei neue Fabriken und bezweckt, einen gewissen Teil dieser Arbeitskraft dort zu behalten und auszubeuten.

Unter Beachtung dieser Wirtschaftsbeziehungen, hat die Reise Richard von Weizsäckers doch auch andere Gründe. Das faschistische Regime des 12. September erlebt heute eine Phase, die dem Niedergang des Osmanischen Imperiums ähnelt. Sein faschistisches Gesicht ist aufgedeckt worden und die internationale Öffentlichkeit verdammt diese faschistische Kraft. Aus diesem Grunde hat das Regime des 12. September es nötig, Luft zu schnappen und die herrschende Atmosphäre in der internationalen Öffentlichkeit zu lindern. Die Haltung imperialistischer Staaten gegenüber dem Regime des

12. September hat in der Vergangenheit diesem Regime die erforderliche Unterstützung nicht ermöglichen können. Der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der dies sehr gut erkannt hat, ist weiter gegangen als Wilhelm II. und unternahm mit einer großen Gruppe eine Reise in die Hauptstadt der Türkei. Die Unterstützung, die Kaiser Wilhelm dem blutigen Regime Sultan Abdülhamits leistete, gewährt heute Weizsäcker einem faschistischen Regime. Die Unterstützung, die Wilhelm II. dem Osmanischen Imperium gewährte, spielte bei der Niederschlagung der kurdischen, armenischen und makedonischen Aufstände eine große Rolle. Auch Weizsäcker bezweckt heute bei der Niederschlagung des Unabhängigkeitskampfes in Kurdistan eine wichtige Rolle auszuüben. Ähnliche Reisen, die Wilhelm II. nach Jerusalem, Damaskus und in ähnliche Regionen führten, unternimmt Weizsäcker nicht nur in den Nahen Osten, sondern in viele Gebiete

der Welt. Eine solche historische Ähnlichkeit ist auch im Charakter des derartig unterstützten türkischen Regimes zu beobachten. Das Regime des 12. September, das die Erweiterung des blutigen Abdülhamit-Regimes darstellt und heute die Praktiken dieses Regimes auf barbarischste Art entwickelt, wird unterstützt.

Es sei an dieser Stelle gleich betont, daß sich diese Ähnlichkeit nicht nur darauf beschränkt. Unmittelbar nach der Reise Weizsäckers begannen deutsche Delegationen in die Türkei zu strömen. Wilhelm II. sorgte dafür, daß die Deutsche Bank das Privileg über den Bau der Bagdad-Bahn erhielt. Weizsäcker ermöglichte, daß die BRD mit dem türkischen Regime, angefangen auf militärischen bis hin zu wirtschaftlichen und vielen anderen Bereichen, Beziehungen aufnimmt. Sogar auf

Unterstützung von seitens Deutschlands an das Regime des 12. September aufzuzeigen. Der Besuch R. von Weizsäckers ist die Anstrengung, einem auf internationaler Ebene isolierten Regime Unterstützung zu gewähren und es zu legitimieren.

Auch wenn die Tagesordnung der Reise Weizsäckers andere Themen beinhaltete, ist offenkundig, daß das Hauptziel hierin lag. Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die ökonomischen und militärischen Beziehungen zwischen der BRD und der faschistischen Junta sehr lebendig sind. Diese Reise wird sie weiter vorantreiben. Auch wenn die Probleme der türkischen Arbeiter und ihr Recht auf Freizügigkeit auf die Tagesordnung kamen, stellen sie zwischen den beiden Kräften kein ernsthaftes Problem dar. Übrig bleibt lediglich die Anstrengung,

ebenfalls jedem bekannt, daß in Kurdistan ein Krieg herrscht. Ja, Weizsäcker hat all diese Tatsachen ignoriert und der faschistischen Junta seine Hand gereicht. Er hat sich damit nicht begnügt und verlangte von allen Völkern der Welt, dieses faschistische Regime als ein demokratisches Regime anzuerkennen. *"Mein Besuch hat zum Ziel, die Entwicklungen in der Türkei zu schätzen und sie zu unterstützen."* Das sind die Worte Weizsäckers während eines Essens. Deutsche Repräsentanten, die diesen Besuch als Unterstützung der BRD an die Türkei zur Verstärkung ihrer Bindungen mit Europa bezeichneten, unterzeichneten außerdem ein Bildungsabkommen. Zusammengefaßt kann man sagen, daß dieser Besuch zu einem Zeitpunkt stattfand, zu dem Versuche der europäischen imperialistischen Staaten, das faschistische Regime in der Türkei vor seinem Niedergang zu retten, massiert wurden, und zu dem versucht wird, durch die Hand von SHP, Demirel und Ecevit eine Alternative zu finden. Die BRD hat bei diesen Entwicklungen ihre historische Rolle ausgeübt und unterstützte unter der Führung von R. v. Weizsäcker das faschistische Regime des 12. September bei seiner Kriegsführung gegen das kurdische Volk. Somit versuchen die deutschen Monopole, den Slogan "Drang nach Osten", den sie in der Zeit Wilhelm II. nicht vollziehen konnten, heute unter dem Motto "Mit Volldampf zum Euphrat und Tigris" zu verwirklichen. Deutschland hatte bereits seit eh und je ein Auge auf Mesopotamien geworfen. Auch heute hat es auf diese Bestrebung nicht verzichtet und versucht, diese Illusion zu verwirklichen. Die einzige Möglichkeit sieht es darin, das faschistische Regime bis zum Ende zu unterstützen und sich die Zerschlagung des Nationalen Befreiungskampfes Kurdistans als Ziel zu setzen.

Zu diesem Zweck versucht die BRD einerseits die SHP, Demirel und Ecevit gegen die Junta als eine Alternative vorzubereiten, andererseits verstärkt sie durch die Unterstützung des 12. September-Regimes ihre Mittäterschaft und gibt sich große Mühe, damit der Nationale Befreiungskampf Kurdistans mit Gewalt niedergeschlagen wird. Aber eine Tatsache muß erkannt werden: das kurdische Volk erlebt weder die Jahre 1880 noch 1925-38. Unser Volk entwickelt unter der Führung seiner Führerin, der PKK, einen modernen nationalen Befreiungskampf.



R. von Weizsäcker mit dem Faschisten Evren

Städteebene werden gegenseitige Beziehungen aufgenommen. In den vergangenen Wochen ist eine vielköpfige Delegation der Stadt Stuttgart nach Istanbul gereist, um dort Untersuchungen anzustellen. Eine große deutsche Delegation hat in der Türkei einen 'deutschen Tag' organisiert, Kulturausstellungen eröffnet und diverse Industriewaren bekanntgemacht. Der Verkehr zwischen deutschen und türkischen militärischen Kommandanten hat sich beschleunigt.

Man kann die Beispiele vermehren, doch diese kurz aufgezählten Fakten müßten reichen, um das Niveau der

das faschistische Regime zu legitimieren.

Trotz der Bemühungen, Phrasen von der "Rückkehr zur Demokratie" zu propagieren, den Ex-Politikern das Rederecht zu gewähren, diverse Prozesse zu beenden, eine sozialistische Partei zu gründen u.ä., ist die Stationierung von 2/3 der Armee des faschistischen Regimes in Kurdistan, der ständige Operationszustand und das Fortdauern der Massakrierungen und Folterungen ein Hinweis darauf, was für eine Demokratie existiert. Diese Situation ist der Öffentlichkeit in der ganzen Welt sehr gut bekannt. Es ist heute

Die fortschrittlich-demokratische Öffentlichkeit muß sich gegen diese Bemühungen stellen

Heute versuchen die europäischen imperialistischen Staaten, an erster Stelle England und die BRD, dem faschistischen Regime eine Anerkennung zu verleihen. Sie versuchen an erster Stelle den Völkern der Türkei und Kurdistans und den gesamten Völkern der Welt weiszumachen, daß man unter einem faschistischen Regime leben und dieses Regime ertragen kann. Sie versuchen, die Massaker an dem kurdischen Volk aus dem Gedächtnis auszulöschen und glaubhaft zu machen, daß die Operationen von 2/3 der Armee des

faschistischen Regimes normal sind. Die Ermordung von unschuldigen Menschen, nur weil sie Kurden sind, die Folterung dieser Menschen, die Deportationen von Dörfern, "Das Gesetz der Dorfbeschränker", "Das Reuegesetz" und die Verachtung der Menschenwürde, ja, all das versuchen sie als Entwicklungen zu lancieren, die im Einklang mit den Menschenrechten stehen.

Man versucht ein Regime, das heute gegen unser Volk mit großer Barbarei vorgeht, zu legitimieren und es als

demokratisch zu bezeichnen. Die fortschrittlich-demokratische Öffentlichkeit darf ein solches Regime nicht anerkennen und muß sein ekelhaftes Wesen verdammen. Sie muß sich gegen die Versuche, das Regime des 12. September zu legitimieren, stellen. Es ist eine Aufgabe, die die Geschichte allen demokratischen Menschen überträgt. Die Erfüllung einer solchen Aufgabe ist die größte Unterstützung, die man den Völkern der Türkei und Kurdistans bieten kann.

Das deutsche Volk muß seine Stimme gegen die Hilfe der deutschen Regierung an die Junta erheben

Das deutsche Volk und die deutschen Fortschrittlichen sind heute historischen Aufgaben ausgesetzt. Man versucht heute ein Volk, das den Schmerz des Faschismus immer noch spürt, an den Morden eines faschistischen Regimes zu beteiligen. Der Bundespräsident von Weizsäcker hat selbst erklärt, daß er "die Entwicklungen der Junta schätzt." Die Bedeutung dieser Worte kann die deutsche Öffentlichkeit besser bewerten. Sie bedeuten unter anderem, daß die BRD in der Zukunft nicht zögern wird, der Junta jegliche Unterstützung zu gewähren.

Deutschland kommt, wie in der Vergangenheit, auch heute den türkischen herrschenden Klassen zu Hilfe in einer Situation, in der diese ihre schwierigste Phase und den Niedergang erleben.

So wie die Deutschen in der Vergangenheit ein langes Leben des Osmanischen Imperiums ermöglichten, versuchen sie auch heute, das faschistische Regime durch die Verstärkung ihrer Bemühungen am Leben zu erhalten.

Das deutsche Volk kennt den Schmerz des Faschismus sehr gut. Es weiß nicht nur, wie barbarisch Hitler war, sondern es hat ihn am eigenen Leibe erlebt. Die Barbarei, die heute die faschistische türkische Armee in Kurdistan durchführt, stellt Hitler in den Schatten. Eine Unterstützung an unser Volk würde dazu dienen, diesen Barbaren zu vernichten und den Kampf unseres Volkes für seine Unabhängigkeit und Freiheit voranzutreiben.

Heute gibt der deutsche Staat diesem

barbarischen Ungeheuer Leben und Blut und versucht, es mit Gewalt am Leben zu erhalten. In dieser Hinsicht haben die deutschen fortschrittlichen Demokraten und das deutsche Volk wichtige Aufgaben zu erfüllen. Damit dieses faschistische Ungeheuer in der Tiefe der Geschichte begraben wird, müssen sie sich gegen die Hilfe an die faschistische Junta stellen. Sie müssen ihre Stimme dagegen erheben. Diese Aufgabe fällt an erster Stelle dem deutschen Volk, den deutschen Fortschrittlichen und Demokraten zu. Diese Aufgabe, die eine große Unterstützung an das Volk von Kurdistan bedeutet, muß um jeden Preis erfüllt werden. Diese Aufgabe ist eine Aufgabe, die die Geschichte vorschreibt und deren Erfüllung unvermeidbar ist.

Das nachstehende Flugblatt ging uns von der PKK-Europavertretung zu. Wir veröffentlichen es in voller Länge.

ERKLÄRUNG

AN DIE PRESSE AN DIE DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT

Kein Komplott wird die Massaker des türkischen Kolonialismus verschleiern können

Die faschistische türkische Junta und ihre Herren, die Imperialisten, haben am 15. August versucht, gegen die Führerin unseres Volkes, die PKK, ein weiteres Komplott zu inszenieren. Es ist der Öffentlichkeit bekannt, daß am gleichen Tag die türkische Armee Süd-Kurdistan barbarisch angegriffen hat. Die Parallelität dieser beiden Ereignisse ist keinesfalls ein Zufall. Bei dem Angriff am 15. August 1986 setzten die Faschisten 10 Phantomflugzeuge ein, bombardierten kurdische Dörfer und ermordeten zahlreiche Menschen, darunter viele Frauen und Kinder.

Am selben Tag haben das türkische Konsulat und die Hamburger Polizei ein gemeinsames Komplott vorbereitet und versucht, den Namen unserer Partei in den Schmutz zu ziehen. Der Zweck dieser Verschwörung ist die Irreführung der Öffentlichkeit, die Verschleierung der Massaker des faschistischen türkischen Staates an unserem Volk und die Ablenkung der Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit. Das letzte Massaker der faschistischen türkischen Armee an unschuldigen Menschen, an Frauen und Kindern, veranlaßte die Imperialisten, der faschistischen Junta Hilfe zu leisten. Mit der sensationellen Erklärung, daß "ein Attentat von seiten der PKK an dem türkischen Konsul vereitelt" worden sei, versuchten sie unsere Partei und unseren Befreiungskampf zu beschmutzen. Dieses gemeinsame Komplott der Hamburger Polizei und des türkischen Konsulats ist nicht das erste, das auf die PKK abzielt. Der europäischen Öffentlichkeit sind solche und ähnliche Provokationen gut bekannt. Eine dieser Provokationen stellt der Mord an dem schwedischen Ministerpräsidenten O. Palme von seiten des CIA, MIT und der SÄPO dar. Auch diese Kräfte hatten versucht, den hinterhältigen Mord der PKK anzuhängen. Aber heute sind die Tatsachen klarer zu sehen und die demokratische Öffentlichkeit kann die Rolle des CIA, MIT und der SÄPO bei diesem Mord besser erkennen.

Warum werden solche Provokationen und Komplote gegen die PKK auf internationaler Ebene geschmiedet? Die PKK ist eine Bewegung, die für ein unabhängiges und freies Kurdistan kämpft. Sie führt deshalb einen Kampf gegen den treuesten Hund des Imperialismus, den faschistischen türkischen Staat, in Kurdistan. Die Befreiung unseres Landes bedeutet einen großen Verlust für den türkischen Kolonialismus und seine Herren. Sie erproben deshalb alle erdenklichen Methoden, um die Legitimität unseres Kampfes auf internationaler Ebene zu verhindern. Doch all diese Versuche vergebens! Die Komplote werden auch heute, wie in der Vergangenheit, ihr Ziel nicht erreichen. Die Verschwörer müssen gut begreifen, daß sie mit solchen Komplotten unserer Partei keine Angst einjagen können. Unsere Partei wird all die Komplott und Provokationen nicht beachten, den Kampf in Kurdistan stärker erheben und in Europa Anstrengungen anstellen, die Öffentlichkeit über den gerechten Kampf unseres Volkes zu informieren.

Um die faschistische Junta zu entlarven, deren Pläne aufzudecken und der fortschrittlich-demokratischen Öffentlichkeit die Entwicklungen bekanntzumachen, werden wir unsere Aktivität auf politischer Ebene verstärken.

Jeder, der den Brief, der angeblich "die Handschrift der PKK" tragen soll, gelesen hat, konnte feststellen, daß er eine Komödie darstellt. Jeder, der die Inszenierung dieses Spiels verfolgt hat, wird festgestellt haben, daß die Komödianten sehr erfolgreiche Spieler sind. Ein derartig lächerlicher Brief kann nur von seiten des türkischen Konsulats und der Hamburger Polizei verfaßt worden sein. Nicht nur von diesem Brief ist die Rede; es existiert auch ein anderer Brief, der von türkischen Agenten an die deutsche Polizei geschickt worden ist. Alles deutet darauf hin, daß das türkische Konsulat und die Hamburger Polizei dieses Komplott gemeinsam geplant haben und es an dem Tag inszenierten, an dem die faschistische türkische Armee unser Volk mit Bomben angriff. Hinzu kommt, daß dieses Szenario am 18. August bekanntgegeben wurde. An diesem Tag haben tausende kurdische Patrioten mit friedlich verlaufenden Aktionen gegen die faschistischen Morde der türkischen Armee in Kurdistan protestiert. All diese Anstrengungen der Hamburger Polizei sollten den faschistischen Angriff auf Süd-Kurdistan legitimieren. Solche Provokationen gegen unser Volk sind zu erwarten, denn der neue Innensenator von Hamburg ist jedem als Kurdenfeind bekannt.

Es ist auch bekannt, daß er mit dem Agenten des türkischen Staates, mit Dev-Isçi, gute Beziehungen unterhält. Dieser Innensenator braucht sich keine Illusionen zu machen, denn das, was die Professionellen des CIA, MIT und der SÄPO nicht geschafft haben, wird ein einfacher Innensenator nicht verwirklichen. Die Presse spricht von einem Erfolg der sonst erfolglosen Hamburger Polizei. Den Erfolg, den CIA, MIT und SÄPO bei dem Mord an O. Palme nicht verzeichnen konnten, wird auch der Innensenator nicht haben. Er muß gut begreifen, daß solche Hoffnungen dazu verurteilt sind, ihm im Hals stecken zu bleiben.

AN ALLE DEMOKRATISCHEN KRÄFTE!

Unsere Partei wendet keine solchen Methoden an. Es ist der ganzen Welt bekannt, daß die PKK in Kurdistan einen Kampf führt, um eine faschistische und barbarische Kraft, den türkischen Kolonialismus, aus unserem Land zu vertreiben. Wir führen in Europa Aktivitäten durch, um alle Menschen über unsere gerechte Sache zu informieren und die Faschisten zu entlarven. Diese massive Aktivität, die Unterstützung, die der Befreiungskampf Kurdistans in der BRD findet, haben die Hamburger Polizei zu einem solchen Schritt veranlaßt. Mit diesem letzten Komplott in Hamburg sollte der Bombardierung unserer Dörfer und den Massakern an unserem Volk eine Legitimität verliehen werden. Erhebt Eure Stimme gegen solche Provokationen, fordert den Rücktritt des Innensensors von Hamburg! Der Kampf unseres Volkes ist der Kampf aller demokratischen Menschen.

Vorgelegt der I. Konferenz der PKK im Jahre 1981 von seiten des Zentralkomitees

POLITIK-RAPPORT

———— Kapitel 3 ————

Fortsetzung aus Kurdistan-Report Nr. 16

Charakteristika der heutigen Situation Kurdistans

Heute, wo das imperialistische System, begleitet von der kontinuierlichen Entfaltung der sozialistischen Kräfte, seine auf jedem Gebiet dominierende Krise spürt, wo der Mittlere Osten, ein Brennpunkt des heißen Krieges zwischen revolutionären und anti-revolutionären Kräften, sowohl auf diese Krise Einfluß nimmt als auch durch sie beeinflusst wird, sind auch die politischen Entwicklungen in Kurdistan beeinflusst worden und günstige äußere Bedingungen für die Entwicklung der Nationalen Befreiungsbewegung Kurdistans entstanden.

In Kurdistan, seit Jahrhunderten unter fremder Feudalherrschaft und einer unabhängigen inneren Entwicklung beraubt, finden nun im Zeitalter der proletarischen Revolutionen schwerwiegende interne Veränderungen statt; im allgemeinen in Kurdistan und ganz besonders in Zentral-Nordwest-Kurdistan sind für eine moderne nationale Befreiungsbewegung interne objektive Voraussetzungen entstanden.

Diese günstigen externen und internen objektiven Bedingungen, die heutzutage in Erscheinung getreten sind, spiegeln sich auf subjektiver Ebene wider und eine nationale Befreiungsbewegung von revolutionärer Qualität, die im Mittleren Osten signifikante Rollen ausüben kann, beginnt sich in Kurdistan rasch zu entwickeln.

Die internen objektiven Entwicklungen, die in Kurdistan eine moderne nationale Befreiungsbewegung hervorgebracht haben, sowie ihre Widerspiegelung auf subjektiver Ebene und die Charakteristika der historischen und gesellschaftlichen Entwicklung im Zeitalter der proletarischen Revolutionen können in ihren Hauptzügen wie folgt beschrieben werden:

A) Die Situation Kurdistans zwischen den beiden Weltkriegen

Vor dem ersten imperialistischen Verteilungskrieg war Kurdistan unter der Herrschaft der zentralen feudalen, halb-feudalen osmanischen und iranischen Staaten geteilt. Diese feudalen Staaten haben eine kapitalistische Entwicklung in Kurdistan verhindert und stellten selbst den wichtigsten Grund für die dort vorherrschende feudale Stagnation und die feudale Trägheit dar. Innerhalb dieser Länder, die man während des Krieges zu teilen bezweckte, stellte auch Kurdistan ein wichtiges Gebiet dar.

Nach dem Krieg, dem Zusammenbruch des türkischen Staates und der Erschütterung des persischen Königreiches, der Schwächung des imperialistischen Systems in der ganzen Welt sowie der Geburt der sozialistischen Sowjetunion auf der Grundlage der Oktoberrevolution, die die gute Botschaft der Befreiung allen Völkern verkündete, waren ziemlich günstige äußere Bedingungen für die nationale Befreiung Kurdistans, wo sich die Fremdunterdrückung beträchtlich reduziert hatte, geschaffen. Die inneren Voraussetzungen waren jedoch für die nationale Befreiung Kurdistans weder reif noch günstig.

In dieser Phase befand sich Kurdistan in völliger feudaler Rückständigkeit und Stagnation. Darüber hinaus blieben die herrschenden Klassen Kurdistans, die die feudale Struktur repräsentierten, der nationalen Entwicklung fern; da sie ihre eigenen familiären Interessen in den Vordergrund stellten, haben sie jahrhundertlang mit den osmanischen und iranischen Monarchien kollaboriert. Die religiöse Reaktion und das Stammeswesen, die durch diese Klassen verkörpert wurden, haben von Anfang an die Entwicklung eines Nationalgefühls verhindert; aufgrund von Konfessions- und Stammesunterschieden wurde die Gesellschaft in einer massiven Auseinandersetzung gehalten und somit die nationale Entwicklung auch in dieser Beziehung vergiftet. So wurde eine Entwicklung, die die nationale Befreiung vorangetrieben hätte, an ihrem Entstehen gehindert.

Während diese Situation in Kurdistan vorherrschte, begann die türkische nationale Handelsbourgeoisie, die das Erbe des zerstörten osmanischen Staates antrat und bereits bis zu einem gewissen Grad herangewachsen war, ihren eigenen unabhängigen Staat zu gründen. Die türkische Bourgeoisie, die aufgrund ihrer privilegierten Stellung innerhalb des Imperialismus den Staat übernahm und im großen Maße über militärische und zivile Kader verfügte, konnte im Jahre 1923 ihren unabhängigen Staat gründen, da sie einerseits einen Teil der kurdischen herrschenden Klassen als Kollaborateur für sich gewann und andererseits mit Geschicklichkeit die externen Voraussetzungen und Konflikte ausnutzte.

Unter diesen Bedingungen, nach dem Krieg, befanden sich diverse Kräfte im Kampf um Kurdistan: an erster Stelle die türkische Bourgeoisie, die aus dem Krieg als Sieger hervorgegangen und die Welt untereinander aufzuteilen bezweckenden englischen und französischen Imperialisten und die Feudalen Kurdistans, die ihre Au-

tonomie zu wahren versuchten.

Dadurch, daß die türkische Bourgeoisie den Krieg gewann und die Unterstützung der Sowjetunion erhielt, befand sie sich in diesem Kampf in der günstigsten Situation. Die türkische Bourgeoisie, die gegen die Imperialisten den Kampf aufnahm, schaffte es, mehr als die Hälfte Kurdistans für sich zu behalten, indem sie zunächst im Jahre 1921 mit den Franzosen einen Kompromiß schloß, wonach sie diesen einen Teil im Westen Süd-Kurdistans überließ und auf diese Weise aus dem Kampf ausschaltete, und später im Jahre 1923 und 1926 auch mit den Engländern einen Kompromiß schloß und diesen Süd-Kurdistan überließ.

Somit wurde Kurdistan, das zuvor in 2 Teile geteilt war, zwischen der türkischen Bourgeoisie und den englischen und französischen Imperialisten aufgeteilt und bestand nun aus 4 Teilen.

1- Zentral-Nordwest-Kurdistan

Zwischen den beiden Weltkriegen wurden in diesem Teil Kurdistans die kurdischen Feudalen völlig niedergeschlagen und die militärische Besatzung und politische Herrschaft der Türkischen Republik etablierte sich.

Die kemalistische Bourgeoisie, die durch den errungenen Sieg gegen den Imperialismus im Äußeren und gegen das feudale Sultanat im Inneren ihren unabhängigen Staat errichtete, wendete sich einem raschen kapitalistischen Aufbau zu, insbesondere auf der Basis des Staatskapitalismus. Hierfür mußte sie den Markt innerhalb der Staatsgrenzen entwickeln und dessen totale Kontrolle übernehmen. Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, mußte sie auch die innere militärische und politische Dominanz, besonders in Zentral-Nordwest-Kurdistan, verstärken und ihre Herrschaft errichten.

Sobald sie ihre Unabhängigkeit proklamierte, massierte sie den Terror und die Unterdrückung im Inneren und in Kurdistan im besonderen Ausmaß. Als zu den ökonomischen und politischen Wünschen der türkischen Bourgeoisie die Verbreitung des türkischen Nationalismus in Kurdistan und das Ziel, diesen Nationalismus geltend zu machen, hinzukam, erreichte die politische und nationale Unterdrückung in Kurdistan einen Höhepunkt.

Das Volk von Kurdistan, das diese Praktiken der türkischen Bourgeoisie nicht mehr aushalten konnte, hat auf diese Situation reagiert; diese Reaktion wandelte sich allmählich in einen Widerstand des Volkes, um die nationale Identität zu schützen. Das gesamte Kurdistan wurde zwischen 1925 und 1940 zum Schauplatz von Aufständen. Das Volk besaß jedoch nicht die Kraft, die eine solche Sehnsucht nach nationaler Befreiung auf unabhängige Art hätte formulieren können; eine nationale Entwicklung, die eine führende Klasse und Schicht hervorgebracht hätte, die wiederum das Volk auf diesem Weg organisiert hätten, blieb untersagt; aus diesem Grunde konnten die sich partiell entwickelnden Aufstände keine nationale Einheit erlangen und die Form einer nationalen Befreiung nicht erreichen. Diese Herrschaft, die die türkische Bourgeoisie über Kurdistan errichten wollte, bezweckte auch die Abschaffung der Autonomie der kurdischen Feudalen. Die Feudalen Kurdistans, die ihre sich auf diese Autonomie stützenden Interessen schützen wollten, nutzten die Wut des kurdischen Volkes gegen die sich verstärkende Unterdrückung aus und versuchten, durch die sich aus ihrer Herrschaft über die Gesellschaft und aus der Regierungsfähigkeit herleitenden Erfahrung die Volksaufstände für ihre eigenen

autonomen Interessen zu benutzen. Die Volksmassen, die keine Führung hatten und nicht die Kraft besaßen, diese Führung zu erlangen, konnten die Feudalen nicht überwinden, und so setzte sich die Führung der Feudalen bei den Aufständen weiter durch.

In ihrem Kampf um militärische Besatzung und politische Herrschaft in Kurdistan bis in die 40er Jahre hinein verfügte die türkische Bourgeoisie über vorteilhafte innere und äußere Bedingungen. Sie verfügte über einen modernen Staatsapparat und eine starke Armee. Sie schaffte es, Kurdistan, das sich in einer feudalen Struktur befand, von innen zu spalten und durch die Isolation einzelner Regionen voneinander, diese gegeneinander auszuspielen. Sie schloß mit den Engländern einen Kompromiß, wonach sie ihnen Mossul und Kerkük überließ unter der Voraussetzung, daß diese in diesem Gebiet eventuell aufkeimende Widerstände zerschlagen und nicht in Zentral-Nordwest-Kurdistan intervenieren würden. Zum anderen erhielt sie aufgrund der Interessen des Sozialismus die Unterstützung der Sowjetunion und durch die eingegangenen Beziehungen mit dem Imperialismus auch dessen Unterstützung.

Demgegenüber befand sich die Führung der kurdischen Aufstände in den Händen der feudalen Reaktion; infolgedessen war sie in viele Teile gespalten; sie stützte sich auf die feudale- und Stammesorganisation und deren bewaffnete Kraft; sie befand sich in einer Isolation von der Außenwelt und war nicht in der Lage, eine moderne Methode anzuwenden.

Unter diesen Umständen war ein Erfolg der kurdischen Aufstände oder ein Sieg über die türkische Bourgeoisie nicht zu erwarten. Alle diese Aufstände, an erster Stelle Palu-Genc-Hani, Agri und Dersim wurden von der türkischen Bourgeoisie blutig niedergeschlagen. In der von seiten des türkischen Staates zwischen 1925 und 1940 in Kurdistan durchgeführten Besatzung und Niederschlagungsbewegung wurden die Volksmassen Massakrierungen ausgesetzt, die die Grenzen eines Genocids überschritten; die ökonomischen Interessen und die politische Kraft der Feudalen wurde völlig gebrochen.

Nunmehr schritt die beschleunigte Entwicklung des Kapitalismus in der Türkei, zusammen mit der Errichtung der Herrschaft über Kurdistan, zwischen den beiden Weltkriegen voran. In den 40er Jahren hatte die türkische Bourgeoisie ihre vollständige militärische und politische Herrschaft über Kurdistan etabliert und somit günstige Bedingungen für ihre wirtschaftliche Entwicklung geschaffen.

In dieser Phase, in der sich die Besatzung von seiten der türkischen Bourgeoisie verstärkte, setzte die feudale Gesellschaftsstruktur in Kurdistan ihre Existenz fort. Während sich die wirtschaftlichen Lebensbedingungen unter der Besatzung verschlechterten, wies auch die soziale Struktur keine Verbesserung auf. Die kurdischen Feudalen, deren politische Stärke in einem sehr großen Maße gebrochen war, und die neu heranwachsende kurdische Handelsbourgeoisie wurden vom Markt Kurdistans entfernt und für die Entwicklung der türkischen Bourgeoisie auf diesem Markt militärische und politische Grundlagen geschaffen. Da die objektiven Bedingungen für das Hervorkommen einer modernen nationalen Befreiungsbewegung nicht entwickelt waren, konnten die weit verbreiteten Aufstände in Kurdistan auch keinen solchen Charakter annehmen.

2- Süd-Kurdistan

Zwischen den beiden Weltkriegen blieben ein kleiner westlicher Teil und ein großer östlicher Teil Süd-Kurdistans unter der Herrschaft des französischen bzw. englischen Imperialismus. Die englischen Imperialisten, die nach dem I. imperialistischen Verteilungskrieg den Kampf gegen die türkische Bourgeoisie in Kurdistan aufnahmen, erhielten durch einen Kompromiß, zunächst im Jahre 1923 in Lausanne und später im Jahre 1926, von der türkischen Bourgeoisie Kerkük und Mossul, die sich zuvor innerhalb der Grenzen "Misak-i-Millis" befunden hatten, und errichteten ihre Herrschaft über Süd-Kurdistan. Beim Zustandekommen eines solchen Kompromisses haben folgende Faktoren und Wünsche eine Rolle gespielt: In einem geteilten Kurdistan sind die Widerstände schwächer und das Errichten einer Herrschaft durch die Zerschlagung dieser Widerstände läßt sich einfacher verwirklichen; die Unterbindung der Kontakte zwischen Aufständischen, die Zerschlagung der kurdischen Widerstände und die Assimilation der Kurden ist erforderlich.

Die englischen Imperialisten, die zwischen den beiden Kriegen ihre Herrschaft über den Irak und über Süd-Kurdistan fortsetzten, haben sich überwiegend auf arabische herrschende Klassen gestützt. Ihre Beziehungen mit den kurdischen herrschenden Klassen waren von sekundärer Bedeutung und sie haben diese Beziehungen mit dem Ziel aufrechterhalten, die Kurden als Trumpf zu benutzen und dadurch die arabischen herrschenden Klassen zu mehr Konzessionen zu zwingen, so wie sie zuvor mit den Osmanen und der kemalistischen Bourgeoisie umgegangen waren. In dem Maße, in dem die Araber sich gegen den englischen Imperialismus der Unabhängigkeit zuwendeten, in dem Maße haben die Engländer gegenüber der Entwicklung der kurdischen Bewegung ein Auge zugeknippt; aber wenn diese kurdischen Bewegungen ihre imperialistischen Interessen bedrohende Dimensionen erreichten, haben sie gemeinsam mit den arabischen herrschenden Klassen versucht, diese Bewegungen in einem Blutbad niederzuschlagen. Die englische Herrschaft hat, entgegen dem Beispiel der türkischen Bourgeoisie, die autonome Kraft der kurdischen Feudal- und Stammesherrn über Kurdistan nicht zerschlagen. Die Gründe hierfür lagen im allgemeinen in der Politik der englischen Kolonialisten in Bezug auf die Verständigung mit den Feudalen und in der Politik, die Loyalität dieser Feudalen zu gewinnen, und im speziellen in dem Wunsch, die kurdischen Feudalen und Stammesführer als Trumpf gegen die arabischen herrschenden Klassen zu benutzen sowie darin, daß die kurdischen herrschenden Klassen auch die günstigen geographischen Bedingungen ausnutzen und gegenüber der englischen Herrschaft ihre Existenz bewahren konnten. Auch wenn man bei den zeitweilig hervortretenden Konflikten bezweckte, die kurdischen Feudalen und Stammesführer niederzuschlagen, hat man keinen Erfolg erzielen können, im Gegenteil, diese Feudalen und Stammesführer haben an Stärke gewonnen.

In dieser Phase haben die englischen Imperialisten im Irak und in Süd-Kurdistan keine starke kapitalistische Entwicklung verursacht. Da der sich auf der Basis des Warenexports und der Erdölproduktion entwickelnde Kompradorenkapitalismus überwiegend auf die arabischen herrschenden Klassen stützte, hat sich die Existenz der feudalen Gesellschaftsstruktur in Süd-Kurdistan weiterhin fortgesetzt.

Zur Zeit des II. imperialistischen Verteilungskrieges unterschied sich die Situation in Süd-Kurdistan von der Situation in Zentral-Nordwest-Kurdistan. Während die militärische und politische Herrschaft der türkischen Bourgeoisie in Zentral-Nordwest-Kurdistan völlig dominierte und die Kraft der kurdischen Feudal- und Stammesführer in einem wichtigen Maße gebrochen war, bewahrten die kurdischen Feudalen und Stammesführer und die neu heranwachsende Handelsbourgeoisie ihre ökonomische, soziale und politische Stärke in Süd-Kurdistan, ja, sie entfalteten sie sogar. Diese Situation hat nach dem zweiten Weltkrieg in Süd-Kurdistan für die sich auf diese herrschenden Kräfte stützenden politischen Entwicklungen eine Grundlage geschaffen. Auch in Süd-Kurdistan, wo zwischen den beiden Kriegen der klassische Feudalismus seine Dominanz bewahrte, haben sich die objektiven Bedingungen für die nationale Befreiung nicht entwickelt.

Da sich auch in Syrien, das unter französischer Hegemonie stand, irakähnliche Entwicklungen abzeichneten, ergab sich in diesem hier liegenden kleinen Teil Kurdistans keine ernsthafte Veränderung und die alte Struktur bestand fort.

3- Ost-Kurdistan

Das iranische Königreich ging aus dem ersten imperialistischen Verteilungskrieg mit einer großen Erschütterung hervor und hat lange Zeit eine feudale Gespaltenheit erlebt. Die Schahmonarchie, die sich aufraffte und die Zusammenarbeit mit den Engländern vorantrieb, erhielt ebenfalls die Unterstützung der Sowjetunion, die den Sozialismus am Leben zu erhalten bezweckte, und konnte im Jahre 1925 ihren zentralen Staat verstärken.

Obwohl in Ost-Kurdistan gegen die sich im Iran stärke die zentrale Autorität Reaktionen entstanden, wurden die Aufstände mit feudaler Führung mühelos niedergeschlagen, da sie aufgrund der Dominanz der im Inneren seit hundert Jahren stagnierenden feudalen Struktur und der Kollaboration der kurdischen Feudalen und Stammesführer mit dem Schah seit früheren Jahren schwach waren.

In dieser Phase hat sich im Iran nicht, wie in der Türkei, eine Entwicklung der Herrschaft der nationalen Bourgeoisie und des nationalen Kapitalismus abgezeichnet. Auch wenn ähnlich wie in der Türkei ein zentraler Staat gegründet wurde, durchlief die gesellschaftliche Struktur im Iran eine halbfeudale Umwälzung, da hier ein Kapitalismus von kompradorem Charakter in Erscheinung trat. Die Schahmonarchie lehnte sich innerhalb dieser Struktur an die feudalkompradore Klasse an. Der heranwachsende Kompradorenkapitalismus hat die in Zentral-Nordwest-Kurdistan entstandene Veränderung für Ost-Kurdistan zu diesem Zeitpunkt nicht für notwendig gehalten.

Die iranische Schahmonarchie, die sich im halbkolonialen und halbfeudalen Iran an die Feudalkompradoren anlehnte, schaffte es, die Feudalen und Stammesführer in Ost-Kurdistan für sich als Kollaborateure und als soziale Stütze zu gewinnen, ohne sich mit ihnen auf eine Auseinandersetzung einzulassen. Sie befand sich ohnehin nicht in einer ökonomischen und sozialen Entwicklung, die zu deren Liquidation hätte führen können.

In dieser Phase, in der der Iran eine solche Entwicklung durchlief, setzte die alte feudale Gesellschaftsstruktur ihre Dominanz in Ost-Kurdistan fort. Auch wenn die Handels-

bourgeoisie, wie im gesamten Kurdistan, auch hier eine schwache Entwicklung aufwies, haben die Feudalen und Stammesführer in Kollaboration mit dem Schah in Ost-Kurdistan ihre feudale Herrschaft fortgesetzt. Somit war in dieser Phase auch in Ost-Kurdistan keine materielle Basis für die Entwicklung der modernen nationalen Befreiung geschaffen.

Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß die feudale Struktur in jedem Teil Kurdistans, das zwischen den beiden Kriegen in vier Teile aufgeteilt war, fortbestand. Während in Zentral-Nordwest-Kurdistan die kurdischen Feudalen und Stammesführer erheblich geschwächt wurden und die militärische und politische Herrschaft der Türkischen Republik sich etablierte, haben die kurdischen Feudal- und Stammesherren in Süd- und Ost-Kurdistan ihre Stärke aufrechterhalten. Da sich in der gesellschaftlichen Struktur trotz der Heranbildung einer Handelsbourgeoisie in einer schwachen Art keine Veränderungen vollzogen, entstanden keine objektiven Bedingungen für die moderne nationale Befreiungsbewegung, und infolgedessen konnten die in jedem Teil Kurdistans -insbesondere in Zentral-Nordwest-Kurdistan- ausgebrochenen Aufstände keinen nationalbefreienden Charakter annehmen und wurden niedergeschlagen.

B) Die Situation Kurdistans seit dem zweiten Weltkrieg bis zu unserer Gegenwart

Während das imperialistisch-kapitalistische System durch die Niederlage der faschistischen Clique, die Schwächung des englischen und französischen Imperialismus und die Abkoppelung zahlreicher Kettenglieder von diesem System aus dem zweiten imperialistischen Verteilungskrieg geschwächt hervorging, hat die Hinwendung der Volksfronten, die am Ende des Krieges in Osteuropa und in zahlreichen Ländern Asiens durch die Hilfe der Roten Armee an die Macht kamen, zum Sozialismus innerhalb des sozialistischen Systems große Entwicklungen hervorgebracht. Unter günstigen Voraussetzungen, die durch glorreiche Siege, errungen von seiten des Sozialismus und der demokratischen Kräfte, geschaffen wurden, haben sich die unterdrückten Völker gegen den klassischen Kolonialismus des Imperialismus in verbreiteter Form in den nationalen Befreiungskampf hineinbegeben und große Erfolge erzielt.

Der US-Imperialismus, der in der Lage war, die zerstörten kapitalistischen Ökonomien zu restaurieren und das aufgrund der Schwächung des englischen und französischen Imperialismus entstandene Kolonialerbe anzutreten, begriff, daß er gegenüber der Wut der Völker gegen den klassischen Kolonialismus einen solchen Kolonialismus nicht aufrechterhalten und die knapper werdenden Märkte und Rohstoffgebiete nicht ausdehnen konnte, und sah sich deswegen gezwungen, den Neo-Kolonialismus zu entwickeln, der die völlige Öffnung der restlichen Märkte und Rohstoffquellen für die kapitalistische Ausbeutung bedeutet.

Im Mittleren Osten, einem Gebiet, auf dem ein solcher Neo-Kolonialismus die erste Anwendung fand, entstanden infolgedessen bedeutende Entwicklungen. Dadurch, daß diese Entwicklungen auch die kolonialistischen Staaten umfaßten, begannen sich in der Gesellschaftsstruktur Kurdistans neue Entwicklungen zu vollziehen.

1- Zentral-Nordwest-Kurdistan

Der türkische Nationalkapitalismus, der sich zwischen beiden Kriegen insbesondere auf der Basis des Staatskapitalismus entfaltete, gelangte an einen Punkt, an dem die alten Methoden nicht mehr funktionsfähig waren und er einen Sprung machen mußte. Die türkische Bourgeoisie, die sich als Beherrscherin eines solchen Kapitalismus entfaltete, wuchs durch die schwere Ausbeutung, die sie insbesondere in den Jahren des zweiten Weltkrieges praktizierte, heran und wendete sich nach dem Krieg einer breiten Kollaboration mit den imperialistischen Monopolen zu, um eine Großbourgeoisie werden zu können. Als die neo-kolonialistische Politik des Imperialismus und die türkische Bourgeoisie im Einklang standen, begann sich in der Türkei ein von den USA abhängiger Kapitalismus rasch zu entwickeln.

Auf der Basis der mit den USA eingegangenen neo-kolonialistischen Beziehungen und infolge der rasch vollzogenen Entwicklung in der Phase der DP (Demokratische Partei)-Regierung sind die sich auf die Montage stützenden Ausrüstungen und Ersatzteile in die Türkei eingeführt worden und es begann die Formierung eines Kapitalismus, der technologisch von außen abhängig ist. Die kollaborierende monopolistische Großbourgeoisie, die Beherrscherin dieses von imperialistischen Monopolen abhängigen und allmählich selbst zu einem Monopol werdenden Kapitalismus, errichtete auf ökonomischem und politischem Bereich ihre eigene Dominanz.

Je mehr sich der völlig auf die Steigerung des inneren Konsums konzentrierende kollaborierende türkische Kapitalismus entwickelte, desto größer wurde das Bedürfnis nach Märkten und Rohstoffen. Um ihre Industrieprodukte zu vermarkten und die für ihre Industrie erforderlichen Rohstoffe, Waren und billigen Arbeitskräfte zu besorgen, mußte die türkische Bourgeoisie ihren Kapitalismus nach Kurdistan übertragen. Die türkische Bourgeoisie hat ihre ökonomische Expansion in Kurdistan, die insbesondere nach 1960 beschleunigt wurde, mühelos entwickelt, da sie sich auf die in den Jahren zwischen 1923 und 1940 erzielte militärische und politische Herrschaft stützte. Als hinzukam, daß der Imperialismus in der Türkei und die türkische Bourgeoisie in Kurdistan die Inbetriebnahme der Rohstoffquellen zu eigenen Gunsten für notwendig erachteten und diese Situation mit der Forderung der politisch schwächer werdenden kurdischen Feudalen nach Kompradorentum im Einklang stand, hat sich die Entwicklung des kolonialistischen Kapitalismus in Kurdistan verstärkt beschleunigt.

Es sei hier besonders betont, daß der in Kurdistan vorangetriebene Kapitalismus einen völligen Fremdcharakter hat und ein Kapitalismus des kolonialistischen türkischen Staates ist. Selbst wenn sich die türkische Groß-, Mittel- und Kleinbourgeoisie untereinander in einer scharfen Auseinandersetzung befinden, schließen sie, wenn es um die Ausbeutung in Kurdistan geht, für die eigenen Interessen Kompromisse und entwickeln insbesondere den Staatskapitalismus, um die Ausbeutung weit und breit zu verstärken. Dieser Kapitalismus weist zwei wichtige Eigenschaften auf:

Die erste Eigenschaft ist die aus den eigenen Klasseninteressen resultierende Notwendigkeit zur Entwicklung dieses Kapitalismus, um die in Kurdistan vorhandenen unter- und oberirdischen Reichtümer auszuplündern und für eine massivere Ausbeutung eine Grund-

lage zu schaffen. Die zweite Eigenschaft ist die, daß der von seiten des Fremdkapitalismus in Kurdistan hervorgebrachte Kompradorenkapitalismus nicht vom Imperialismus, sondern direkt von der türkischen Bourgeoisie abhängt. Die Abhängigkeit vom Imperialismus besteht nur in dem Maße der Beziehung der türkischen Bourgeoisie mit dem Imperialismus und ihrer Abhängigkeit von ihm.

Parallel zu der Entwicklung des Kolonialkapitalismus in Kurdistan, der auf dem türkischen Staatskapitalismus und auf Ausplünderung basierte, wurde die frühere feudale Gesellschaftsstruktur durch Umwandlungen von oben herab aufgelöst und es kristallisierte sich eine halbfeudale Gesellschaftsstruktur heraus. Eine moderne soziale Struktur begann sich dadurch zu entwickeln, daß die alten sozialen Kräfte einer Umwandlung auf neuer ökonomischer Basis unterzogen wurden und soziale Kräfte entstanden.

Durch den Beginn der Vermarktung der in den türkischen kapitalistischen Betrieben produzierten Waren in Kurdistan entstand aus den Feudalen eine kurdische kompradore Schicht, die diese Vermarktung übernahm. Die kurdischen Feudalen, die ihre politische Macht in erheblichem Maße verloren hatten, klammerten sich an dieser Entwicklung fest und wurden rasch zu Kompradoren. Diese feudalkompradore Schicht, die in der Stadt als Komprador und auf dem Land als Feudaler fungierte, ist eine treue Kollaborateurin der türkischen Bourgeoisie, denn ihr Feudalismus ist seit hunderten von Jahren zum Symbol der Kollaboration mit den Fremden geworden und ihr Kompradorentum ist in Abhängigkeit vom Nabel des türkischen kolonialistischen Kapitalismus entstanden.

Das wichtigste hier zu betonende Merkmal der Entwicklung des kolonialistischen türkischen Kapitalismus in Zentral-Nordwest-Kurdistan besteht darin, daß er die Entwicklung einer Mittelbourgeoisie von nationalem Charakter verhinderte. Der Grund hierfür liegt darin, daß der Kapitalismus in Kurdistan nicht als ein inneres Faktum, sondern im Gegenteil, als ein fremdes äußeres Faktum entwickelt wurde und die türkische Bourgeoisie, die Beherrscherin dieses kolonialistischen Kapitalismus, die wahre Herrscherin des Marktes in Kurdistan ist. Mit Ausnahme des türkischen Staatskapitalismus in Kurdistan und des von ihm abhängigen Kompradorentums ist in Kurdistan jegliche andere kapitalistische Entwicklung untersagt. Weil der Kapitalismus, der sich außerhalb des Kompradorentums entwickelt, eine Bourgeoisie nationalen Charakters hervorbringen würde, die ihren eigenen Markt zu beherrschen bestrebt wäre, steht ein solcher Kapitalismus im diametralen Gegensatz zu den ökonomischen Interessen und nationalen Expansionszielen der türkischen Bourgeoisie. Infolgedessen entstand in den inneren Teilen Kurdistans, die für die türkische Bourgeoisie unzugänglich blieben, und in Gebieten, die für sie nicht relevant waren, eine schwache Handelsbourgeoisie und auf dem Lande eine wenig reiche Bauernschaft.

Die durch den Einfluß des sich entfaltenden kolonialistischen Kapitalismus in den kolonialistischen Verwaltungszentren entstandene Anhäufung von Menschen, die ihrem Boden entrissen wurden, verursachte die Entstehung hoher Städte und Ortschaften. In den kolonialistischen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen, die in diesen Städten errichtet wurden, entstand eine kurdische Kleinbourgeoisie, die in einem sehr niedrigen Dienststatus stand und die schlechtesten Arbeiten zu verrichten hatte, um diese Institutionen zu schützen und zu deren Entwick-

lung beizutragen. Es gibt zwei wichtige Eigenschaften hinsichtlich der Entstehung der kurdischen Kleinbourgeoisie, die sich als eine zahlenmäßig große Kraft formierte:

Erstens entstand die kurdische Kleinbourgeoisie nicht auf der Basis, einer nationalen kapitalistischen Entwicklung in Kurdistan zu dienen, sondern vielmehr, um der türkischen Bourgeoisie, die dieses Land besetzt, zu dienen. Zweitens geht der Prozeß, der zur Entstehung der Kleinbourgeoisie führte, aus der selben sozialen Kraft hervor, die wiederum im großen Maße das Kompradorentum förderte; d.h., während die Repräsentanten der kurdischen Feudalen und Stammesführer, die durch die Entwicklung des türkischen Kapitalismus zum größten Teil vom Markt vertrieben wurden, zu Kompradoren wurden, entwickelten sich die anderen zu Kleinbourgeois. Diese Charakteristiken erklären, von wem und in welcher Art die kurdische Kleinbourgeoisie abhängig ist.

Eine andere wichtige Entwicklung in der sozialen Struktur ist die Geburt des kurdischen Proletariats. Durch Proletarisierung enteigneter Bauern als Resultat der partiellen Auflösung feudaler Beziehungen auf dem Lande von seiten des sich entfaltenden kolonialistischen türkischen Kapitalismus hat sich die Arbeiterklasse Kurdistans rapide entwickelt. Das Proletariat Kurdistans ist im allgemeinen nicht in einem Konflikt mit der kurdischen Bourgeoisie, sondern auf der Basis des türkischen Staatskapitalismus und vielmehr in einem Konflikt mit der türkischen Bourgeoisie entstanden. Aus diesem Grunde ist das Proletariat Kurdistans vor der kurdischen Bourgeoisie geboren und stärker als sie; weil in Kurdistan der türkische Kapitalismus herrscht, wird diese starke kapitalistische Entwicklung von einer starken Proletarisierung in Kurdistan begleitet. Neben den kapitalistischen Betrieben in Kurdistan wurde der Prozeß der Proletarisierung durch die Auswanderung in die Türkei und in die imperialistischen Metropolen beschleunigt und verstärkt. Neben dem Proletariat existiert in Kurdistan eine sehr starke Halbproletarisierung, die in Form von Saisonarbeit in Erscheinung tritt. Aufgrund der Schwäche des Kapitalismus in Kurdistan und der begrenzten Anzahl kolonialistischer Unternehmungen ist in Kurdistan eine gigantische Arbeitslosenmasse entstanden.

Neben diesen sozialen Kräften entstand in dieser Zeit eine signifikante moderne Intellektuellen- und Jugendschicht im Umkreis türkischer Bildungsinstitutionen, die zum Zwecke der Assimilation in ganz Kurdistan gegründet worden waren.

Während sich einerseits in der Türkei und in Kurdistan eine solche ökonomische und soziale Entwicklung vollzog, hat die sich in den 70er Jahren vertiefende imperialistische Krise andererseits die Türkei tief erschüttert. Die Tatsache, daß die Türkei eine abhängige Wirtschaft hat und die imperialistische Krise insbesondere aus einem Energieproblem entstand, verursachte, daß sich diese Krise in einer schärferen Form widerspiegelte und die Türkei in den letzten Jahren in eine ökonomische, soziale und politische Krise hineingetrieben wurde.

Heute, wo sich militärische Interventionen mehren und in vollständige militärisch-faschistische Diktaturen übergehen, überträgt die kollaborierende monopolistische türkische Bourgeoisie ihre Krise in erhöhtem Maße auf Kurdistan und macht das ökonomische und gesellschaftliche Leben dort unerträglich. Die imperialistische Krise wird in vielfältiger Intensität in der Türkei wiedergespiegelt und von dort aus in gleicher Intensität auf Kurdistan

übertragen. Daraus resultiert das Ansteigen der Arbeitslosigkeit, der Teuerungsrates, des Elends und der Armut und das Niederschmettern kleinster oppositioneller Regungen der Massen, die versuchen, sich davon zu befreien, mit härtesten faschistischen Methoden.

Andererseits ist die alte stagnierende feudale Struktur in Kurdistan gebrochen. Es sind in Kurdistan neue moderne Kräfte, Klassen und Schichten entstanden, die die Konflikte mit der Revolution lösen werden. Die kurdischen herrschenden Klassen, die früher ihre Hegemonie über die Gesellschaft fortsetzten, sind mit ihrer schwachen Bourgeoisituation nicht mehr in der Lage, die neue Dynamik der 70er Jahre in Kurdistan zu kontrollieren und ihren Einfluß mit religiösen und Stammesbeziehungen fortzusetzen, da sie ihre ökonomische und politische Stärke verloren und sich auf der Basis des Dienertums und der Kollaboration mit der türkischen Bourgeoisie formiert haben. Die Klassenkämpfe, verursacht durch die tiefe Krise des zum Monopol herangewachsenen türkischen Kapitalismus, finden ihr Echo auch in Kurdistan, und das kurdische Volk hat gegen den türkischen Staat auf nationaler und Klassenebene einen Befreiungskampf aufgenommen.

Die durch die Entwicklung des kolonialistischen Kapitalismus in Zentral-Nordwest-Kurdistan entstandene neue ökonomische und soziale Struktur hat für eine moderne nationale Befreiungsbewegung die Heranbildung einer günstigen objektiven Basis ermöglicht. Insbesondere durch die heftige Krise, die dieser Kapitalismus in den 70er Jahren erlebte, reiften kontinuierlich diese objektiven Voraussetzungen heran und verursachten, daß sie sich auch auf subjektiver Ebene widerspiegelten. Die infolgedessen in Kurdistan entstandenen neuen sozialen Kräfte begannen einen Kampf für ihre eigenen Interessen.

Während ein großer Teil der Feudalkompradoren, die ziemlich geschwächt waren und ihre Interessen nur in Abhängigkeit von den türkischen Kolonialisten bewahren konnten, in die politische Strukturierung der türkischen Bourgeoisie hineingeriet, begann die Kleinbourgeoisie, die aufgrund kolonialistischer Unterdrückung Schaden erlitt, einen Kampf, um durch diverse Reformen die Unterdrückung zu vermindern. Die Kleinbourgeoisie Kurdistans, die auf einer Basis entstand, auf der sie der Existenz des türkischen Kolonialismus diene, hat die Abkoppelung vom Kolonialismus aufgrund dieser Eigenschaft niemals auf die Tagesordnung gebracht und begab sich mit dem Versuch, verschiedene politische Organisationen zu schaffen, auf die Suche nach einer Kollaboration auf neuen Grundlagen. Keimbürgerliche Strömungen, die ihre Situation mit einer pseudo-national-befreierischen Haltung zu tarnen versuchten, werden unter den neu entstandenen Voraussetzungen und der Unterdrückung ziemlich bedrängt und versuchen durch neue Wege, ihre Existenz zu bewahren.

Das Proletariat Kurdistans, die arme Bauernschaft und die intellektuelle Jugend, die auf der anderen Seite vom türkischen Kolonialismus den größten Schaden erfahren, haben sich in einen nationalen Befreiungskampf begeben, der ihre Interessen zum Ausdruck bringt und den einzigen Weg zur Befreiung darstellt. Die nationale Befreiungsbewegung Kurdistans, die ihre ideologische, politische und organisatorische Ganzheit erreichte, hat auf der praktischen Ebene seit Ende der 70er Jahre bis heute große Errungenschaften erlangt und ist zu einer wichtigen Kraft geworden, deren Existenz sowohl vom Freund als auch vom Feind gespürt wird.

Was bedeuten diese Entwicklungen, die in Zentral-Nordwest-Kurdistan auf objektiver und subjektiver Ebene entstanden sind? Erstens bringt diese Situation zum Ausdruck, daß die in allen Teilen Kurdistans seit früher bestehenden objektiven Bedingungen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht überwunden werden konnten und für die nationale Befreiung ungünstig waren, jetzt in Zentral-Nordwest-Kurdistan überwunden wurden und günstige objektive Voraussetzungen für die nationale Befreiung vorhanden sind. Zweitens bedeutet diese Tatsache, daß die nationale Befreiungsbewegung in Zentral-Nordwest-Kurdistan eine proletarische Führung erlangt hat und die nationale Befreiungsbewegung Kurdistans, die seit jeher von reaktionären Führungen in großen Sackgassen gehalten wurde, jetzt aus diesen Sackgassen befreit wird.

Als Resultat all dieser Entwicklungen können wir nunmehr mit Bestimmtheit folgendes sagen: Wenn die für die Revolution ziemlich günstigen externen Bedingungen und die in Kurdistan auf objektiver und subjektiver Ebene entstandenen internen Entwicklungen mit Erfolg auf die Kampfpraxis übertragen werden können, dann wird es möglich sein, daß der begonnene Prozeß der nationalen Befreiung Kurdistans sich beschleunigt und die revolutionären Kräfte den Sieg davontragen.

2- Süd-Kurdistan

Durch den Rückzug des englischen Imperialismus, der nach dem II. Weltkrieg geschwächt war und die Macht seinen Kollaborateuren überließ, wurde im Irak eine sich an die arabischen Feudalkompradoren anlehnde kollaborierende Monarchie errichtet.

Der englische Imperialismus, der zwischen den beiden Kriegen als Balancekraft zwischen den arabischen und kurdischen herrschenden Klassen fungierte, setzte seine Macht durch die Anlehnung an die arabischen und kurdischen herrschenden Klassen fort, auch wenn er überwiegend die arabischen herrschenden Klassen als Basis nahm. Das Verschwinden dieser Balance nach dem II. imperialistischen Verteilungskrieg verursachte eine Auseinandersetzung zwischen den arabischen herrschenden Klassen, die den Staat und alles, was sich innerhalb ihrer Grenzen befand, beherrschen wollten, und den kurdischen herrschenden Klassen, die ihre ökonomische und politische Herrschaft in Kurdistan fortsetzen und sich auf dieser Basis zur Bourgeoisie entwickeln wollten. Um ihre Autonomie, die sowohl ihre Privilegien als auch ihre ökonomischen und politischen Interessen zum Ausdruck brachte, zu sichern, und um auf dieser Basis zu Bourgeois werden zu können, haben sich die kurdischen Feudalen und Stammesführer nach 1946 in der KDP (Demokratische Partei Kurdistans), dem Wegweiser des eigenen archaischen Nationalismus, gesammelt und einen Kampf gegen die arabischen Feudalkompradoren zu führen begonnen.

Ein zweiter Brennpunkt des Kampfes gegen das monarchistische Regime der arabischen Feudalkompradoren war der in der Ära nach 1946 aufkommende arabische bürgerliche Radikalismus. Die arabische Mittel- und Kleinbourgeoisie organisierte sich in der Baath-Partei und begann ab diesem Datum einen Kampf gegen den Imperialismus und das kollaborierende monarchistische Regime.

Durch den Kampf der arabischen Mittel- und Kleinbourgeoisie einerseits und der kurdischen herrschenden Klas-

sen andererseits wurde das kollaborierende monarchistische Regime im Jahre 1958 abgeschafft.

Nach Abschaffung des monarchistischen Regimes begann dieses Mal ein Konflikt und eine Auseinandersetzung zwischen der arabischen Mittel- und Kleinbourgeoisie, die den Staat zum Instrument der eigenen kapitalistischen Entwicklung machen und Kurdistan dadurch beherrschen wollte, und den kurdischen herrschenden Klassen, die auf der Basis ihrer Autonomie ihre ökonomische und politische Herrschaft in Kurdistan beibehalten und zu Bourgeois werden wollten. Die nationale arabische Bourgeoisie, die sich in der Baath-Partei organisierte, bezweckte, ihren Kapitalismus auf der Basis der Verstaatlichung zu entwickeln, ihn nach Kurdistan zu übertragen und den Markt Kurdistans zu beherrschen - wie am Beispiel der kemalistischen bürgerlichen Bewegung in der Türkei zu beobachten -. Wie die kemalistische Bourgeoisie, agierte die nationale arabische Bourgeoisie äußerst chauvinistisch und war konzessionslos, was die Beherrschung des Marktes innerhalb der irakischen Grenzen anging. Demgegenüber aber wollten auch die kurdischen herrschenden Klassen, die in den Prozeß des Kompradorentums eintraten, ihre feudalen Privilegien beibehalten und sich auf dieser Basis zu Bourgeois entwickeln. Auf diesem Weg vereinigte die KDP unter der Führung des archaischen Nationalismus die kurdischen Feudalkompradoren und die nicht so sehr starke Kleinbourgeoisie. Diese konfliktbehaftete Situation hat sich unentwegt vertieft und verursachte einen massiven Kampf, der insbesondere von 1961 bis 1964 andauerte.

Auch die Kommunisten, die in der Lage sind, das Proletariat zu repräsentieren, haben sich selbstverständlich an diesem Kampf beteiligt. Aber die IKP (Irakische Kommunistische Partei) hat sowohl aufgrund ihrer organisatorischen Mängel als auch aufgrund ihrer unbeständigen Auffassung, was die politische Revolution und die nationale Frage anbelangt, die Auseinandersetzung zwischen den herrschenden Klassen nicht in angemessener Weise nutzen und stark Partei ergreifen können. Die schwerwiegenden Fehler der IKP sind zum großen Teil für das Mißlingen der Schaffung einer starken revolutionären Front verantwortlich.

Die Forderung der kurdischen herrschenden Klassen bei diesen jahrelang andauernden Konflikten und Auseinandersetzungen war eine Autonomie, die im Programm der KDP zum Ausdruck gebracht wird. Die Forderung nach Autonomie ist keine willkürlich gestellte Forderung, sie ist der offenste Ausdruck der kurdischen Feudal-Kompradoren, die ihre feudalen Privilegien beibehalten und zu Bourgeois werden wollen. Der sicherste Weg zur Veränderung der klassischen feudalen Struktur Kurdistans durch Umwandlung von oben und zur Niederschlagung nationaler und gesellschaftlicher Hoffnungen des Volkes, ohne irgendwelche Auseinandersetzungen zu verursachen, ist die Autonomie. Zu diesem Zweck ist die Strategie der Autonomie überwiegend gezeichnet durch die Beachtung der sozialen und politischen Struktur in Süd-Kurdistan und nicht durch Berücksichtigung des Kräftegleichgewichts in der Region. Einige behaupten, daß die Nichtaufnahme des Kampfes für die Unabhängigkeit in dieser Phase der Auseinandersetzungen ein Fehler gewesen sei. In der Wirklichkeit gab es keinen Fehler; es gab den Ausdruck der Interessen der Feudalen; die feudalkompradore Klasse kann nicht mehr verlangen, ansonsten würde dies zu den eigenen Interessen im Gegensatz stehen. Die Unabhän-

gigkeit steht im diametralen Gegensatz zu den Interessen der Feudalkompradoren; eine völlige Unabhängigkeit würde bedeuten, daß die feudalkompradore Klasse stirbt. Die Unabhängigkeit kann nur durch Kräfte zum Ausdruck gebracht werden, die revolutionäre Veränderungen bezwecken; durch die revolutionäre Nationalbourgeoisie und das Proletariat.

Die Autonomie, die ihre Formulierung in den internen und externen Klasseninteressen der kurdischen Feudalkompradoren findet, spiegelt die Interessen der Kräfte des Volkes nicht wider und trägt keinerlei revolutionäre Eigenschaften. Zunächst einmal muß man festhalten, daß die Forderung nach Autonomie die Befreiung der werktätigen Volksmassen in Kurdistan nicht ermöglicht, und selbst wenn diese Forderung erfüllt würde, zögerten die breiten Volksmassen nicht, die Klassenherrschaft der Feudalkompradoren anzugreifen. Aus dieser Sicht bedeutet die Autonomie im revolutionären Kampf des kurdischen Volkes nichts und sie stellt ein Hindernis vor diesem Kampf dar. Zweitens dient die Autonomie auch innerhalb der irakischen Grenzen nicht einer revolutionären Entwicklung. Insbesondere im Kampf, der bis 1975 andauerte, wäre der Einfluß eines autonomen Kurdistans unter der Führung der Feudalkompradoren auf die revolutionäre Entwicklung Iraks sehr begrenzt geblieben. Im Gegenteil, es hätte den bürgerlichen Chauvinismus, der seinen Ausdruck im Kampf zwischen den herrschenden Klassen findet, verstärkt und die revolutionäre Entwicklung behindert. Drittens wird die Autonomie keinen Beitrag zu den revolutionären Kämpfen der Völker der Region leisten, da die Forderung nach Autonomie keine revolutionären Umwälzungen hervorruft. Wenn die herrschenden Klassen Kurdistans für die Autonomie, die Ausdruck ihrer eigenen Interessen ist, die Volksmassen in den Kampf treiben konnten, dann ist das auf folgende Gründe zurückzuführen: Der tollwütige Chauvinismus der arabischen Bourgeoisie und deren Angriffe, die rückständige gesellschaftliche Struktur Süd-Kurdistans, das Nichtvorhandensein einer modernen nationalen Befreiungsbewegung in ganz Kurdistan und die Schwäche und die Fehler der revolutionären Bewegung innerhalb des Iraks.

Es konnte von den kurdischen Feudalkompradoren, die mit einer solchen Strategie den Kampf begannen, kein Sieg erwartet werden. Die vorteilhafte Position der arabischen nationalen Bourgeoisie sowohl in den Beziehungen nach außen als auch zu den Arabern, ihre Herrschaft über den Staat, ihre stärkere Position innerhalb des historischen und materiellen Kontextes in Bezug auf ihr Ziel der Entwicklung des Kapitalismus im Gegensatz zur historischen Ungültigkeit der feudalkompradoren Struktur, und die Tatsache, daß die als Strategie beabsichtigte Autonomie keine revolutionäre Bedeutung im Irak innehatte und die Interessen der Volksmassen in Kurdistan nicht zum Ausdruck brachte, all diese Eigenschaften führten die kurdische Bewegung in diesem Kampf in eine Niederlage und die KDP in den Bankrott. Wenn trotz extremer Schwächung der Kräfte des Staates in verschiedenen Phasen und trotz Heranreifung günstiger externer Voraussetzungen für die Unabhängigkeit nicht das gewünschte Ergebnis erzielt werden konnte, dann liegt der Grund in der ökonomischen, sozialen und politischen Rückständigkeit Kurdistans, der von dieser Struktur abzuleitenden ungeeigneten feudalkompradoren Führung und der Behinderung durch diese Führung.

Die feudalkompradore Führung konnte sich aufgrund

ihrer die eigenen Interessen widerspiegelnden fehlerbehafteten Linie der internen Inkonsequenzen und der zunehmenden externen Anlehnung an den Schah und den Imperialismus im Kampf gegen die arabische Bourgeoisie in Süd-Kurdistan nicht vor der Niederlage im Jahr 1974 schonen. Ab diesem Datum begann sich die militärische und politische Überlegenheit des irakischen Bourgeois-Staates über Süd-Kurdistan zu entwickeln.

Die arabische Bourgeoisie, die sich, wie im Jahre 1945 in der Türkei, auf der Basis des Staatskapitalismus im Irak entwickelte, wendete sich ab 1975 den neo-kolonialistischen Beziehungen mit dem Imperialismus zu, um ihren Kapitalismus stärker zu entwickeln. Dadurch, daß sich die Mittelbourgeoisie in eine Großbourgeoisie umwandelte, überließ der bürgerliche Radikalismus seinen Platz der bürgerlichen Reaktion.

Infolge des Einflusses des sich durch die neo-kolonialistischen Beziehungen im Irak rasch entwickelnden Kapitalismus auf Süd-Kurdistan, der Niederlage von 1974 und des späteren Verfalls sind in Süd-Kurdistan neue ökonomische und soziale Entwicklungen entstanden. Eine zahlenmäßig große Kleinbourgeoisie, eine schwache Handelsbourgeoisie und das Proletariat begannen sich, diese neue soziale Struktur errichtend, zu entwickeln. Die nationale Befreiungsbewegung, die sich auf der Basis dieser sozio-ökonomischen Entwicklungen in Süd-Kurdistan zu entfalten beginnt, versucht diese neue soziale Struktur widerzuspiegeln; heute sind Organisations- und Kampfanstrengungen in dieser Richtung zu beobachten.

Die reaktionären faschistischen Methoden der heute mehr nach rechts gerückten irakischen Administration haben der Bildung einer breiten Opposition Auftrieb gegeben. So sehr auch der in Süd-Kurdistan andauernde Kampf aus militärischer Sicht eine Niederlage erlitt, ist er noch nicht beendet worden. Im Gegenteil, es wird versucht, diesen Kampf auf neuer sozialer Basis und durch neue Organisationen zu entwickeln. Die irakische Bourgeoisie, die bis heute keine starke kapitalistische Entwicklung erreicht hat, kann in Süd-Kurdistan keine Herrschaft im kapitalistischen Sinne ausüben, was dazu führt, daß sie heftigen Widerständen begegnet. Sie hat ihre politische und militärische Herrschaft noch nicht mit einer Herrschaft im ökonomischen Bereich vervollkommenet. Unter Beachtung der Schwächen des irakischen Regimes und der rapiden Erhebung der nationalen Befreiungsbewegung Kurdistans auf neuer Basis sowohl allgemein in Kurdistan als auch in Süd-Kurdistan läßt sich der Schluß ziehen, daß die Errichtung einer ökonomischen Herrschaft von seiten des irakischen Regimes in Süd-Kurdistan, wie sie die türkischen Kolonialisten in Zentral-Nordwest-Kurdistan errichteten, äußerst schwierig sein wird. Wenn dann noch die revolutionären Kräfte ihren Kampf auf einer richtigen Linie entwickeln und richtige Einheiten eingehen und Fronten errichten können, ist der Sturz der irakischen Diktatur und die Krönung durch den Sieg möglich.

Während sich in einem großen Teil Süd-Kurdistans diese erwähnten Entwicklungen vollzogen, hat sich im Westen, in einem kleinen Teil Süd-Kurdistans (Syrisch-Kurdistan), der unter der Hegemonie des französischen Imperialismus blieb, eine mit diesen Entwicklungen zusammenhängende und ähnliche Veränderung abgezeichnet.

Der französische Imperialismus, der im II. Weltkrieg Verluste erlitten hatte, überließ die Macht in Syrien seinen Kollaborateuren, den arabischen Feudalkompradoren, und zog sich zurück. Gegen die feudal-kompradore Administration

in Syrien hat sich im Zusammenhang mit der Opposition im Irak einerseits die Opposition der kurdischen herrschenden Klassen, die sich in der KPD organisierten, und andererseits die Opposition der arabischen Klein- und Mittelbourgeoisie, die sich in der Baath-Partei organisierten, gebildet. Durch den Sturz der kollaborierenden Administration im Jahre 1963 von seiten dieser Opposition kam die radikale arabische Bourgeoisie in Syrien an die Macht.

Die Opposition der kurdischen Feudalkompradoren in Syrisch-Kurdistan, die sich in Verbindung mit der KDP-Irak in der KDP-Syrien gegen die syrische arabische Bourgeoisie organisierten, dauerte im Zusammenhang mit der Opposition der kurdischen herrschenden Klassen in dem anderen großen Teil Süd-Kurdistans gegen die irakische arabische Bourgeoisie bis Mitte der 70er Jahre an. Innerhalb des kurdischen Volkes hat sich in diesen Jahren die nationale Bewußtwerdung verbreitet und das nationale Bewußtsein erreichte große Dimensionen. Durch den Einfluß des sich in Syrien entfaltenen Kapitalismus auf Syrisch-Kurdistan, begannen sich auch hier neue ökonomische Beziehungen und, in diesem Zusammenhang, neue soziale Strukturen zu entwickeln. Die kurdischen feudalen Kompradoren, die Mitte der 70er Jahre ihre ökonomische Stärke in einem großen Maße verloren hatten, verloren nun infolge der Niederlage in Süd-Kurdistan auch ihre politische Macht, ihre Organisationen wurden zersplittert und fielen unentwegt zurück.

Verschiedene patriotische Organisationen wurden im Laufe der 70er Jahre auf einer neuen sozialen Basis und insbesondere auf der Basis des in diesen Jahren vollzogenen Prozesses der Verbreitung der Kleinbourgeoisie in diesem kleinen westlichen Teil Kurdistans gegründet. Die kurdische Nationalbewegung, die diese Organisationen umfaßt, setzt ihre Entwicklung heute fort. Da der sich unter syrischer Herrschaft befindliche Teil Kurdistans sehr klein ist, kann sich dieser Teil durch die Entwicklung einer unabhängigen nationalen Befreiungsbewegung nicht zum Sieg führen. Obwohl dieser Teil Kurdistans gegenwärtig unter syrischer Herrschaft steht, ist er ebenfalls vom türkischen Staat bedroht und unter dem Vorwand von Grenzverletzungen ständig den Angriffen der türkischen Armee ausgesetzt. Gegenwärtig befindet sich die syrische Administration aufgrund der von ihr eingenommenen antizionistischen Haltung unter den arabischen fortschrittlichen Kräften und unterstützt die Befreiungskämpfe der Völker der Region, an erster Stelle des palästinensischen Volkes.

Unter diesen Voraussetzungen haben die Revolutionäre und Patrioten in diesem Teil Kurdistans drei Hauptaufgaben zu erfüllen: Erstens, die Bewußtseinsförderung des kurdischen Volkes im revolutionären und patriotischen Sinne, die Ausbildung und Organisation dieses Volkes auf revolutionärer Basis; zweitens, die aktive Unterstützung des in anderen Teilen, insbesondere in Zentral-Nordwest-Kurdistan, unter der Führung des Proletariats vorangehenden nationalen Befreiungskampfes auf jeder Ebene, und drittens, die Leistung aktiver Hilfe an revolutionäre und fortschrittliche Kräfte der Region in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion.

3-Ost-Kurdistan

Infolge der überwiegenden Pro-Hitler-Einstellung, die der Schah während des II. Weltkrieges einnahm, und des

nachfolgenden Einflusses der Engländer aus dem Süden und der Sowjetunion aus dem Norden wurde die iranische Zentralregierung äußerst geschwächt. Nach dem Krieg wurde, aus dieser Situation Nutzen ziehend, mit Hilfe der Roten Armee die Demokratische Republik Aserbeidschan und die Kurdische Republik Mahabat gegründet. Diese Staaten wurden kurz nach ihrer Gründung infolge des Rückzugs der Roten Armee durch getroffene Abkommen und der erneuten Errichtung der zentralen Autorität des Schahs mit englischer Unterstützung gestürzt. Die Hauptgründe für den Zusammenbruch der Kurdischen Republik Mahabat, die unter der Regierung der kurdischen herrschenden Klassen gegründet worden war, lagen in der Unfähigkeit im Hinblick auf die Schaffung einer Organisation, weil sie sich an eine rückständige gesellschaftliche Struktur anlehnten und diese Republik durch eine verstärkte Anlehnung nach außen gegründet worden war.

Gegen die Schahmonarchie, die ihre politische Herrschaft, sich auf die feudal-kompradoren Klassen stützend, auszuweiten versuchte, begann sich neben der aserbeidschanischen und kurdischen Opposition auch die Opposition der persischen Nationalbourgeoisie zu verstärken, die sich in einem Entwicklungsprozeß befand. Diese Klasse, die die Macht im Jahre 1953 an sich riß, konnte aufgrund der Rückständigkeit der gesellschaftlichen Struktur und ihrer Schwäche als Klasse die Macht nicht lange fortsetzen. Der Schah, der sich dieses Mal die Unterstützung des CIA gesichert hatte, stürzte durch den von seiten des CIA durchgeführten Putsch die Regierung Moussadegh und kam erneut an die Macht. Unter den faschistischen Praktiken des Schahs, der die bis Ende der 50er Jahre andauernde Opposition einiger kurdischer Feudal- und Stammesführer niederschlug, hat sich im Iran der Neo-Kolonialismus der USA unentwegt entfaltet.

Der wichtigste Punkt, der an dieser Stelle berücksichtigt werden muß, besteht darin, daß der sich im Iran entwickelte Neo-Kolonialismus von der neo-kolonialistischen Entwicklung in der Türkei unterscheidet. Der Neo-Kolonialismus in der Türkei war infolge einer kapitalistischen Entwicklung entstanden, die sich auf der Basis der Verstaatlichung vorantreiben ließ; diese Beziehungen hatten dem türkischen Kapitalismus einen Antrieb verliehen und ihn in den Prozeß der Monopolisierung getrieben. Im Iran aber existierte eine solche national-kapitalistische Entwicklung nicht; die Schahmonarchie hatte dies nicht erlaubt. Da der Iran die neo-kolonialistischen Beziehungen unter der Herrschaft der feudal-kompradoren Struktur aufnahm, versuchte man hier, durch Umwälzungen von oben die Dominanz dieser Beziehungen geltend zu machen. Unter einer solchen Entwicklung neo-kolonialistischer Verhältnisse konnte sich der Kapitalismus nicht wesentlich entwickeln. Während auf der einen Seite das Kompradorentum eine kontinuierliche Entfaltung verzeichnete, entstand andererseits eine kapitalistische Entwicklung, die lediglich darauf abzielte, die Ölquellen zu öffnen. Die Ölgesellschaften und die sich in Beziehung mit dem Kompradorentum formierende Großbourgeoisie konstituierten sich zur sozialen Stütze des Imperialismus und der Schahmonarchie im Iran. Die Schahmonarchie, die durch das Programm "Die weiße Revolution" die feudale Struktur zum Teil veränderte, ihre feudale Struktur verlor und die erzielte kapitalistische Entwicklung sehr schwach blieb, stand auf einer schwachen sozialen Basis. Eine solche schwache Basis und die infolgedessen ständig angewandten extrem

faschistischen Maßnahmen, um ihre Macht am Leben zu erhalten, und die Heranbildung einer sehr breiten Opposition waren Schlüsselfaktoren für den Niedergang der Schahmonarchie. Die Tatsache, daß sich an der Spitze im Iran eine schwache Großbourgeoisie entwickelte, im Gegensatz dazu sehr breite Mittelklassen entstanden und die werktätigen Klassen sich in einer schwachen kapitalistischen Entwicklung nicht stark entfalten konnten, ließ in der Revolution nicht die Führung des Proletariats, sondern der Mittelklassen dominieren.

Diese Entwicklungen im Iran spiegelten sich in ihrer Gesamtheit in Ost-Kurdistan wider. Auch wenn die kurdischen Feudalen, die von der Schahmonarchie ein wenig mehr Konzessionen verlangten, unterdrückt wurden, haben im allgemeinen die kurdischen Feudalen, der Klerus und die Stammesführer durch Kollaboration mit der Monarchie ihre ökonomische und politische Stärke bewahrt und sind in dieser Kollaboration zu Kompradoren geworden. Für eine solche Kollaboration waren die mit dem US-Imperialismus aufgenommenen neo-kolonialistischen Beziehungen, wie in der Türkei, auch im Iran günstig. Da der Schah darüber hinaus den Kapitalismus in Kurdistan nicht im gleichen Maße entwickelte wie im Iran ist in Ost-Kurdistan kein kapitalistischer Kolonialismus entstanden, der der Herrschaft des kolonialistischen türkischen Kapitalismus in Zentral-Nordwest-Kurdistan geähnelt hätte. Die politische und militärische Herrschaft der Schahmonarchie verknüpfte sich mit einem ökonomischen Kolonialismus nicht.

Der Kompradorentumskapitalismus, der sich in Ost-Kurdistan auf der Basis der Warenausfuhr auf schwache Art entwickelte, hat, wenn auch schwach, die alte gesellschaftliche Struktur zum Teil überwunden und neue soziale Kräfte hervorgebracht. Da kein persischer Kapitalismus vorhanden war, der sich auf der Basis der Verstaatlichung entwickelt hatte, und ein solcher Kapitalismus den Markt Kurdistans nicht beherrschte, kam es nicht dazu, daß eine kurdische Kompradoren- und Kleinbourgeoisie auf der Basis, dem persischen Kapitalismus zu dienen, entstand. Die kurdischen Kompradoren sind vielmehr dadurch entstanden, daß die iranischen herrschenden Klassen ihre mit dem Imperialismus eingegangenen Kompradorentumsverhältnisse nach Kurdistan übertrugen. Das heißt, der Markt in Kurdistan wurde überwiegend durch Kräfte wie die kurdischen Halbfeudalen und Halbkompradoren, die Handelsbourgeoisie und einige Klerikale kontrolliert. Neben diesen entwickelte sich auch eine Kleinbourgeoisieklasse. Da der Kapitalismus sich auf Beziehungen mit dem Kompradorentum beschränkte -und damit auf ländliche Gebiete keinen Einfluß nahm-, hat sich die Bauernschaft nicht so sehr aufgelöst und das Proletariat blieb sehr schwach. Da all diese Klassen nicht auf der Basis, dem Staatskapitalismus zu dienen, sondern mehr aus innerer ökonomischer Organisation der Gesellschaft entstanden, behielten sie gegen die persische Herrschaft ein gewisses Privilegium bei.

Die Opposition der Völker unter iranischer Herrschaft, der Kampf der starken persischen Mittelklassen, die organisierte Macht des schiitischen Klerus seit der Geschichte und sein Kampf gegen die Schahmonarchie sowie die Umwandlung dieses Kampfes in einen Kampf der Massen, führte Ende 1978 zum Zusammenbruch der Schahmonarchie, die gegenüber diesen Kräften eine schwache soziale Basis besaß und nicht standhalten konnte. Mit dem Zusammenbruch der Schahmonarchie und des kolla-

borierenden Kapitalismus, an den sich diese Monarchie anlehnte, begann der Kampf der unter Herrschaft gehaltenen Völker in Richtung Selbstbestimmung. Aber aufgrund der Schwäche dieser Kämpfe und der proletarischen Bewegung kamen die persische Mittel- und Kleinbourgeoisie und der Klerus an die Macht.

Aufgrund der Schwierigkeit einer Kollaboration mit dem Imperialismus angesichts der dominierenden anti-imperialistischen Erhebung der Volksmassen und der Tatsache, daß eine solche Haltung zum Zusammenbruch verurteilt wäre, aufgrund der Nichtpraktizierbarkeit der Demokratie als Resultat der Schwäche der kapitalistischen Basis und aufgrund der chauvinistischen Haltung gegenüber den Freiheitsforderungen der Völker können die persische Mittel- und Kleinbourgeoisie und der Klerus keine stabile Macht errichten; sie stolpern und die Konflikte zwischen ihnen vertiefen sich unentwegt. Fügt man hinzu, daß sowohl die unterdrückten Völker als auch die persischen Werktätigen ihre wahren Organisationen erlangen und kämpfen und für die Administration jederzeit eine Gefahr darstellen, dann stellt man fest, daß die im Iran existierenden politischen Auseinandersetzungen und der Kampf noch eine Weile andauern werden. Der Sturz der existierenden Administration ist durch den Sieg der persischen Werktätigen und der kurdischen, beludschischen und aserbeidschanischen Völker möglich.

Die im Iran durch den Zusammenbruch der Schahmonarchie entstandene günstige Situation hat sich auch in Kurdistan wiedergespiegelt. Die sich seit früher in einer gewissen ökonomischen Ganzheit befindenden kurdischen herrschenden Klassen (Feudale, Kompradore, Stammesführer, Klerus) und die Kleinbourgeoisie haben unverzüglich revoltiert, ein sich auf eine breite Autonomie stützendes Souveränitätsprogramm vorgeschlagen und sich in diesem Sinne in der KPD-Iran und in einigen Gruppen organisiert und in einen aktiven Kampf begeben.

Der begonnene reaktionäre Krieg zwischen den Regimen des Iraks und des Irans bietet heute sowohl in Süd- als auch in Ost-Kurdistan eine günstige Situation für die Befreiung und eine Gelegenheit, diesen Krieg in einer starken Form auszunutzen. All diese Entwicklungen schaffen in beiden Teilen Kurdistans für die Geburt der nationalen Befreiungsbewegung auf neuer Basis und für ihre Entwicklung positive Grundlagen.

C. Die Situation der nationalen Befreiungsbewegung Kurdistans in unserer Gegenwart

1- Die Heranreifung der objektiven Bedingungen

Die Entwicklung der objektiven Bedingungen der nationalen Befreiungsrevolution in einem kolonialisierten Land bedeutet die Entstehung der Klassen, die die Gesellschaft in einer nationalen Einheit und um einen nationalen Markt organisieren kann. Ein nationaler Markt kann lediglich von seiten des Kapitalismus und Sozialismus geschaffen werden. Das heißt also, es muß eine Bourgeoisie, die den Kapitalismus organisieren, oder ein Proletariat, das den Sozialismus organisieren kann, entstehen. Da aber nur der Kapitalismus die Bourgeoisie und das Proletariat hervorbringt, müssen in ein kolonialisiertes Land die kapitalistischen Beziehungen eintreten, damit sich in diesem Land

die nationale Befreiungsrevolution entwickeln kann. Eines der Länder auf der Welt, in das die kapitalistischen Beziehungen sehr spät eintraten, ist Kurdistan. Kurdistan wurde bis in die jüngste Zeit in einer feudalen Struktur gehalten, die für kapitalistische Beziehungen verschlossen und stagnierend war. Als ob die Eigenschaften der seit Jahrhunderten andauernden Herrschaft, die Isolierung des Landes und die innere feudale Gespaltenheit nicht reichen würden, ist diese Situation Kurdistans außerdem auf für Kurdistan spezifische historische und gesellschaftliche Gründe zurückzuführen, wie die ständige Aufteilung unter der Herrschaft diverser kolonialistischer Staaten.

Aus diesen Gründen ist der Kapitalismus erst nach dem zweiten imperialistischen Verteilungskrieg in Kurdistan von außen eingetreten und hat insbesondere in der letzten Zeit eine Entwicklung verzeichnet. Die Entwicklung des Kapitalismus auf verschiedenen Grundlagen, verschiedene Charakteristiken und verschiedene Akzente in den durch die Aufteilung Kurdistans entstandenen Teilen verursachte in diesen verschiedenen Teilen die Entstehung unterschiedlicher Klassenkräfte und Beziehungen. Der in Ost- und Süd-Kurdistan auf dem Niveau der Kompradorenverhältnisse verbliebene Kapitalismus konnte sich im Verhältnis zu dem sich in Zentral-Nordwest-Kurdistan auf der Basis der Verstaatlichung entfaltenden und den Markt beherrschenden Kapitalismus nicht so sehr entwickeln und die kolonialistische Herrschaft konnte sich hier in der Ökonomie nicht etablieren. Untersuchen wir die von seiten dieser ökonomischen Struktur hervorgebrachten sozialen Kräfte, deren jeweilige Entwicklung wir in den verschiedenen Teilen Kurdistans in den vergangenen Abschnitten studiert haben, durch Vergleiche miteinander.

Während die feudalkompradoren herrschenden Klassen Kurdistans in Zentral-Nordwest-Kurdistan an ökonomischer und politischer Kraft verlieren und innerhalb des von seiten des sich entwickelnden kolonialistischen türkischen Staatskapitalismus geschaffenen Marktes in Kollaboration und völliger Abhängigkeit von ihm zu Bourgeois werden, bewahren die herrschenden Klassen in Ost- und Süd-Kurdistan ihre ökonomische und politische Macht in einem großen Maße und werden zu Kompradoren. Während infolgedessen die herrschenden Klassen Nordwest-Kurdistans versuchen, all ihre Forderungen und Probleme innerhalb der politischen Struktur der türkischen Bourgeoisie zu befriedigen und zu lösen, sind die herrschenden Klassen Ost- und Süd-Kurdistans bestrebt, ihre ökonomische und politische Kraft, wenn auch auf der Basis der Autonomie, am Leben zu erhalten; sie geraten aufgrunddessen mit den arabischen und persischen herrschenden Klassen in einen Konflikt und in Auseinandersetzungen, die dazu führen, daß sie, wenn auch auf archaische Art, einen Nationalismus besitzen.

Im allgemeinen ist in ganz Kurdistan eine Mittelbourgeoisieklasse nationalen Charakters nicht sehr entwickelt. Da diese Funktion in Zentral-Nordwest-Kurdistan von seiten der kolonialistischen türkischen Bourgeoisie erfüllt wird, hat diese die Entwicklung einer kurdischen Mittelbourgeoisie nicht erlaubt, diese Klasse konnte nur in einer schwachen Art in den inneren Teilen Kurdistans im Handel und innerhalb der Bauernschaft entstehen. Die Handelsbourgeoisie, die in Ost- und Süd-Kurdistan in einem gewissen Maß entstand, konnte keine starke Entwicklung verzeichnen, da der Kompradorenkapitalismus in jüngster Zeit eintrat. Im Falle der Erlangung der Voraussetzungen einer Autonomie kann es für diese Klasse in Ost- und Süd-

Kurdistan möglich sein, sich stärker zu entwickeln. Während sich die in Zentral-Nordwest-Kurdistan als eine verbreitete Kraft entstehende Kleinbourgeoisie im allgemeinen um den aufkommenden kolonialistischen türkischen Staatskapitalismus und auf der Basis, diesem zu dienen, formierte, gestaltete sich die in Ost- und Süd-Kurdistan in einem gewissen Maße entstandene Kleinbourgeoisie im allgemeinen auf der Basis, den kurdischen herrschenden Klassen, den Feudalkompradoren und Stammesführern, zu dienen. Sie entstand in einem Prozeß der internen Konflikte Kurdistans. Diese Klasse, die in Kurdistan nicht auf der Basis entstand, einem nationalen Kapitalismus zu dienen, entfaltet keine nationale Befreiungsbewegung auf der Basis der Unabhängigkeit und klammert sich in Form von diversen Gruppen an einen als Autonomie oder Reformismus in Erscheinung tretenden bürgerlichen Nationalismus, da sie einerseits vom Kolonialismus und andererseits von der dominierenden feudalkompradoren Struktur abhängt.

Gegenüber der breiten Entwicklung einer proletarischen und halb-proletarischen Klasse in Zentral-Nordwest-Kurdistan durch beschleunigte Proletarisierung infolge der von seiten des kolonialistischen Kapitalismus geschaffenen Verhältnisse ist die Proletarisierung in Ost- und Süd-Kurdistan aufgrund der Schwäche des Kapitalismus, seines Kompradorencharakters und der Aufrechterhaltung der feudalen Struktur in einem sehr großen Maße schwach geblieben und beginnt erst neu aufzukeimen.

Während sich in Zentral-Nordwest-Kurdistan im Sinne national-expansionistischer Bestrebungen des türkischen Kolonialismus eine verbreitete Intellektuellen-Jugend-Schicht formierte, konnte diese Schicht in Ost- und West-Kurdistan nur in einem beschränkten Maße eine Entwicklung verzeichnen. Gegenüber der Assimilationspolitik der türkischen Bourgeoisie und der Tatsache, daß die intellektuelle Jugend in Zentral-Nordwest-Kurdistan einer nationalen Umerziehung und Türkisierung ausgesetzt ist, haben die Intellektuellen in Ost- und Süd-Kurdistan doch überwiegend ihre nationalen Werte erhalten.

Aus alledem sind folgende zwei Ergebnisse abzuleiten: Erstens, gegenüber der Reifung der objektiven Bedingungen für eine moderne nationale Befreiungsbewegung in Zentral-Nordwest-Kurdistan sind die Bedingungen in Ost- und Süd-Kurdistan noch schwach; der Einfluß der rückständigen feudalen Struktur ist stark und diese Bedingungen beginnen erst, sich neu zu entwickeln. Zweitens, obwohl der kolonialistische Kapitalismus sich entwickelt hat, ist die Heranbildung einer Bourgeoisie, die ihren eigenen Markt beherrscht, sehr schwach; für die Entwicklung einer modernen nationalen Befreiungsbewegung durch die Überwindung des archaischen Nationalismus der herrschenden Klassen und unter der Führung des Proletariats sind die objektiven Bedingungen entstanden.

2- Die Situation im Hinblick auf die subjektive Entwicklung

Dieses Thema können wir in drei ideologischen Hauptgruppen untersuchen, die sich entsprechend den Interessen diverser Klassen und Schichten formieren und diversen Organisationen und Kämpfen den Weg weisen. Diese sind:

a) der archaische Nationalismus, b) der reformistische bürgerliche und kleinbürgerliche Nationalismus und c) die

Unabhängigkeits- und Freiheitsbewegung.

a) Der archaische Nationalismus:

Diese Ideologie, die ihren Ausdruck in der Forderung nach Autonomie findet, ist die Ideologie der kurdischen Feudalen und Stammesführer, die ihre ökonomische und politische Stärke gegen den sich entwickelnden kolonialistischen Kapitalismus bewahren und auf dieser Basis zu Bourgeois werden wollen. Diese Forderung nach Autonomie, die man mit einer solchen Ideologie bezweckt, ist eine Forderung, die die Interessen des Volkes nicht widerspiegelt und die Klasseninteressen der kurdischen herrschenden Klassen, die ihre feudalen Privilegien bewahren wollen, zu schützen bezweckt.

Die Kämpfe für Autonomie, die zunächst in Zentral-Nordwest-Kurdistan zwischen 1925 und 1940 gegen die türkische kapitalistische Herrschaft in einer unorganisierten Form hervorgingen, sind niedergeschlagen worden, da sie sich an eine rückständige Struktur anlehnten und ihre Führung schwach war. Die Autonomiekämpfe, die nach 1946 in Süd- und Ost-Kurdistan gegen die Zentralstaaten geführt wurden und ihren Ausdruck in den Organierungen der KDP fanden, konnten sich dann im Jahre 1974 nicht mehr vor der Niederlage schützen.

Da die Autonomiebewegungen, die aus dem archaischen Nationalismus hervorgehen, neben den herrschenden Klassen auch die Volksmassen umfassen, besitzen sie im allgemeinen zwei Aspekte. Den negativen Aspekt, der auf die feudale Führung und Herrschaft zurückzuführen ist und den positiven Aspekt, der die nationalen Forderungen der Volksmassen widerspiegelt. Da diese Bewegungen den Stempel der reaktionären Führung trugen, konnten sie keinen Sieg erringen (ihr Erfolg ist nicht möglich) und erlitten eine Niederlage.

Die Niederlage dieser Bewegungen ist auf folgende Gründe zurückzuführen:

1- Die Schwäche der materiellen und sozialen Basis, 2- die Inkonsequenz und reaktionäre Haltung der Führung, 3- die Widerspiegelung der Interessen der herrschenden Klassen und nicht der Forderungen der Volksmassen, 4- die Gespaltenheit Kurdistans, die Entstehung der Bewegungen in unterschiedlichen Teilen und zu unterschiedlichen Zeiten und die insbesondere auch auf die Rolle der Führung zurückzuführende Isoliertheit dieser Bewegungen und die Nichterlangung einer Ganzheit, 5- die Aufnahme von Beziehungen nicht mit den kolonialisierten Ländern und den revolutionären Kräften der Region und der Welt, sondern mit den kolonialistischen Kräften anderer Teile Kurdistans, mit der Reaktion der Region und dem Imperialismus sowie die Suche nach einer Lösung innerhalb der kapitalistischen Welt u.ä.

Auch wenn diese Bewegungen heute durch ihre Niederlagen geschwächt sind, auch wenn sich diverse Volkskräfte von ihnen abgekoppelt haben, sind innerhalb der nationalen Bewegungen Süd- und Ost-Kurdistans immer noch Bestandteile des auf den archaischen Nationalismus zurückzuführenden klassischen Widerstandes zusammen mit Elementen der modernen nationalen Befreiungsbewegung vorhanden. Demgegenüber wurde in Zentral-Nordwest-Kurdistan in den Jahren 1925-40 die klassische Situation völlig abgeschafft und es entfaltet sich heute eine moderne nationale Befreiungsbewegung.

b) Der reformistische bürgerliche und kleinbürgerliche Nationalismus:

Das Fehlen einer Mittelbourgeoisie natio-

nenal Characters in ganz Kurdistan im allgemeinen und ihre recht schwache Struktur sind ein Grund für das Nichtentstehen einer national unabhängigen, revolutionären, bürgerlich-nationalistischen Linie. Die Gründe hierfür sind, wie in den vergangenen Abschnitten erklärt, die Charakteristiken des Kapitalismus in Kurdistan.

Die bürgerlich-nationalistische Linie wird in Kurdistan von seiten der Kleinbourgeoisie vertreten. Da aber die Kleinbourgeoisie Kurdistan auf der Basis entstand, einerseits dem Kapitalismus des kolonialistischen Staates und andererseits den feudalkompradoren herrschenden Klassen und nicht dem nationalen Kapitalismus Kurdistan zu dienen, ist die von seiten dieser Klasse ins Leben gerufene bürgerlich-nationalistische Linie keine revolutionäre und national unabhängige, sondern eine reformistische und nach Autonomie verlangende Linie.

Die reformistischen Kleinbourgeois-Nationalisten in Zentral-Nordwest-Kurdistan haben sich in den 70er Jahren von der archaischen nationalistischen Linie Süd-Kurdistan abgekoppelt und in Vereinen, wie dem DDKO (Revolutionäre Kulturvereine des Ostens), organisiert. Die Kleinbürgerlichen, die nach 1975 in Form von diversen Gruppierungen in Erscheinung traten, sich in diversen Vereinen organisierten und versuchten, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen, flohen vor einem revolutionären Kampf, der dazu neigte, sich vom Kolonialismus abzukoppeln, wie vor der Pest, da sie ihre Nahrung vom türkischen Staatskapitalismus erhielten. Sie haben sich mit einem scheinbaren Nationalismus getarnt und überwiegend in Zusammenarbeit mit der türkischen Kleinbourgeoisie für reformistische Umwälzungen und für eine "Demokratisierung" der kolonialistischen Administration gekämpft. Ganz abgesehen von einer Demokratisierung sind sie, als sich die kolonialistische türkische Administration zum Faschistentum entwickelte, aus Todesangst um das eigene Leben in Verwirrung geraten.

Der kleinbürgerliche Nationalismus, der sich in Süd-Kurdistan seit 1964 vom archaischen Nationalismus abkoppelte, begann, insbesondere nach 1975, in Form verschiedener Organisationen in Erscheinung zu treten. Aber da er im Dienste der feudalkompradoren kurdischen herrschenden Klassen entstand, konnte er sich von ihnen nicht völlig abkoppeln und über die Autonomieforderung nicht hinausgehen. In Ost-Kurdistan sind der archaische Nationalismus und der kleinbürgerliche Nationalismus immer noch vereint und beide Kräfte laufen hinter der Autonomie her. Aber heute vollzieht sich auch zwischen ihnen ein Prozeß der Kristallisierung.

Im Gegensatz zur Situation in zahlreichen kolonialisierten Ländern ist es nicht denkbar, daß die Kleinbourgeoisie in Kurdistan die Forderungen nach Unabhängigkeit und Freiheit formuliert, den Kampf für die Unabhängigkeit beginnt und diesen Kampf führt, weil die Kleinbourgeoisie in Ost- und Süd-Kurdistan von den Feudal-Kompradoren abhängig ist und hinter deren Autonomieforderungen steht. Aufgrund der Schwäche dieser Basis ist keine mittelbürgerliche Bewegung entstanden, die dieser Schicht den Weg weisen würde. Was die proletarische Bewegung angeht, so ist auch diese noch nicht entstanden. Der Kleinbourgeoisie, die in Zentral-Nordwest-Kurdistan in Verbindung mit dem türkischen Staatskapitalismus entstand, mangelt es an Führung seitens einer mittelbürgerlichen Bewegung. Bei der Kleinbourgeoisie Kurdistan können Tendenzen zur Unabhängigkeit nur durch die Entwicklung des Proletariats und die Verstärkung des vom Proletariat geführten Unabhängigkeits- und Freiheitskampfes geför-

dert werden.

Es ist, wie in den anderen kolonialisierten Ländern, auch in Kurdistan nicht möglich, daß die Kleinbourgeoisie ernsthafte national-befreierische Organisationen hervorbringt, weil die kurdische Kleinbourgeoisie abhängig ist; sie ist nicht für tiefgreifende Veränderungen, sondern dafür, ihre eigene Entwicklung in Abhängigkeit fortzusetzen. Aus diesem Grunde kann sie lediglich Organisationsformen schaffen, die diesen Forderungen angemessen sind. Die konkrete Praxis des nationalen Befreiungskampfes Kurdistan hat gezeigt, daß die von der Kleinbourgeoisie geschaffenen Organisationsformen nicht über Vereine hinausgehen können. Mit der Hinwendung der türkischen Kolonialisten, deren "Demokratie" vollkommen verbraucht wurde, zur offenen faschistischen Diktatur, haben die kleinbürgerlichen Reformisten ihre Lebenschancen in Kurdistan verloren, sind in einer massiven Art und Weise nach Europa umgezogen und haben ihre gewohnten Aktivitäten nach Europa verlagert.

Die Kleinbourgeoisie wird in Kurdistan niemals einen revolutionären national-befreierischen Kampf führen können, weil die erste Voraussetzung für die Durchführung eines revolutionären Kampfes besagt, daß man für tiefgreifende Umwälzungen ist und ernsthafte revolutionäre Organisationen schafft. Die Kleinbourgeoisie aber ist dafür, durch einige Reformen ein wenig mehr Anteile von den türkischen Kolonialisten zu bekommen. Gewähren die Kolonialisten ihr keine Lebenschancen, begibt sie sich nicht in einen ernsthaften Kampf gegen diese, weicht aus, verzichtet unverzüglich auf ihre Forderungen und wendet sich der Kapitulation zu. Nur in einer Zeit, in der das Proletariat auf Kosten schrecklicher Schmerzen und großer Opferbereitschaft den revolutionären nationalen Befreiungskampf erhebt und zur Macht voranschreitet, kann sich die Kleinbourgeoisie, um die eigene Situation zu sichern, der "revolutionären Aktivität" zuwenden und die Errichtung ernsthafter Organisationen wagen.

c) Unabhängigkeit und Freiheit:

Diese Forderung kann nur von seiten der nationalen revolutionären Bourgeoisie, die ihren eigenen kapitalistischen Markt, und von seiten des Proletariats, das seinen eigenen sozialistischen Markt zu schaffen bezweckt, formuliert werden. Da sich aufgrund der Charakteristiken des sich in Kurdistan entfaltenden Kapitalismus keine nationale revolutionäre Bourgeois-Klasse entwickeln konnte, fällt die Aufgabe, diese Forderung zu erfüllen, dem Proletariat zu. Diese Situation weist zwei Resultate auf, das eine ist positiv und das andere negativ:

Das negative Resultat: Das Mißlingen der Entwicklung der national-revolutionären Bourgeoisie verursachte, daß Kurdistan bis zu unserer Gegenwart unter dem Kolonialismus blieb, seine Unabhängigkeit nicht erlangte und keinen Weg der Entwicklung beginnen konnte. Weiterhin vermehrt das Fehlen dieser Klasse in dem jetzt durchgeführten nationalen Unabhängigkeitskampf die Unterdrückung anderer herrschender Klassen und vermindert die nationalen Befreiungskräfte.

Das positive Resultat: Der nationale Unabhängigkeits- und Demokratiekampf, der sich unter der Führung des Proletariats erheben wird, wird in der Lage sein, da er in der Zukunft keinen Behinderungen von seiten der Bourgeoisie ausgesetzt wird, tiefgreifendere Entwicklungen zu verzeichnen und ohne Unterbrechung auf dem Weg des Sozialismus, der wahren Befreiung der Werktätigen, beschleunigt voranschreiten.

Trotz der Tatsache, daß in Ost- und Süd-Kurdistan das Proletariat sehr schwach und der Unabhängigkeits- und Freiheitskampf noch nicht entstanden ist, hat der Ende 1971 in Zentral-Nordwest-Kurdistan unter der Führung des Proletariats und sich an die gesamten patriotischen Volkskräfte anlehnend, auf richtiger Basis entstandene revolutionäre nationale Befreiungskampf einen großen Weg hinter sich gelegt und setzt seine sich auf eine rasche Art vollziehende Entwicklung fort.

Die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit und Freiheit spiegelt die Interessen des gesamten werktätigen kurdischen Volkes wider, sieht tiefgreifende Veränderungen vor, führt die Gesellschaft Kurdistans in den Prozeß der nationalen- und Klassenbefreiung hinein und hält für die Verwirklichung dieser Sache die nationale Einheit, eine ernsthafte Organisation und den revolutionären Kampf für notwendig. Dies ist der richtigste und kürzeste Weg, der das Volk von Kurdistan zu einer wahren Befreiung führen kann.

3- Probleme und ihre Lösungen

Die Frage, die die nationale Befreiungsbewegung Kurdistans in Sackgassen und Niederlagen führt und für alle anderen Probleme eine Quelle darstellt, ist die Frage der Führung.

Die Führungsfrage der nationalen Befreiungsbewegung Kurdistans findet ihren Ausdruck in zwei Formen: Die auf die Gespaltenheit zurückzuführende Führung eines Teils Kurdistans und die Führung einer Klasse.

Süd-Kurdistan versuchte bis 1975 die nationale Befreiungsbewegung Kurdistans zu führen, sammelte alle gesellschaftlichen Werte Kurdistans, ließ sie für die Interessen einer Handvoll Feudalkompradoren Süd-Kurdistans kämpfen, führte sie zur Niederlage und vergeudete sie. Kann Ost- und Süd-Kurdistan die nationale Bewegung Kurdistans führen?

Nein, das kann sie nicht, weil diese beiden Teile in Bezug auf das gesamte Kurdistan kleine geographische Gebiete umfassen, bezogen auf das gesamte Kurdistan eine niedrige Einwohnerzahl haben und, was das Wichtigste ist, sich unter der Herrschaft einer rückständigen und feudalen Struktur befinden.

Bis 1975 wurde die nationale Bewegung Kurdistans von seiten der feudalkompradoren herrschenden Klassen geführt. Die feudalkompradore Klassenführung des archaischen Nationalismus hat die die eigenen Interessen, aber nicht die Sehnsüchte des Volkes widerspiegelnde Autonomie als Ziel bestimmt, dafür die Volksmassen kämpfen lassen und sie in die Niederlage geführt. Aufgrund ihres Klassencharakters hat diese Führung eine falsche Linie verfolgt, falsche Organisations- und Kampfmethoden angewendet, die internen Stellungen falsch errichtet, die nationale Einheit Kurdistans nicht geschaffen und ständig die Methode der Isolation angewendet, mit den Völkern kolonialistischer Länder keine richtige Allianzpolitik entwickelt und sich auf kolonialistische Kräfte anderer Teile gestützt, anstatt einer Solidarität mit den sozialistischen Ländern, den fortschrittlichen Kräften der Welt und der Region, sich an die Reaktion und den Imperialismus angelehnt und versucht, die Frage Kurdistans innerhalb der kapitalistischen Welt zu lösen. Der infolgedessen erreichte Punkt der Bewegung in Süd-Kurdistan, die sowohl die feudalkompradore Führung als auch die Führung des kleinen Teils Kurdistans in sich vereinigte, und das erzielte warnende Ergebnis zeigen mit

aller Deutlichkeit, daß es keinesfalls denkbar ist, daß die reaktionäre Führung der Feudalkompradoren die nationale Befreiungsbewegung Kurdistans zum Sieg führt.

Trotz alledem ist heute eine Führung entstanden, die das Negative in das Positive umwandelt, die die nationale Befreiungsbewegung Kurdistans aus der Sackgasse der reaktionären Führung befreien und die Gesamtheit einer nationalen Bewegung schaffen wird; sie ist die Führung eines Teils Kurdistans, die das Proletariat Kurdistans und Kurdistan vertreten kann.

Die nationale Bewegung Kurdistans kann nur von seiten des Kampfes in Zentral-Nordwest-Kurdistan geführt werden, weil dieser Teil mehr als die Hälfte des Bodens und mehr als die Hälfte der Einwohnerzahl Kurdistans umfaßt, und das Wichtigste, in diesem Teil die alte rückständige soziale Struktur überwunden ist und sich hier neue soziale Kräfte entfaltet haben.

Die nationale Bewegung Kurdistans kann nur von seiten des Proletariats geführt werden, weil das nationale Unabhängigkeits- und Demokratieprogramm des Proletariats die Interessen und Sehnsüchte des gesamten Volkes von Kurdistan zum Ausdruck bringt. Die proletarische Führung kann das Negative der feudalkompradoren Führung ins Positive umwandeln, eine richtige Organisations- und Kampflinie praktizieren, die internen Stellungen richtig errichten, eine Einheitsbewegung schaffen, mit den Völkern kolonialistischer Länder, den fortschrittlichen Kräften der Region und den sozialistischen Kräften der Welt eine richtige und relevante Solidarität eingehen und die Revolution Kurdistans zu einem Teil der proletarischen sozialistischen Weltrevolution machen. Nur die proletarische Führung ist in der Lage, all dies zu erreichen.

Heute ist die alte Situation überwunden; alle beiden Führungen haben sich in der nationalen Befreiungsbewegung unter der Führung der Proletariats in Zentral-Nordwest-Kurdistan vereinigt und der im Jahre 1975 begonnene revolutionäre Kampf hat heute einen wichtigen Weg hinter sich gelegt. Die nationale Bewegung Kurdistans hat ihre Lösung erkannt und gefunden. Fügt man die überschrittene Lebensdauer des türkischen Kolonialismus, auf den die sich in Zentral-Nordwest-Kurdistan entwickelnde nationale Befreiungsbewegung abzielt, das rapide Ansteigen der Isoliertheit dieses Kolonialismus aufgrund seiner Kollaboration und seines Vasallentums mit dem Imperialismus und seiner faschistischen Administration und die Tatsache, daß sich in der Türkei ein sich stets verstärkender Klassenkampf entwickelt, hinzu, dann wird man offen erkennen, daß für den Sieg des Unabhängigkeits- und Freiheitskampfes Kurdistans günstige Voraussetzungen existieren.

Die proletarische Führung, die ihren Ausdruck in der PKK-Bewegung findet, ist der einzige Weg, der die nationale Befreiungsbewegung Kurdistans zum Sieg führen wird und die einzige Garantie des Erfolgs. Das Programm der PKK-Bewegung ist der offenste Ausdruck der Interessen und Sehnsüchte des Proletariats und des Volkes von Kurdistan und eine vollkommene Konkretisierung dieser Interessen und Sehnsüchte. Ihre ideologische, politische und organisatorische Linie ist richtig; sie ist in der Kampfpraxis der vergangenen Phase bewiesen worden und hat deutlich gemacht, daß sie den einzigen Weg für die Befreiung darstellt. Die Frage ist jetzt die Umsetzung dieser Linie in eine praktische Realität; und wenn diese Linie mit einem erfolgreichen Kampf in der Praxis vervollkommen wird, dann ist der Sieg möglich.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

ARBEITERPARTEI KURDISTANS

PKK

**DER WEG DER REVOLUTION
KURDISTANS**

(Manifest)

**WESANEN
SERXWEBUN**

Die Broschüre "Kurdistan- Geschichte und Gesellschaft" kann bezogen werden über den KURDISTAN REPORT.
Den Unkostenbeitrag von DM 6,- bitten wir vorab zu entrichten auf das Konto 351 60 36, Deutsche Bank Köln, BLZ 370 700 60.

